blätter des iz3w



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU : Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Sebastian Kasak, Michael Knüfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Später, Regine Wlassitschau.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071

Redaktionsschluß für Nr. 197:
25.3.1994

Anzeigenschluß für Nr. 197:
(Druckfertige Vorlagen) 8.4.1994

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland:
DM 54,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 48,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +16,- DM, Welt + 24,- DM Porto/Jahr)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

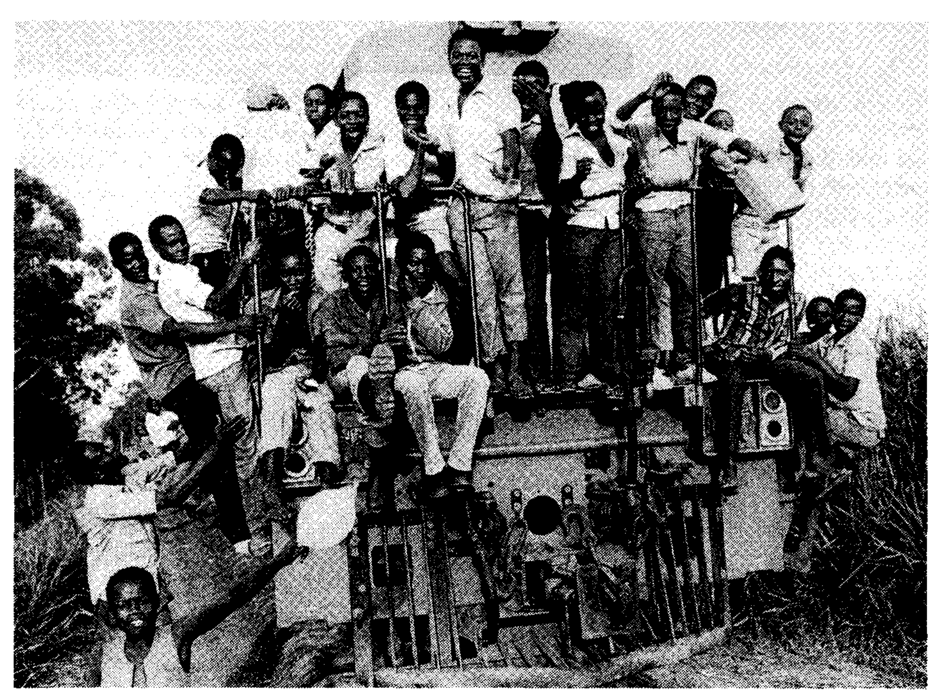
Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Inhaltsverzeichnis

Ökonomisches Musterland Afrikas?

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Museveni

Jahrelang im öffentlichen Bewußtsein gleichbedeutend mit Diktatur, Bürgerkrieg und ökonomischen Chaos hat sich Uganda seit 1986 unter der Führung von Präsident Yoweri Museveni und seinem 'National Resistance Movement' (NRM) wirtschaftlich erstaunlich gut erholt. Mit seinem liberalen ökonomischen Reformprogramm gilt Uganda inzwischen sogar als Musterschüler des IWF und Liebling westlicher Entwicklungshilfegeber. Das Programm entspricht zwar nicht unbedingt den linken Positionen, mit denen Museveni und die NRM 1986 nach langen Jahren eines erbitterten Guerilla-Krieges gegen die Obote-Diktatur angetreten waren, doch standen angesichts der vollkommenen Zerrüttung der Volkswirtschaft andere Optionen realistischerweise nicht offen. Zudem sind, im Unterschied zu den meisten Ländern Afrikas, in denen ähnliche Strukturanpassungsprogramme initiiert wurden, die sozialen Kosten der Wirtschaftsreformen verhältnismäßig gering, und sei es auch nur, weil es 'mangels Masse' nennenswerte staatliche Sozialleistungen ohnehin schon lange nicht mehr gegeben hatte. Inwieweit die wirtschaftliche Gesundung Ugandas von Dauer sein wird, kann allerdings nur die Zukunft zeigen. Endgültig über den Berg ist das Land trotz erster Erfolge noch lange nicht. Viel wird von der Schaffung politischer Strukturen abhängen, die nicht nur stabil sind, sondern auch demokratisch legitimiert. Dieser schwierige Prozeß der politischen Reformen wird in einer der nächsten Ausgaben der 'blätter' behandelt werden.



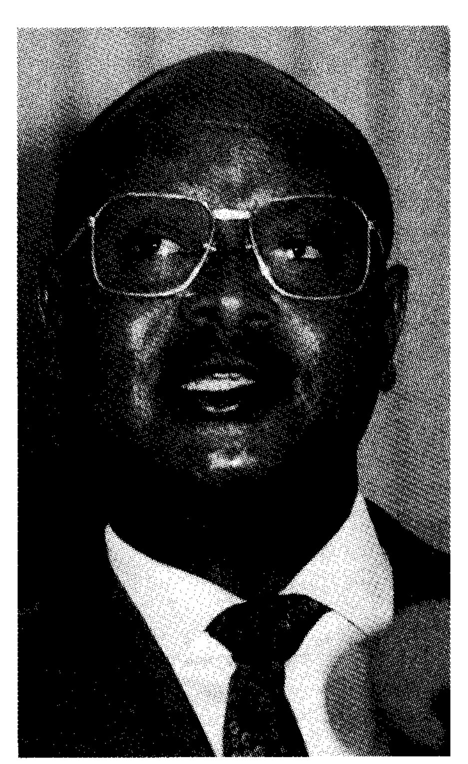
Am Bahnhof von Kampala
Aufbruch in eine bessere Zukunft?

Die Grundpfeiler der seit 1987 eingeleiteten ökonomischen Reformpolitik lassen sich im wesentlichen mit den Stichworten Deregulierung, Inflationsbekämpfung, Diversifizierung und Schaffung von Investitionsanreizen umschreiben.

Deregulierung - das Ende der Staatsbetriebe

Unter Deregulierung versteht die Regierung vor allem eine großangelegte Privatisierung d.h., den Verkauf der meisten der chronisch defizitären Staatsbetriebe. Eine Prioritätenliste teilt die insgesamt hundert in Frage kommenden Betriebe dabei in solche auf, von denen sich der Staat gänzlich trennen will, andere, bei denen er zumindest einen Anteil behalten wird und schließlich solche - insbesondere im Bereich der Energie- und Wasserversorgung - die er auch in Zukunft zu kontrollieren beabsichtigt. Die Gründe für die Ineffizienz der Staatsbetriebe sind vorwiegend politischer Natur. In ihrer Mehrheit ein Resultat der Enteignungen vornehmlich britischen und indischen Kapitals, die von Idi Amin Mitte der siebziger Jahre mit großem 'antiimperialistischen' Pathos durchgeführt worden waren, waren sie in der Praxis nie etwas anderes als Pfründen gewesen, die von den jeweiligen Machthabern zur Absicherung ihrer Herrschaft verteilt wurden. Führungsposten wurden in der Regel also nicht an kompetente Fachleute vergeben - die durchaus vorhanden gewesen wären -, sondern an politische Gefolgsleute, deren hauptsächliches Interesse es war, ihren 'Besitz' so schnell und so gründlich wie möglich auszubeuten.

Weitere Deregulierungsmaßnahmen sind die Zulassung des uneingeschränkten Landerwerbs auch für Ausländer, die Aufhebung des Vermarktungsmonopols der staatlichen Marketing Boards im Bereich von Kaffee und Baumwolle sowie die Beendigung der staatlichen Devisenkontrollen. Die Marketing Boards, ursprünglich gegründet, um die kleinbäuerlichen Produzenten vor der Übervorteilung durch private Händler zu schützen, hatten sich im Laufe der Zeit



Präsident Yoweri Museveni

aufgrund von Ämterpatronage, massiver Ineffizienz und extrem niedrig festgelegter Aufkaufpreise immer mehr zu einer Behinderung der bäuerlichen Wirtschaft entwickelt. So wurden beispielsweise von den Erlösen für Kaffee lediglich 28% an die Produzenten weitergegeben und selbst das häufig nur mit monatelanger Verzögerung. Die Devisenkontrollen wiederum, mittels derer der Staat den Personenkreis bestimmt hatte, der zu Devisen überhaupt Zugang erhielt, hatten zu einer Situation geführt, in der sich die politischen Eliten für ihre Einkaufsfahrten nach London jederzeit mit billigen - weil künstlich unterbewerteten - Devisen eindecken konnten, während die Bauern für die Dollar oder Pfund, die ihr Kaffee und ihre Baumwolle im Ausland erwirtschaftet hatten, mit einer Handvoll Schilling abgespeist wurden. Seit 1990 ist das anders: Wer Devisen kaufen oder verkaufen will, kann dies unbegrenzt in jeder der unzähligen 'Forex Bureaus' genannten Wechselstuben tun, die seitdem vor allem in der Hauptstadt Kampala wie die Pilze aus dem Boden geschossen sind. Der Kurs ermittelt sich ausschließlich über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Die Rolle des Staats beschränkt sich auf die übliche Bankenaufsicht.

Flankiert wird die Liberalisierung der Devisenwirtschaft durch eine umfassende Bankreform, die in erster Linie die Bank of Uganda (BOU) - die ugandische Zentralbank - und die staatliche Uganda Commercial Bank (UCB) betrifft. So soll die BOU ihre Entscheidungen in Zukunft ähnlich wie die deutsche Bundesbank unabhängig von politischen Weisungen treffen können. Auch darf die Kreditaufnahme des Staates bei der BOU künftig nicht mehr als 18% seiner Jahreseinnahmen betragen. Die UCB hingegen, die größte Bank des Landes, die in der Vergangenheit freilich mehr für ihre bürokratische Schwerfälligkeit als für ihre Kundenfreundlichkeit bekannt war (wer jemals versucht hat, bei der UCB ein Konto zu eröffnen oder auch nur eine einfache Einzahlung zu tätigen, kann ein Lied davon singen ...) wird im Rahmen einer Teilprivatisierung einer Abmagerungskur unterzogen, die vor allem aus einem Abbau des Personalüberhangs und der Schließung unrentabler Filialen besteht. Auch soll mit der bislang üblichen Praxis aufgeräumt werden, daß sich die Spitzenmanager der UCB gegenseitig hohe Gefälligkeitskredite bewilligen, die mangels jeglicher Absicherung nie zurückgezahlt werden. Diejenigen, die von solchen Praktiken profitiert haben, müssen für den entstandenen Schaden aufkommen, wenn sie nicht entlassen und vor Gericht gestellt werden wollen. Letztere Maßnahme soll, im Verein mit der Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme bei der BOU, auch den Effekt haben, daß der Privatwirtschaft in Zukunft mehr Kredite zur Verfügung stehen.

Hypothek der Vergangenheit: Die Inflation

Spätestens seit der Machtübernahme durch Idi Amin 1971 verging kein Jahr, in der die Preissteigerungsrate nicht mindestens zweistellig gewesen wäre. 1986, als die NRM die Macht übernahm, lag sie sogar bei 200%. Die Hauptursache für den Verfall des Schilling war eine sich vornehmlich an den Machterhaltungsinteressen der jeweils herrschenden Clique orientierende Ausgabenpolitik, deren Folge - ein chronisches Haushaltsdefizit - man dadurch zu begegnen versuchte, daß ständig neues Geld gedruckt wurde.

Neben der bereits erwähnten Abkopplung der Zentralbank von politischen Weisungen, durch die das Drehen an der Notenpresse in Zukunft verhindern werden soll, ist die Politik, mit der die Regierung Museveni der Inflation zu Leibe rücken will, die einer konsequenten Haushaltssanierung, d.h. striktes Sparen einerseits und eine Verbreiterung der Steuerbasis andererseits.

Die Sparmaßnahmen bestehen neben dem Verkauf der unproduktiven Staatsbetriebe vor allem aus einer Kürzung der horrenden Militärausgaben (1991/92: 37% des Gesamthaushaltes) durch eine Herabsetzung der Mannschaftsstärke der Armee von bisher ca. 100.000 auf derzeit 80.000 und künftig maximal 50.000 Soldaten. Der "Übergang vom Krieg zum Frieden", wie Präsident Museveni diese Teilmobilisierung nannte[1], soll bereits im laufenden Haushaltsjahr eine 'Friedensdividende' von rund 14 Mio. $ erbringen. In die gleiche Richtung, nämlich die Verringerung der staatlichen Personalkosten zielt auch der Personalabbau bei dem mit etwa 200.000 Beamten stark überdimensionierten staatlichen Verwaltungsapparat. Die hohe Zahl der Staatsdiener ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß der Bürokratie, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit noch sehr leistungsstark war, in den nachfolgenden Jahren immer mehr die Funktion eines staatlichen 'Beschäftigungsprogramms' zugewiesen wurde, mit dem die städtischen Bildungseliten politisch ruhig gestellt werden sollten. Bis Ende 1996 ist ihre Verringerung auf 140.000 Personen geplant. Dadurch, daß ein Teil der eingesparten Mittel dazu verwendet werden soll, den im Staatsdienst Verbleibenden endlich angemessene Gehälter zu zahlen - im Haushalt 1993/94 ist bereits eine Gehaltserhöhung von 33% vorgesehen - erhofft sich die Regierung zusätzlich zum Spareffekt eine Verbesserung der bislang ausgesprochen niedrigen Arbeitsmoral.

Der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt lag in Uganda im Haushaltsjahr 1990/91 bei ca. 6%, ein außerordentlich niedriger Wert selbst für Afrika, wo sonst immerhin 15 - 20% die Regel sind. Kein Wunder, daß der Staatshaushalt im selben Jahr lediglich zu 39,4 % gedeckt war. Hinzu kommt, daß die Einnahmen des Fiskus nur zu 10% aus Einkommenssteuern bestehen, aber zu 50% aus Verbrauchssteuern, die auf Bier, Erfrischungsgetränke, Zigaretten und Treibstoff erhoben werden. Dieses ungerechte System zu reformieren ist die Aufgabe der 1991 gegründeten Uganda Revenue Authority (URA), einer Behörde, deren Unabhängigkeit und Integrität dadurch gewährleistet werden soll, daß sie keinen Bestandteil der regulären Verwaltung bildet und zudem unter der Leitung eines ghanaischen Expertenteams steht.

Exportdiversifizierung

Angesichts eines Handelsdefizits von derzeit 362 Mio $ sieht die Regierung einen wesentlichen Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik in der Ankurbelung des Exports. Die Angebotspalette der klassischen Exportprodukte Kaffee, Tee und Baumwolle, die ja seit Jahren einem ständigen Preisverfall unterliegen, soll mit Hilfe von Beratung und Krediten erweitert sowie durch ein striktes System der Qualitätskontrolle auf Weltmarktniveau gebracht werden. Exportchancen auf europäischen Märkten sowie neuerdings in Südafrika rechnet man sich für solche Hochpreisprodukte wie Mangos, Passionfrüchte oder Papayas, aber auch Blumen, Spargel, Chili, Vanille oder Rohseide aus. Bei Bohnen und Mais werden darüber hinaus gute regionale Absatzmöglichkeiten gesehen. Als Abnehmer kommen hier unter anderem die in Ostafrika tätigen internationalen Hilfswerke in Frage (zum Beispiel für Hilfslieferungen in den Sudan).

Insgesamt möchte die Regierung Uganda im Bereich der Landwirtschaft langfristig sowohl zu einem wichtigen Exporteur hoch-

wertiger Agrarprodukte als auch zum 'Brotkorb' der Region machen. Die Voraussetzungen für eine solche Strategie sind zweifellos vorhanden, verfügt das Land doch nicht nur über ein ausgeglichenes Klima, sondern auch über sehr ertragreiche Böden, deren Potential überdies nur zu etwa einem Drittel genutzt wird.

Weitere als zukunftsträchtig eingeschätzte Devisenbringer sind die Fischwirtschaft und der Tourismus. Die hauptsächlich auf dem Viktoriasee mit einfachen Methoden betriebene Fischerei soll modernisiert werden und die Grundlage für einen umfangreichen Export tiefgefrorenen Fischs nach Europa bilden. Beim Tourismus setzt Uganda auf seine Landschaft und seinen Reichtum an Wildtieren und versucht an die Erfolge anzuknüpfen, die es in den sechziger und frühen siebziger Jahren im Bereich des profitablen Safari-Tourismus erzielt hatte. Geplante Maßnahmen sind u.a. der Verkauf bzw. die teilweise Verpachtung der staatlichen Hotelkette 'Uganda Hotels' sowie die Sanierung und spätere Privatisierung der hochdefizitären nationalen Fluggesellschaft 'Uganda Airlines'.

'Standort' Uganda

Aufgrund der schmalen Kapitalbasis der ugandischen Volkswirtschaft wird mit einer Reihe von Investionsanreizen versucht, das Land für ausländisches Kapital attraktiv zu machen. So gibt es für Investoren in den ersten Jahren großzügige Steuerregelungen und die Möglichkeit des zollfreien Imports von Maschinen und Rohstoffen. Investitionen sind gesetzlich vor Enteignung geschützt, Gewinne dürfen bis zu 100% ins Ausland transferiert werden. Als besonders förderungswürdige Investitionsbereiche gelten die Verarbeitungsindustrie - namentlich die Verarbeitung von Agrarprodukten -, die Bau- Energie- und Transportwirtschaft sowie der Bankensektor. Ausgenommen von der Zulassung ausländischer Beteiligungen sind dagegen der Handel sowie der größte Teil des Dienstleistungssektors. Alle geförderten Investitionen müssen bestimmten Kriterien genügen, wie beispielsweise die Erschließung neuer Devisenquellen, die Verwendung lokaler Güter und Dienstleistungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen oder die Übertragung von technischem Know-how. Um Investoren umfassend beraten zu können und die bisher sehr schwerfälligen Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, wurde vor zwei Jahren die Uganda Investment Authority (UIA) ins Leben gerufen, eine ähnlich der URA autonom agierende Behörde, deren Angestellte für ugandische Verhältnisse sehr gut bezahlt werden und die dementsprechend motiviert sind.

Nicht zuletzt gehört zu den Investitionsanreizen auch die Entscheidung der Regierung, die 1974 von Amin vertriebenen Inder für den Verlust ihres Eigentums zu entschädigen, bzw. dieses direkt zurückzugeben. Die Regierung hofft dabei auf einen Zustrom indischen Kapitals und Know-hows, mehr aber noch auf die internationale Signalwirkung dieses Akts der 'Wiedergutmachung'.

Uganda unter dem Diktat der Weltbank?

Es liegt auf der Hand, daß die hier skizzierte Politik sich eng entlang der Linien bewegt, die Weltbank und IWF üblicherweise den Ländern der Dritten Welt vorgeben. Tatsächlich hatte sich die NRM-Regierung 1987 für eine neuerliche Zusammenarbeit mit beiden Institutionen entschieden, weil, so der stellvertretende Premierminister Eriya Kategaya, der nach Museveni zweitmächtigste Mann im Staate, das Land dringend Geld brauchte, um die im Bürgerkrieg zerstörte Infrastruktur wiederherzustellen und die Exportwirtschaft anzukurbeln. Darüber hinaus öffne eine Zusammenarbeit auch die Tür für Entwicklungshilfe durch westliche Industriestaaten, die ihre Finanzierungsprogramme zumeist ebenfalls von wirtschaftlichen Reformen abhängig mache. Keineswegs, so Kategaya weiter, handle es sich hier um eine Unterwerfung unter Weltbank und Währungsfonds. Vielmehr hätte die Regierung die geforderten Strukturanpassungen in jedem Fall durchgeführt, wenn auch über einen längeren Zeitraum gestreckt.[2] In der Tat war der Handlungsspielraum der NRM 1986 äußerst begrenzt. Als Folge der katastrophalen Wirtschaftspolitik Idi Amins und der jahrelangen Bürgerkriege war das Land, das sich Anfang der sechziger Jahre noch auf dem Niveau von Südkorea befunden hatte, zu einer ökonomischen Wüste verkommen: Krankenhäuser und Schulen standen leer, 90% der Straßen konnten nicht mehr befahren werden, die Landwirtschaft war auf ein reines Selbstversorgungsniveau abgesunken und die Industrie hatte praktisch aufgehört zu produzieren. Unrentable Staatsbetriebe sowie eine ineffiziente Bürokratie stellten eine schwere Hypothek dar. Und während die Inflation ein bis dahin nicht gekanntes Niveau von 200% erreicht hatte, befand sich in der Staatskasse kein einziger Schilling mehr. Angesichts dieser Situation, die sich durch das zeitweise Wiederaufflackern des Bürgerkriegs im Norden zusätzlich verschärfte, hätte für keine Regierung, egal welcher ideologischen Ausrichtung, der Weg an einer Übereinkunft mit den internationalen Finanzorganisationen vorbeigeführt.

Überraschen könnte allenfalls die Konsequenz, mit der die Regierung Museveni, die ja ursprünglich mit dezidiert antikapitalistischen Positionen angetreten war, diesen Weg eingeschlagen hat. Doch in Wirklichkeit war Museveni wohl nie der überzeugte Linke gewesen, als der er sich zeitweise dargestellt hatte, sondern stets ein im positiven Sinne machtbewußter Pragmatiker. Anders als bei der afrikanischen Politikergeneration der sechziger und siebziger Jahre zählt für ihn nicht die persönliche Bereicherung oder das Durchsetzen bestimmter ideologischer Standpunkte, oder - wie es zumeist der Fall war - beides zusammen, sondern die persönliche Befriedigung und das Prestige, das aus der Durchsetzung konkreter gesellschaftspolitischer Reformziele resultiert.

Erste Erfolge

Die Zusammenarbeit mit dem IWF hat sich, was die Gewährung von Krediten betrifft, sicher gelohnt. So erhielt Uganda in den letzten sieben Jahren insgesamt 1,5 Mrd. $ an Krediten und direkten Zuwendungen[3]. Auf der Pariser Gläubigerkonferenz vom Mai letzten Jahres wurde dem Land eine Summe von insgesamt 825 Mio $ (Umschuldungen und Neuzusagen) bewilligt. Wie sehr Uganda zum 'darling' der internationalen Gebergemeinschaft geworden ist, zeigt die große Zahl der mittlerweile im Lande tätigen ausländischen Nichtregierungsorganisationen, mehr aber noch die Tatsache, daß es der Regierung im Februar desselben Jahres mit Hilfe eines Zuschusses der IDA (International Development Agency), der 'sanften' Tochter der Weltbank, gelungen war, von seiner insgesamt 2,6 Mrd. $ ausmachenden Auslandsschuld Lieferantenkredite in Höhe von 153 Mio $ zum Kurs von 12 Cents pro Dollar zurückzukaufen. Beobachter sprechen in diesem Zusammenhang sogar von einem kreditpolitischen Signal ersten Ranges, war es doch das erste Mal, daß sich die Weltbank zu einer derartigen Unterstützungsaktion bereitgefunden hatte.

Auch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen scheinen zu greifen, wie die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts zeigt. Nachdem sie seit 1988 durchschnittlich bei 5% gelegen hatte, stieg sie im letzten Jahr auf 7,1 % (und war damit mehr als doppelt so hoch wie das Bevölkerungswachstum von 3,2%). Nach Sektoren aufgeteilt betrug das Wachstum in der Industrie 3,8 %, in der Bauwirtschaft 6,0 %, im Dienstleistungsbereich 6,3% und im Tourismus 10,3%[4]. In Ugandas wichtigstem Wirtschaftsbereich, der Landwirtschaft, in dem nach wie vor 85% der Ugander ihren Lebensunterhalt verdienen und dessen Anteil am Bruttosozialprodukt 70% ausmacht, konnte immerhin eine Steigerung von 9% erreicht werden. Hier hat die eingeschlagene Strategie der Exportdiversifizierung offenbar erste Erfolge gezeigt. So sind die Einnahmen, die nicht aus Kaffee-Ausfuhren stammen, in den letzten Jahren um das Dreifache gestiegen. Allein das World Food Programme (WFP) hatte für seine Hilfsaktionen in Ostafrika für ca. 35 Mio $ Nahrungsmittel gekauft.

1992 wurden insgesamt 200 Investitions-

vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 150 Mio. $ genehmigt. Von den ehemals 80.000 Indern haben sich bis jetzt zwar nur ca. 3.500 wieder in ihrer alten Heimat engagiert, doch gehören zu ihnen immerhin solche kapitalkräftigen Investoren wie die weltweit operierenden Industriellenfamilien Madhvani und Mehta.

Durch diesen relativen wirtschaftlichen Aufschwung hatte die Inflation im Juni 1993 einen Tiefstand von 7,5% erreicht und damit den ugandischen Schilling in einer Weise stabilisiert, daß es kurzfristig sogar zu einem Überangebot an Dollar kam. Das Steueraufkommen schließlich hatte sich 1992/93 im Vergleich zum vorangegangenen Haushaltsjahr um 50% erhöht.

Daß es sich hier nicht nur um abstrakte Statistiken handelt, wird deutlich, wenn man durch das Land fährt. Die meisten der Fernstraßen und ein beträchtlicher Teil der ländlichen Zufahrtsstraßen sind heute wieder befahrbar; Telephone und Elektrizität funktionieren weitgehend und die meisten Krankenhäuser sind wieder in Betrieb. Das Warenangebot auf den Märkten und in den Läden ist reichlich und allenthalben ist eine rege Bautätigkeit zu beobachten. Das gilt nicht nur für Kampala, sondern läßt sich auch in Provinzstädten wie Kabale, Mbarara, Masaka oder Mbale beobachten. Die niedrige Preissteigerungsrate - bei Nahrungsmitteln waren die Preise im vergangenen Jahr sogar um 15% gefallen - sowie die Erhöhung der bäuerlichen Erzeugerpreise um bis zu 40% bei Kaffee haben sich zweifellos positiv ausgewirkt. Durch die europäische Brille gesehen, wirkt das Land natürlich immer noch recht ärmlich, vergleicht man es aber mit der Situation vor zehn Jahren, sind die Fortschritte nicht zu übersehen.

Dieser relative Fortschritt zählt umso mehr, als die sozialen Kosten im Vergleich zu anderen Ländern vergleichsweise gering ausfallen. Denn abgesehen davon, daß die Reformen den sozialen Bereich kaum berühren, konnten Subventionen oder soziale Leistungen schon allein deswegen nicht - wie sonst üblich - gestrichen werden, weil es sie als Resultat des wirtschaftlichen Niedergangs schon lange nicht mehr gegeben hatte. Auch darf nicht übersehen werden, daß die Nutznießer früherer staatlicher Sozialausgaben vor allem der städtischen Mittelklasse angehörten, während jene 90% der Bevölkerung, die auf dem Land lebten nur wenig davon hatten. In einigen Bereichen - etwa im Gesundheitswesen - wurde inzwischen damit begonnen, ein System der Kostenbeteiligung einzuführen, doch bedeutet das insofern keine Verschlechterung der sozialen Lage, als die neuen Gebühren kaum das übersteigen, was auch schon früher an Schmiergeld bezahlt werden mußte, als die Leistungen offiziell noch frei waren.

Für die Teile der Bevölkerung, die tatsächlich in der Gefahr sind, sozial an den Rand gedrängt zu werden - insbesondere sind das die Opfer von Ugandas langjährigen blutigen Auseinandersetzungen wie Witwen und Waisen sowie Kriegsgeschädigte - wurde in den Bereichen Grundausbildung, Gesundheit und Wohnen ein Programm initiiert[5], das über einen Weltbankkredit in Höhe von 106 Mio. $ finanziert wird und eine Laufzeit von zunächst drei Jahren hat.

Nachteile aus der wirtschaftlichen Erneuerung erwachsen dagegen den Beamten, die entweder schon entlassen wurden oder die mit ihrer baldigen Entlassung rechnen müssen. Allerdings haben sich etliche von ihnen bereits seit längerem durch Zweit- oder gar Drittjobs oder durch Investitionen im heimatlichen Dorf wenigstens soweit ein zweites Standbein aufgebaut, daß sie die allergrößten sozialen Härten auffangen können. Was die demobilisierten Soldaten betrifft, so erhalten sie ein aus Sach- und Geldleistungen bestehendes 'Niederlassungspaket' in Höhe von jeweils 768 $. Das Geld stammt aus einem staatlichen Fonds, der von der Weltbank und verschiedenen anderen Gebern unterstützt wird.

Die hauptsächlichen 'Verlierer' sind in erster Linie diejenigen unter den alten Eliten, die ihre lukrativen Posten bei Staatsbetrieben, Banken oder Marketing Boards zur persönlichen Bereicherung ausgenutzt bzw. die von der Enteignung indischer Unternehmen und Immobilien profitiert hatten. Sie gehören zu den heftigsten Kritikern des Reformkurses, zumal sich die Regierung beharrlich weigert, ihnen Kredite zur Verfügung zu stellen, mit denen sie sich an der Privatisierung der Staatsbetriebe beteiligen könnten. In ihrer Kritik, die sie pikanterweise mit solchen Schlagworten wie "Imperialistische Überfremdung der Wirtschaft" oder "Ausverkauf des Volkseigentums" begründen, erhalten sie dabei nicht selten Schützenhilfe von solchen altlinken Intellektuellen, die nach wie vor einer staatlichen Planwirtschaft das Wort reden.

Auf eine Resonanz bei der Bevölkerung stoßen die populistischen Parolen der 'mafuta mingi'[6] allerdings kaum. Die meisten Ugander wissen nur zu gut, daß sie von ihrem 'Volkseigentum' nie etwas hatten, es sei denn das zweifelhafte Privileg, mit ihren Steuergeldern für dessen Verluste aufkommen zu dürfen.

Der eingeschlagene Reformweg wird also auch in Zukunft weiter beschritten werden. Präsident Museveni hat dies auch in jüngster Zeit immer wieder bekräftigt und dabei nicht mit Vorwürfen an die Adresse der 'korrupten' und 'unpatriotischen' Eliten gespart[7]. Über den Berg ist Uganda allerdings noch lange nicht. Denn trotz der erreichten Erfolge zählt das Land mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 160 $, einem Jahreshaushalt, der den einer mittleren deutschen Großstadt nicht überschreitet (1992/93 510 Mio. $) und einer Schuldenlast, die dem Bruttoinlandsprodukt entspricht, immer noch zu den ärmsten der Welt. Einem Bericht der Weltbank zufolge würde es selbst bei einer kontinuierlichen Fortsetzung des gegenwärtigen Wirtschaftswachstums weit bis in das nächste Jahrtausend dauern, bis wieder der Stand erreicht wäre, den Uganda zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit bereits inne hatte. Ob die Wirtschaft allerdings wie bisher weiter wachsen wird, hängt von vielen Unsicherheitsfaktoren ab, von denen einer - und nicht der unwichtigste - das politische Rahmengefüge ist. Seit ihrer Machtübernahme 1986 bewegt sich die NRM-Regierung praktisch in einem institutionellem Vakuum, gibt es doch weder eine gültige Verfassung noch die Möglichkeit, die Regierung durch Wah-len zu bestätigen oder abzulösen. Letztlich ist die derzeitige politische Struktur allein auf die Person Musevenis ausgerichtet. Dessen persönliche Integrität und Legitimität sind sicher unbestritten, nur weiß niemand, wie es nach seinem möglichen Tod weitergehen würde. Für den kommenden März sind zwar Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung angekündigt, doch dürfte nach ihrer Konstituierung noch eine beträchtliche Zeit vergehen, bis eine neue Verfassung dann wirklich verabschiedet werden wird. In mancher Hinsicht befindet sich Uganda heute in einer ähnlichen Situation wie viele der Nachfolgegesellschaften des osteuropäischen Realsozialismus: nach einer langen Phase des Niedergangs ist wieder ein Horizont sichtbar geworden, doch ob und wann er erreicht werden wird, bleibt im Unklaren. Einen entscheidenden Unterschied gibt es allerdings: einen großen Bruder, der es an der Hand nimmt, hat Uganda nicht.

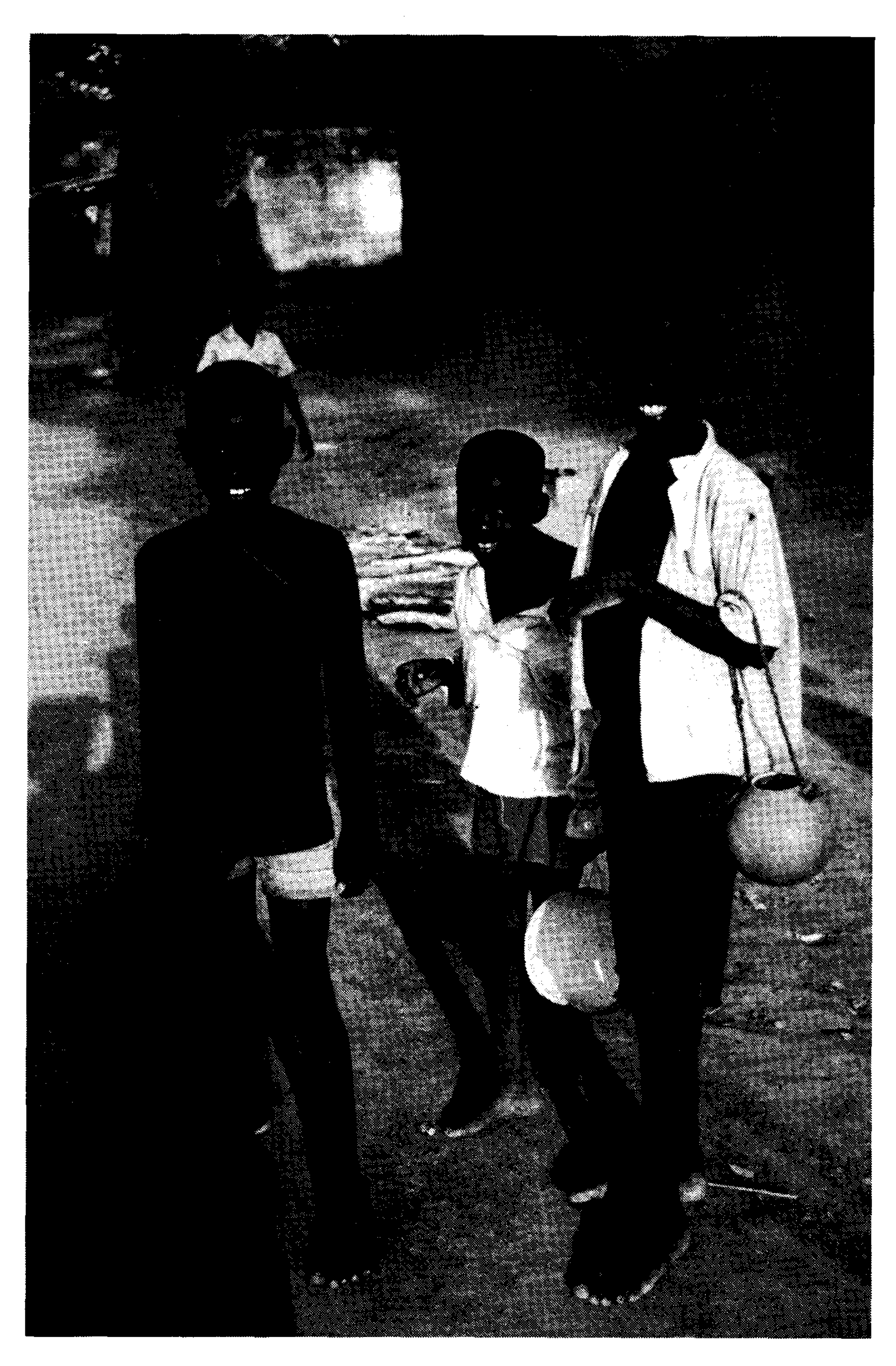
Frank Ballot

Anmerkungen:

1) 'New Vision' vom 3.12.1992
2) 'New Vision' vom 11.5.1993
3) Die Zusagen der Bundesregierung betrugen für das Haushaltsjahr 1991/92 53 Mio. DM Forderungen aus den Jahren 1981 - 87 über insgesamt 69 Mio. DM wurden erlassen.
4) Im zweiten Halbjahr 1992 waren 33.000 Besucher eingereist - 1972 waren es insgesamt 85.000 gewesen.
5) "Programme to Alleviate Poverty of Social Cost of Adjustment - PAPSCA"
6) Mit 'mafuta mingi' (Swahili wörtlich: 'viel Öl', im übertragenen Sinne: 'vollgefressen') bezeichnet man in Uganda die Schicht der Wirtschaftsspekulanten und -profiteure.
7) "I am fervently in support of privatization. I am tired of corrupt, unpatriotic, and backward bureaucrats who do not know the value of social property." New African, September 1992.

Als Koranschüler fern der Heimat

Koranschüler gehören in Mali zum alltäglichen Bild. Diese Jungen verbringen viele Jahre bei einem Koranlehrer, häufig ohne jeglichen Kontakt zu Eltern oder Familienangehörigen, um den Koran zu lernen. Ein vorgeschriebener Tagesablauf ohne Freizeit, bei dem sich Beten, Betteln und Feldarbeit abwechseln, gehört mit zur Erziehung. Die Kinder werden zu Entbehrungen gezwungen, um sie auf ein hartes Leben vorzubereiten. Darüberhinaus schließt die strenge Erziehung auch körperliche Züchtigung mit ein. Da die wenigsten Koranschüler im Anschluß an ihre Studien eine allgemeinbildende Schule besuchen, stellt sich die Frage, inwiefern der Koranunterricht die Schüler auf das spätere Leben vorbereitet.



Mali ist stark vom islamischen Glauben geprägt. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind Moslems; an zweiter Stelle rangieren Naturreligionen. Bereits im 15. Jahrhundert galt Timbuktu im Norden Malis als größtes Gelehrtenzentrum südlich der Sahara; hier wurde neben Rhetorik, Recht und Medizin auch die Auslegung des Koran gelehrt. Darüber hinaus gab es über das Land verteilt mehrere hundert Koranschulen. Diese Tradition dauert bis heute fort.[1] Sogar aus dem benachbarten Ausland, z.B. aus Guinea, kommen Jungen nach Segou, um Koranschüler bei einem Marabut zu werden. Als laizistischer Staat gewährt Mali Religionsfreiheit, ebenso wird auf den staatlichen Schulen kein Religionsunterricht erteilt.

Die traditionellen Koranschulen sind vorwiegend in ländlichen Teilen des Landes verbreitet, vor allem im Norden, der stärker als der Süden islamisiert wurde. Sie stellen oft die einzige Form der formellen Erziehung dar, da es in den ländlichen Gegenden kaum staatliche Schulen gibt. In den Städten besucht dagegen ein Großteil der Kinder, sofern sie überhaupt zur Schule gehen, eine

der beiden allgemeinbildenden Schulen. Doch auch hier sind viele Koranschüler anzutreffen, die aber in der Regel mit ihrem Lehrer aus dem Norden gekommen sind und sich hier niedergelassen haben. Das Leben in Segou, der zweitgrößten Stadt Malis, ist vergleichsweise einfacher als in den kargen und trockenen Regionen des Nordens, in denen kaum Infrastruktur vorhanden ist. Die Versorgung in Segou ist aufgrund der günstigen Verkehrslage an Haupthandelswegen und der Lage im Nigerbinnendelta relativ gut.

Nur in den seltensten Fällen besuchen Kinder sowohl den Koranunterricht bei einem Marabut als auch anschließend eine allgemeinbildende Schule; in der Regel schließen die Erziehungsvorstellungen der Eltern die eine oder andere Bildung aus. Die Wahl der Eltern hängt stark von ihrem eigenen Bildungsniveau und vom Grad ihrer Verwurzelung in der Tradition ab.

Hamadou Diallo - Die Geschichte eines Koranschülers

Es ist Freitag, der religiöse Feiertag der Moslems. Auch in Segou machen sich die Männer auf, um in die Moschee zu gehen; sie tragen ihre besten Kleider, einen Bubu aus fein gewebtem Stoff, reichlich mit Stickereien verziert.

Vor der Moschee sind heute besonders viele Koranschüler anzutreffen. Sie sind leicht zu erkennen an ihren kahl rasierten Schädeln und der Kalebasse in der Hand. Sie tragen keine Feiertagskleidung, sondern sind wie jeden Tag ärmlich und zerrissen angezogen.

Freitags sind die Menschen besonders spendabel und so hoffen die Jungen, daß auch für sie etwas zu essen, vielleicht sogar ein Kleidungsstück oder Geld abfällt.

An diesem Tag lernen wir Hamadou Diallo kennen. Ihn werden wir in den nächsten Monaten fast täglich in der Stadt beim Betteln wiedertreffen. Heute hat er Glück gehabt, seine Kalebasse ist bereits mit Hirsebrei und Okrasoße gefüllt. Er hat daher Zeit und ist sofort zu einem Gespräch bereit.

Sein Name verrät uns, daß er zu der Ethnie der Peulh gehört, die ursprünglich aus dem Norden Malis kommen. Seine Eltern wohnen in Djenné im Norden des Landes. Er hat wie viele Kinder im Alter von sieben Jahren mit dem Koranunterricht begonnen. Zunächst waren in seiner Gruppe auch Mädchen, diese bleiben jedoch nur wenige Monate, bis sie die wichtigsten Gebete gelernt haben. Allein an die Jungen werden höhere Ansprüche gestellt.

Hamadou ist bisher der einzige, der auf Wunsch seiner Eltern als Koranschüler mit seinem Lehrer nach Segou gegangen ist. Sobald der nächst jüngere Bruder das entsprechende Alter erreicht hat, wird auch er die Familie für einige Jahre verlassen müssen. Während dieser Zeit sehen die Kinder ihre Eltern nur in Ausnahmefällen. Einzig und allein der Koranlehrer ist für ihre Erziehung und ihr Wohlergehen verantwortlich. Er bestimmt auch das Ende der Studien, das nach drei bis fünf Jahren erreicht ist. Im Laufe der Lehrzeit wird der Koran von allen Schülern einmal vollständig abgeschrieben, wobei die wichtigsten Verse auswendig gelernt werden. Nur die wenigsten setzen danach ihre Studien fort, um in der nächsten Etappe den Koran zu übersetzen und zu interpretieren.

Die Zukunftswünsche und Zukunftsperspektiven der Koranschüler sind nahezu identisch. Hamadou spricht hier für alle. Er würde gern möglichst bald zu seinen Eltern aufs Land zurückkehren und dort Vieh hüten. Auch wenn er seine Studien zum Abschluß bringt, wird er zurückkehren und den Beruf seines Vaters erlernen. Kaum ein Schüler wird selbst später Koranlehrer, die übliche Studienzeit von drei bis fünf Jahren reicht dazu nicht aus.

Der Tagesablauf eines Koranschülers

Hamadou wohnt zusammen mit 25 weiteren Koranschülern bei seinem Lehrer. Die Kinder schlafen in einem Raum im Hof des Lehrers, ohne Matten auf der Erde. Zwischen fünf und sechs Uhr ist die Nachtruhe für die Kinder beendet. Nach einem gemeinsamen Gebet mit den anderen Schülern macht sich Hamadou zu Fuß zum Markt auf, um etwas zum Frühstück zu erbetteln. Nicht alle Jungen werden heute morgen etwas zu essen finden, daher wird das Erbettelte beim gemeinsamen Frühstück geteilt. Zunächst wird das Essen dem Lehrer angeboten, der sich den besten Teil aussuchen kann. Falls sie Geld bekommen, wird auch dies dem Lehrer übergeben. Das erbettelte Essen reicht oft nicht aus, um alle Schüler satt zu machen. Hamadou erzählt, daß er sehr oft den ganzen Tag über hungrig ist. Es ist ihm jedoch verboten, das Erbettelte bereits auf der Straße zu verzehren.

Das Grundprinzip der Erziehung ist, daß die Koranschüler lernen zu leiden. Sie sollen begreifen, daß man im Leben ohne Leiden nichts erreicht, denn nur wer leidet hat Gottes Segen und ohne Gottes Segen ist jede Arbeit sinnlos.

Dem Betteln kommt nach Ansicht eines Marabuts eine doppelte Bedeutung zu. Die religiöse Bedeutung liegt zum einen in dem symbolischen Opfer, das derjenige bringt, der in Allahs Namen etwas gibt; das Opfer wird ihn vor Unheil schützen. Zum anderen empfängt der Koranschüler das Opfer mit Allahs Segen; die gesegnete Mahlzeit wird ihn reinigen. Aber das Betteln dient auch zur Disziplinierung der Schüler. Die Schüler sollen lernen, sich zu unterwerfen - Leben ist nämlich einem Marabut zufolge Unterwerfung. Kinder müssen sich ihren Eltern bzw. den Älteren der Gesellschaft und alle Menschen müssen sich Allah unterwerfen.

Auch wenn die Bevölkerung weiß, daß der Koranschüler auf ihre Unterstützung angewiesen ist, so ist diese doch relativ gering. Die Akzeptanz der Koranschüler ist im Norden des Landes höher, dort sind aber die materiellen Möglichkeiten beschränkter.

Nach dem Essen beginnt der Unterricht mit dem Abschreiben, Auswendiglernen und Aufsagen der Suren. Der Koran hat für gläubige Moslems auch heute noch höchste Priorität bei der Erziehung der Kinder, da er die Grundfragen des Seins beantwortet und für jede Situation Lebenshilfen anbietet.

Jetzt in der Erntezeit arbeitet Hamadou mit seinen Mitschülern nachmittags auf den



Für Koranschüler verboten: Auf der Straße Tischfußball spielen

Hirsefeldern. Die Feldarbeit hat den ganz pragmatischen Zweck, den Lebensunterhalt von Lehrer und Schülern sicherzustellen - der Lernaspekt steht hier nicht im Mittelpunkt. Dennoch sind die bei der Feldarbeit gewonnenen Fertigkeiten die einzigen praktisch nützlichen Resultate der Erziehung.

Das Verhältnis von Betteln, Feldarbeit und Unterricht ist abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen des Koranlehrers. Diese sind umso besser, je bekannter und angesehener der Lehrer ist. Da er für seine Arbeit von den Eltern nicht bezahlt wird, ist er auf das Betteln seiner Schüler, die Erträge seiner Felder und auf Spenden der Bevölkerung angewiesen. Koranlehrer, die seit vielen Jahren in einer Stadt unterrichten und sich einen Namen gemacht haben, können fast vollständig von letzterem leben. Das gilt allerdings nur für die wenigsten. In der Regel müssen die Koranschüler durch ihre Arbeit und ihr Betteln entscheidend mit für den Lebensunterhalt des Koranlehrers beitragen, so daß für die eigentlichen Studien wenig Zeit bleibt.

Mittags und abends wird das Lernen bzw. die Feldarbeit unterbrochen, um erneut in der Stadt für die Mahlzeiten zu betteln. Der gesamte Tagesablauf ist streng geplant, er schreibt nach dem letzten Gebet um 21 Uhr Bettruhe vor. Auch in der Zwischenzeit haben die Jungen kaum Gelegenheit sich selbst zu beschäftigen. Spiele aller Art sind den Schülern aus religiösen Gründen vom Koranlehrer verboten. Verstöße werden schwer bestraft, wobei körperliche Züchtigung üblich ist. Dennoch sieht man die Koranschüler häufig tagsüber auf der Straße um Tischfußballspiele stehen, wo sie Jungen ihres Alters beim Spielen zusehen.

Unangemessene Erziehung in den Koranschulen

Die Erziehung der Koranschüler hat sich seit Jahrhunderten nicht geändert; sie entspricht daher den Bedürfnissen einer Subsistenzgesellschaft. Die heutige Gesellschaft kann aber längst nicht mehr uneingeschränkt als solche bezeichnet werden; sie befindet sich vielmehr in einer schwer zu definierenden Übergangsform zwischen Subsistenzgesellschaft und Industriegesellschaft. Insofern sind die Bildungsinhalte unzureichend, um auf ein Leben in einer Gesellschaft vorzubereiten, in der zunehmend ehemals verbindliche Werte und Normen in Frage gestellt werden, traditionelle Strukturen, wie die der Großfamilie, sich langsam auflösen und auch im Arbeitsprozeß einschneidende Veränderungen stattfinden.

Bereits während ihrer Lehrzeit in der Stadt erfahren die Schüler täglich Widersprüche zwischen den Anforderungen ihres Lehrers bezüglich Entbehrung und Verzicht und dem Leben außerhalb, wo fremde Produkte den Markt überschwemmen und die Ansprüche der Bevölkerung mit dem wachsenden Angebot ständig steigen. Sie beobachten Gleichaltrige beim Spielen, während ihnen dies aus religiösen Gründen und unter Strafe verboten ist. Sie lernen im Koran, daß sich die Frau dem Mann unterzuordnen hat, ihr aus diesem Grund auch weniger Bildung zuteil wird und sehen in der Stadt Frauen, die in gehobenen Positionen arbeiten. Für Zweifel, Widersprüche oder auch nur Fragen bietet der Koranunterricht keine Möglichkeit; dies würde die absolute Autorität des Koranlehrers in Frage stellen.

Grundsätzlich sind die Bedingungen zu kritisieren, unter denen die Kinder Jahre lang leben. Für ein effektives Lernen müssen zumindest die Grundbedürfnisse befriedigt sein; dies wiederum widerspricht dem Prinzip des Leidens. Betrachtet man darüber hinaus das Verhältnis von Arbeit und Betteln einerseits und das eigentliche Lernen andererseits, so muß man daran zweifeln, ob primäres Ziel des Unterrichts das Studium des Korans ist. Liegt jedoch der Schwerpunkt auf Maximen wie Leiden und Unterwerfung, so werden Koranschüler nie einen sinnvollen Beitrag leisten können, um die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Misere des Landes zu mildern.

Christiane Groß

Anmerkung:

1) Die allgemeine Schulpflicht, die mit der Staatsgründung im Jahr 1962 eingeführt wurde, änderte daran nichts. In ihrem Rahmen werden zwar nur das staatliche Schulwesen und die allgemeinbildenden Koranschulen, sog. medersas, nicht aber die traditionelle Ausbildung bei einem Koranlehrer anerkannt. Weil Mali aber weit von einer flächendeckenden Versorgung mit Schulen entfernt ist, haben die Koranschulen ungebrochene Bedeutung.

Das BMZE übt sich in Eklektizismus

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat 1992/93 drei Sektorkonzepte zur Förderung der Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich in Neufassungen herausgegeben: zur Grundbildung, zur beruflichen Bildung und zum Hochschulwesen. Durch die darin niedergelegten Ziele und Förderungsinstrumente wird die Entwicklungszusammenarbeit seitens der Bundesregierung bestimmt und die der Nichtregierungsorganisationen nicht unerheblich beeinflußt. Die Kommission 'Bildungsforschung mit der Dritten Welt' hat die in diesen Sektorkonzepten niedergelegten Vorstellungen und Vorschläge erörtert. Die Verfasser haben die folgenden Überlegungen[1] auf der Basis dieser Diskussionen in der Absicht einer kritischen Politikberatung erarbeitet.

Die vorliegenden Sektorkonzepte sind von der kritischen Bildungsdiskussion der vergangenen Jahre beeinflußt. Sowohl im Grundbildungsbereich (z.B. Verbesserung der Qualität, statt nur der Quantität des Unterrichts) wie im berufsbildenden Bereich (z.B. Berücksichtigung des informellen Sektors) oder im Universitätsbereich (die Hochschule in wenig industrialisierten Ländern als Ort der gesellschaftlichen Kritik) gibt es Hinweise auf den Einfluß kritischer wissenschaftlicher Positionen. Allerdings sind auch erhebliche Einwände gegen die Sektorkonzepte vorzubringen. Der Bildungsbereich in wenig industrialisierten Ländern befindet sich in einer widersprüchlichen Situation: Das Bildungssystem hängt von den ökonomischen und politischen Bedingungen ab, es ist insbesondere das Ergebnis von Bedingungen gesellschaftlicher Armut. Deren Abbau kann nicht auf der Ebene bildungspolitischer Maßnahmen gelingen, sondern setzt entscheidende politische, ökonomische und soziale Veränderungen voraus. Hier hätte auf die entscheidende Bedeutung internationaler Ursachen für Verarmungsprozesse in Ländern des Südens hingewiesen werden müssen.

Das Problem einer strukturbedingten Unterfinanzierung von Schulsystemen und Berufsausbildungseinrichtungen in wenig industrialisierten Ländern wird nicht angesprochen. Die Folgen einer dadurch geförderten Vermittlung von wenig nützlichem Wissen und möglicherweise auch eine Förderung von sozialer Entfremdung sind weitgehend bekannt. Daraus sollten sich Überlegungen zu einer sozial, kulturell und auch sonst angepaßten und finanzierbaren Bildungspolitik ergeben, auf die sich auch die Sektorkonzepte zu beziehen hätten.

Aber es gibt auch grundlegende Einwände gegen die drei Sektorkonzepte: Indem in sie eklektizistisch alle möglichen kritischen Positionen aus früheren Diskussionen eingearbeitet werden (zum Beispiel: Unterstützung der Frauen, Kritik des technologischen Fortschrittsglaubens, Aufwertung der Subsi-

Sektorkonzept 'Hochschule'

1. Die Hinweise im Sektorpapier 'Hochschule' auf ein Wissen, das im jeweiligen Land 'angepaßt' einsetzbar ist, sind zu begrüßen. Doch entstehen dadurch in dem Papier Widersprüche, denn das in den Industriestaaten akkumulierte Wissen bedeutet internationale ökonomische und politische Macht. Außerdem haben die Hochschulen in wenig industrialisierten Ländern auch Qualifikationsaufgaben für einen weltweiten arbeitsteiligen Produktionszusammenhang zu übernehmen. Viele der angepaßten Technologien erfordern zudem ein hohes Maß an komplexer Grundlagenforschung, die nur mit einem sehr hohen Aufwand zu realisieren wäre.
Außerdem werden zu recht zum ersten Mal eigene Mittel zur Kooperation zwischen den Hochschulen gefordert. Es wäre wünschenswert, wenn solche Mittel zunehmend auch für die Kooperation in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und für - von Hochschulen begleitete - Reformprojekte im Bildungsbereich zur Verfügung stünden.
2. Kritisch ist insbesondere folgendes anzumerken:
a) Das Sektorkonzept legt die Auffassung nahe, daß auf fast allen Gebieten des Hochschulwesens in wenig industrialisierten Ländern ein Entwicklungsbedarf bestehe (Abschnitt 2.2). Zudem wird der Überzeugung Vorschub geleistet, daß in der BRD für all diese Gebiete Expertise zur Verfügung stehe. Demgegenüber könnte z.B.in bezug auf 'Dienstleistungen der Universität für die Gesellschaft' die deutsche Hochschule sicherlich von Hochschulen in Lateinamerika und im asiatischen Raum lernen. Hier wäre eine Beschränkung auf international anerkannte Leistungen der deutschen Hochschulen organisatorisch und inhaltlich anzuraten, anstatt aus einem umfassenden Kompetenz- und Regelungsanspruch heraus z.T. fragwürdige Modelle der anglo-amerikanischen Universität (z.B. Studiengebühren) als Expertise der Bundesrepublik anzubieten.
b) Zu fragen ist, ob der in dem Konzept implizit vorherrschende Projektansatz der Zusammenarbeit im Hochschulwesen nicht eher einem Politikdialog und einem die einzelnen Teile des Bildungswesen ansatzweise vernetzenden Bildungsbereichkonzeptes weichen sollte. Viele 'weiße Elefanten' der Hochschulzusammenarbeit hätten vermieden werden können, wenn eine bessere Einbindung in die jeweiligen Bildungslandschaften angestrebt und erreicht worden wäre. Gerade die Kurzfristigkeit vieler Projekte steht der Notwendigkeit zu langfristigen Kooperationen zwischen Hochschulen entgegen.
c) Die Bundesregierung betreibt 'Entwicklungszusammenarbeit' im Hochschulsektor aus einer Vielzahl von Eigeninteressen z.B. in den Bereichen Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik, Ressourcen- und Einflußsicherung etc.. Diese Interessen werden tendenziell hinter denen der wenig industrialisierten Länder versteckt.

stenzbereiche, Dezentralisierung und Regionalisierung der 'Entwicklungshilfe'), werden sie gegen mögliche Kritik schon im Vorfeld abgeschirmt. Doch nirgends gibt es einen Ansatzpunkt dafür, aus geschichtlichen Erfahrungen und mit konzeptionell klaren Programmen Fehlentwicklungen im Verhältnis der Industrieländer zu den wenig industrialisierten Ländern zu korrigieren oder wenigstens die Notwendigkeit dazu im Bereich der Bildungspolitik hervorzuheben.

Die politische 'Enthaltsamkeit' bei der Konkretisierung gesellschaftspolitischer Rahmenkonzeptionen führt auch dazu, daß die einzelnen Sektorpapiere untereinander kaum Bezüge haben. Zwischen den und innerhalb der drei Sektoren scheinen 'Verteilungskämpfe' um geringe Etatmittel durch; die Durchsetzung von Einzelvorhaben ist teilweise noch erkennbar.

Theoretische Überlegungen zum Bildungssystem und zur Institution Schule fehlen. So wird an keiner Stelle die Selektion angesprochen, durch die eine bildungspolitisch unproduktive Aussonderung von Schülern und Schülerinnen auf den verschiedenen Schulstufen und die Ausrichtung des Bildungssystems auf die Produktion einer kleinen Bildungselite betrieben wird. Die Etats vieler Bildungsministerien sind immer noch weitgehend auf die Qualifikation weniger Hochschulabsolventen und Hochschulabsolventinnen ausgerichtet. Daß es einen internationalen Arbeitsmarkt für qualifizierte Arbeit gibt, durch den die Inhalte und die Selektionsmechanismen auch der Bildungssysteme in den armen Ländern erheblich bestimmt werden, wird ebenso wenig erwähnt wie die zunehmend veränderte gesellschaftliche Funktion von Privatschulen, insbesondere der Kirchen: Die schrumpfenden staatlichen und kirchlichen Subventionen zwingen dieses Schulsystem, auf dem Bildungsmarkt - vor allem in den Städten - um eine zahlungsfähige Eltern-Klientel zu kämpfen. 'Bildung' als ein wesentliches Element sozialer Gerechtigkeit für alle bleibt dabei auf der Strecke: Die notwendigen Bildungsinvestitionen für die Bevölkerungsmehrheit werden durch gezielte Qualifikationsinvestitionen für den Nachwuchs der herrschenden Gruppen ersetzt. Ein offenkundiges Beispiel dafür sind die Vorschulen.

Grundlegende Reformen im Bildungsbereich haben ohne Unterstützung durch soziale Bewegungen in aller Regel keine Chance. In der europäischen Geschichte haben sich im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen - insbesondere der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung und der Jugendbewegung - zukunftsweisende und erfolgreiche Bildungsbewegungen entwickelt. So gehören die Geschichte der Erwachsenenbildung und die der Arbeiterbewegung eng zusammen, und die Reformpädagogische Bewegung ist ohne die Jugendbewegung nicht denkbar. Aber auch in afrikanischen Befreiungsbewegungen, in anti-imperialistischen Bewegungen in Lateinamerika, in moslemischen Bewegungen in Asien und in arabischen Ländern verbanden und verbinden sich soziale Bewegungen mit Bildungsreformansätzen. Staatliche Institutionen haben darauf schon immer mit Skepsis oder mit schroffer Ablehnung reagiert.

Vielleicht ist heute - nach dem Ende des Ost-West-Konflikts - der Zeitpunkt gekommen, den Nord-Süd-Gegensatz auch poli-



Berufliche Bildung

Das neue Sektorkonzept Berufliche Bildung stellt im Vergleich zu seinem Vorläufer (1986) eine erhebliche Verbesserung für die Zielgruppen sowie für Inhalte und Formen von Berufsbildungsprojekten dar.
Zu den Neuerungen gehört beispielsweise:
- Eine einseitige Ausrichtung des Konzepts an 'Modernisierung' wird nicht mehr propagiert.
- Der informelle Sektor wird als Überlebensökonomie offiziell akzeptiert. Maßnahmen zur Förderung von Zielgruppen in diesem Sektor werden ausdrücklich vorgesehen.
- Der Export des bundesdeutschen 'dualen Systems' der beruflichen Bildung wird nicht mehr gefordert. In Abkehr von festen Berufsbildern wird eine breit angelegte Handlungsfeldorientierung als mögliches Qualifizierungsziel bezeichnet.
- Es werden vielfältige Förderungsmöglichkeiten mit einem jeweils unterschiedlichen Formalisierungsgrad benannt, deren Anwendung flexibel auf die lokalen Bedingungen abgestimmt werden soll.

Allerdings bleiben auch hier Bedenken bestehen. So wird zwar die Förderung von Zielgruppen aus dem informellen Sektor konzeptionell der Förderung der gewerblichen Berufsbildung gleichgestellt. Doch ist zu befürchten, daß dieser neue Bereich marginal bleibt. Denn einerseits erscheint eine Förderung von Zielgruppen aus dem informellen Sektor ungleich schwieriger als eine Förderung der gewerblichen Berufsbildung im formellen Sektor, weil die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in ersteren labil sind und dadurch u.a. die Gefahr besteht, über eine Förderung einzelner Personengruppen andere erheblich zu benachteiligen. Andererseits bereitet ein hoher Abfluß von Mitteln in dem bisherigen Förderungsbereich keinerlei Schwierigkeiten, ja dieser wird sogar gefordert - auch von Regierungen aus dem Süden. Schließlich ist zu befürchten, daß dieser Bereich auch keine annähernd gleichgewichtige Lobby wie der Bereich der gewerblichen Berufsbildung besitzt. Darüberhinaus bestehen Bedenken dagegen, daß das Sektorkonzept genügend Raum dafür bietet, die bisherige einseitig am formellen Sektor orientierte Berufsbildungsförderung kaum verändert fortzusetzen.

tisch zu analysieren und den Bildungsbereich aus dieser Analyse nicht mehr auszuklammern. Die Bundesregierung hat nicht realisiert, daß sich ein grundlegender Paradigmenwechsel angebahnt hat. Statt des Exports von Bildungskonzepten in die wenig industrialisierten Länder des Südens ist eine Neubesinnung im Norden und im Süden notwendig geworden.

In den wirtschaftlichen Metropolen werden immer weniger Menschen für eine lebenslange Berufstätigkeit ausgebildet, und immer mehr Menschen fallen ganz aus einer regelmäßigen Berufstätigkeit heraus. Dadurch drängen sich Fragen auf: Erstens, ob nicht die Schulen im industriellen Norden Lebensschulung, d.h., neue Angebote zur Lebensbewältigung - statt Zertifikatsorientierung - anbieten, und zweitens, ob nicht alle Bildungsinstitutionen eine Gegenkultur gegen Vereinsamung und Überindividualisierung der Menschen und den dadurch verursachten Verfall der sozialen Strukturen fördern müßten.

Darüber hinaus werden durch die bisher fest mit der Marktwirtschaft verbundene Praxis einer ungehemmten Expansion von industrieller Produktion mit einem entsprechenden Ressourcenverbrauch die natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens auf der Erde insgesamt immer schneller zerstört.

Die Hoffnung, daß das wirtschaftliche Wachstum die Probleme 'naturgesetzlich' lösen könnte, wird in den Metropolen wie in den Peripherien zunehmend dramatisch enttäuscht. In dieser Situation ist es leichtfertig, unreflektiert Konzepte einer primär berufsorientierten Qualifikation zu exportieren, die - an der universellen Gültigkeit des westlichen Denkens orientiert - auf eine Globalisierung des westlichen Industrialisierungs- und Entwicklungskonzepts ausgerichtet sind. Vielmehr wäre in einem intensivierten Süd-Nord-Dialog zu klären, wie in großen gemeinsamen Anstrengungen neue Anforderungen an die Bildungssysteme als Lebensschulung, als Gegenkraft gegen die soziale Auflösung der Gesellschaft und als Vorreiter zu ökologisch verträglichen Produktions- und Lebensformen konzipiert und realisiert werden können. Dies kann jedoch erst dann fruchtbar werden, wenn die Nöte der Menschen und nicht vorrangig wirtschaftliche Wachstumsfragen in den Mittelpunkt der Bildungskonzepte gerückt werden.

Die Aufnahme entsprechender Gedanken sucht man in den drei Sektorpapieren des BMZ vergeblich. Daher sind dieses Konzepte auf einem gefährlich veralteten Reflexionsniveau aufgebaut. Sie enthalten keine akzeptablen Antworten auf die zentralen Herausforderungen der Gegenwart und bieten keine brauchbaren Strategien für die Zukunft.

Hans Bühler
Heinz-Peter Gerhardt
Wolfgang Karcher
Gottfried Mergner

Anmerkung:
1) Die 'Stellungnahme zu den Sektorkonzepten der Bundesregierung zu Grundbildung, Berufliche Bildung und Hochschulbildung' kann bei Wolfgang Karcher, Technische Universität Berlin, Fachbereich 22, Franklinstr. 28/29, 10587 Berlin angefordert werden.

'Förderung der Grundbildung'

1. In dem Konzept sind einige wichtige Maßnahmen berücksichtigt, um Grundbildung in der Grundschule und der Sekundarstufe I zu verbessern. Einige Beispiele:
- die Auflistung von Förderansätzen, insbesondere die Einbeziehung von armen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen sowie von Mädchen und Frauen (Abschnitt 6.4.2),
- die wiederholten Hinweise auf die Notwendigkeit der Integration von schulischer und außerschulischer Grundbildung (Abschnitt 6.1). (Allerdings sollte für Frauen nicht nur deren "Bedeutung in Landwirtschaft und Kleinhandel" (Abschnitt 3.2) mitbedacht werden, sondern sie müssen auch Zugang zu technischer Grundbildung erhalten),
- der Hinweis, daß Grundfertigkeiten eine wichtige Rolle spielen, "um sich mit Hilfe von schriftlichem Material die erforderlichen Grundkenntnisse in Bereichen wie Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft oder Kleinhandel anzueignen" (Abschnitt 3.2),
- der volkswirtschaftliche Hinweis auf den Zusammenhang von ausreichender Grundbildung und weiterführenden Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten (Abschnitt 2.3), und - die Hinwendung von quantitativer Ausweitung der Grundbildung zu deren 'Qualität'.
2. Im Sektorkonzept Grundbildung wird die Verbesserung des Status quo von Grundbildung betont, jedoch wird grundlegenden Weichenstellungen ausgewichen. Die finanziellen und politischen Rahmenbedingungen werden - zumindest für die Mehrzahl der Länder in Afrika südlich der Sahara - zu optimistisch eingeschätzt oder sind politisch zu einseitig an den Interessen der Reichen orientiert.
Darüberhinaus werden im Sektorkonzept wichtige Aspekte zur Sicherung der Qualität einer Grundbildung für alle außer acht gelassen. Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den sozioökonomischen Kontexten, in denen man Grundbildungsangebote findet: Schulen für die Privilegierten sind besser ausgestattet, haben die besser ausgebildeten Lehrkräfte, die Kinder sind gesünder und haben die kürzeren Schulwege. Schulen der Armen finden sich vor allem auf dem Land, aber auch in den Armutsvierteln der Städte. Sie sind überfüllt und schlecht ausgestattet, die unregelmäßig bezahlten LehrerInnen können sich auf der Suche nach zusätzlichen Einkommen keinen regelmäßigen Unterricht mehr leisten. Die Schulen sind insbesondere auf dem Land für die Kinder oft zu weit entfernt. Schließlich finden sich keinerlei Hinweise auf eine teilweise notwendige, weil subsistenzsichernde Kinderarbeit und darauf, wie diese in Einklang mit einer Grundbildung für die Betroffenen gebracht werden kann. Viele Millionen Kinder müssen bisher eine kontinuierliche Grundbildung allzu oft unterbrechen oder gar abbrechen, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.
Teures schulisches Lernen, das kaum eine realistische Perspektive auf Verbesserung der Lebensbedingungen bietet, macht angesichts der Härte des täglichen Überlebenskampfes für arme Menschen keinen Sinn mehr. Eine Verknüpfung von informellem Sektor und institutionalisiertem Lernen ist möglich, wie an Beispielen der Arbeit mit Straßenkindern in Lateinamerika, oder der 'école-atelier' in Westafrika zu sehen ist: das Leben der Kinder liefert die Inhalte für die Grundbildung, deren Institutionalisierung bietet die notwendige Sicherheit vor Ausbeutung und Gewalt. Für arme Kinder und für Jugendliche ist zunehmend die unmittelbar erkennbare Relevanz für ihr Leben eine zentrale Motivationsbedingung, um Grundbildung für sich in Anspruch zu nehmen. (...)
4. Betrachtet man die Faktoren, die völlig ungewichtet zur Erklärung der Qualitätsmisere aufgezählt werden (Abschnitt 3.1 a.E.), so ist die enge Verbindung mit der Argumentation der Weltbank leicht erkennbar. Demgegenüber haben 47 Schulpraktiker aus neun westafrikanischen Ländern die Ursachen für die Misere ihrer Schulen wie folgt gewichtet: Als 'extrem wichtig' wurde insbesondere der Gesundheitszustand der Kinder, regelmäßiges und ausreichendes Gehalt sowie Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer eingestuft. Bildungsreformansätze und Klassenstärken von nicht mehr als 40 Schülern und Schülerinnen pro Klasse sind für westafrikanische Schulpraktiker sehr wichtig. Weiterhin halten sie den Zustand der Schulgebäude, aber auch die Verfügbarkeit von Unterrichtsmedien, eine verständige Schulverwaltung etc. für wichtig, um die Qualität von Grundbildung zu gewährleisten. Vergleicht man diese Vorstellungen mit den Vorschlägen im Sektorkonzept Grundbildung, so drängt sich der Eindruck auf, daß dort die Interessen von Schülern und Schülerinnen, Lehrpersonal und Eltern kaum vorkommen.

Kuchen und Kaviar

Das GATT und die Landwirtschaft der Dritten Welt

Die letzte GATT-Runde wurde von "Mainstream-Ökonomen" in Nord und Süd als ein Weg unterstützt, den Wohlstand sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern zu steigern. Durch die Streichung nationaler protektionistischer Maßnahmen und die Öffnung der Märkte im Norden wie im Süden, so die Annahme, wird der angekurbelte Welthandel, beginnend mit dem Jahr 2002, zu einer jährlichen Steigerung des "Welteinkommens" von 213 Mrd.$ führen. Und diese Steigerung, so die Ökonomen, werde sich automatisch zum Segen für alle entwickeln.

Diese Vermutung stützt sich zum einen auf den Glauben, daß die Konzentration der Ressourcen auf die produktivsten und wettbewerbsfähigsten Sektoren es einem Land ermöglichen wird, im freien Handel seinen Wettbewerbsvorteil zu maximieren und zum anderen auf die Annahme, ein zunehmender Welthandel sei an für sich schon etwas Gutes.

Nicht jeder Glaube findet allerdings seine Erfüllung. Zunächst einmal hat der "komparative Kostenvorteil" mehr mit dem absoluten Preisvorteil zu tun als mit dem in ökonomischen Lehrbüchern vielzitierten Wirtschaftsklima. Diejenigen, die Löhne, soziale- und Umweltschutzkosten minimieren, streichen den größten Profit ein und erreichen für ihre Produkte die größten Märkte. Zum zweiten stehen nicht die individuellen Käufer und Verkäufer hinter den nationalen und internationalen Regeln, die entscheiden, wer vom Handel profitiert: diese Rolle nehmen längst die mächtigen Regierungen und ihre politischen Allierten ein, ganz besonders die transnationalen Firmen, die 80 % des Welthandels kontrollieren. Es überrascht daher nicht, daß auch die neuen GATT-Bestimmungen diese Interessen reflektieren.

Die Hauptnutznießer des GATT-Abkommens werden die Industriestaaten des Nordens sein. In der Tat werden, nach einem gemeinsamen Report von Weltbank und OECD, zwei Drittel des durch die GATT-Vereinbarungen erwarteten Anstiegs des "Welteinkommens" den OECD-Staaten zufallen, in denen lediglich ein Drittel der Weltbevölkerung lebt. In Indonesien, Afrika und den Mittelmeerstaaten wird demgegenüber ein Sinken der Realeinkommen erwartet - insgesamt werden diese Staaten rund 7 Mrd. $ pro Jahr verlieren. Das BSP der afrikanischen Staaten wird zwischen 0,2 und 0,5 % zurückgehen. Diese Verluste sind zum großen Teil auf die GATT-Klauseln zur Liberalisierung der Landwirtschaft zurückzuführen.

Reduzierung der Subventionen

Das Ziel des GATT, unfaire protektionistische Praktiken zu beseitigen, basiert auf zwei Maßnahmenpaketen: die Reduzierung der Unterstützung der heimischen Landwirtschaft und eine Verringerung der Exportsubventionen. GATT fordert von Entwicklungsländern eine Reduzierung der Unterstützung ihrer Bauern um 13,3 % in den nächsten 10 Jahren und von den Industriestaaten um 20 % in den nächsten 6 Jahren. Dies umfaßt Subventionen von Produzentenpreisen und Subventionen für Saatgut, Dünger und Kredite. Zusätzlich wird von den Industrieländern eine 36%ige Kürzung und von Entwicklungsländern eine 24%ige Kürzung ihrer direkten Exportsubventionen verlangt. Dadurch erhofft man sich ein Ende des "dumping" von subventionierten Nahrungsmitteln auf den Weltmarkt.

Zunächst scheinen beide Maßnahmen von Vorteil für die Bauern aus der Dritten Welt zu sein. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch klar, daß die Regelung bezüglich der einheimischen Landwirtschaft indirekte Subventionen nicht miteinbezieht. Folglich sind weder die EG-Unterstützungen für die Bauern noch etwa die Ausgleichszahlungen an US-Farmer betroffen, die diese für die niedrigen Preise, die sie von den Agrarmultis erhalten, entschädigen sollen.

Die OECD schätzt, daß solche Zahlungen der EG eine Subventionierung ihrer Landwirtschaft von bis zu 49 % (USA 30%, Kanada 41%) ermöglicht. Mit diesen erlaubten Einkommenssubventionen können die meisten Regierungen der Dritten Welt nicht mithalten. Die Tatsache, daß diese Regelungen nicht unter das GATT-Abkommen fallen, läßt den Anspruch des GATT, eine weitere Überschwemmung der Märkte von Entwicklungsländern durch subventionierte Nahrungsmittel aus Industriestaaten zu verhindern, als schlechten Witz erscheinen.

Öffnung der Märkte

Zusätzlich zu den Subventionsstreichungen verlangt GATT von den Entwicklungsländern - mit Ausnahme der ärmsten Länder - die Öffnung ihrer Märkte bis zu mindestens 2 % des gesamten einheimischen Nahrungsmittelverbrauchs. Innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren soll diese Rate auf 3,3 % ansteigen. Von den Industrieländern wird Gleiches verlangt, nur mit Werten von 3 bzw. 5 %.

Auch dies scheint beim ersten Hinsehen von Vorteil für die Entwicklungsländer zu sein, denen rein prozentual betrachtet ein höheres Maß an Protektionismus für ihre Märkte zugestanden wird. Doch die Zahlen täuschen. Erstens ist der Markt für Grundnahrungsmittel in der Dritten Welt wesentlich größer als im Norden. 2 % des Gesamtverbrauchs in der Dritten Welt stehen daher für einen größeren Markt als 3 % in den Industriestaaten. In Tansania hat die Landwirtschaft einen Anteil von 18 % am Bruttosozialprodukt, in den USA nur 0,5 % - ein Importanteil von 2 % an Tansanias Agrarmarkt ist daher ein weit tieferer Schnitt in die Wirtschaft dieses Landes als ein Anteil von 3 % am US-Agrarmarkt. Drittens sind die vom Norden exportierten Nahrungsmittel in erster Linie Grundnahrungsmittel - vor allem Getreide - und konkurrieren daher direkt mit den in den Ländern selbst erzeugten Nahrungsmitteln: die vom Süden exportierten Agrarprodukte sind in der Regel Luxusartikel und haben im großen und ganzen keine Auswirkungen auf die dortigen Agrarpreise.

Zudem haben die Exporte des Nordens, selbst bei den erwarteten Preissteigerungen für viele Agrarprodukte, aufgrund der erwähnten versteckten Exportsubventionen einen Preisvorteil. Solche Exporte werden daher weiterhin die Preise der im Süden pro-

duzierten Grundnahrungsmittel unterlaufen und somit die Lebensgrundlage von Millionen Bauern gefährden, die noch ärmer und von Hunger und Unterernährung betroffen sein werden. Auch für die Stadtbevölkerung bedeutet die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten "schwerwiegende Risiken für die Ernährungssicherheit, da sie die städtische Bevölkerung unberechenbaren Weltagrarmärkten aussetzt."[1]

Außerdem kann gesteigerter Nahrungsmittelimport den Druck auf die Zahlungsbilanzen, den viele Staaten der Dritten Welt bereits erfahren, nur erhöhen. Ein Vertreter des indonesischen Landwirtschaftsministeriums kommentiert: "Den internen Reismarkt bis zu 3 % zu öffnen, bedeutet den Import von 1,5 Millionen Tonnen jährlich. Zu einer Zeit, in der der Schuldendienst bereits 34 % unserer Exporteinnahmen verbraucht, würde die Bereitstellung von Devisen für den Reisimport schwerwiegende Auswirkungen auf unsere Zahlungsbilanz haben."[2]

Hinter dem Beharren des GATT auf der Öffnung einheimischer Nahrungsmittelmärkte sehen viele die Hand der US-Außenpolitik. Es wird befürchtet, daß die USA die Uruguay-Runde dazu benutzen, "die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten zu verstärken"[3]. Seit den 60er Jahren haben US-Politiker immer wieder offen betont, Nahrung sei eine politische Waffe. Heutzutage hat sich zwar die Sprache geändert, die Botschaft bleibt jedoch dieselbe. John Block, ehemaliger US-Agrarminister, formulierte es am Rande der Uruguay-Runde so: "Die Idee, daß die Entwicklungsländer sich selbst ernähren können sollten, ist ein Anachronismus aus einer vergangenen Zeit. Sie könnten ihre Nahrungsmittelversorgung weitaus besser sichern, würden sie auf US-Agrarprodukte zurückgreifen, die in der Regel zu niedrigeren Preisen erhältlich sind."[4]

Politiker in Schwellenländern wie Südkorea, das mittlerweile eine ökonomische Bedrohung für die USA darstellt, werden den Tag noch bereuen, an dem sie sich für den Grundsatz "Ernährungssicherheit durch Handel" entschieden. In Korea haben Importe die Eigenproduktion derart geschwächt, daß die Selbstversorgungsrate beim Getreide von 27 % im Jahre 1967 auf 6 % im Jahre 1983 fiel. Bei Bohnen fiel die Rate von 100 % auf 25,7 %. Mittlerweile ist Korea der drittgrößte Importeur von landwirtschaftlichen Produkten aus den USA und hat sich somit in eine sehr verwundbare Handelsposition gebracht.

Mythos Export

Die Botschaft, die Politik der Liberalisierung und der gesteigerte Handel werden den Armen in der Dritten Welt eher nützen als den Eliten, ist ein Mythos. Das Ausmaß, in dem ein Land vom Handel profitiert, ist nicht so sehr vom gesamten Handelsvolumen abhängig, als vielmehr von den Bedingungen, unter denen es Handel treiben kann. Und diese Bedingungen werden für die Länder der Dritten Welt eher noch schlechter werden.

Ein im Jahre 1990 gemeinsam von Weltbank und OECD veröffentlichter Bericht berechnete die Effekte der exportorientierten Strukturanpassungspolitik Indiens und sagte voraus, daß sich bis zum Jahr 2000 der Betrag an Agrarprodukten, die von Menschen konsumiert werden, um 26,2 % verringern werde. Die Zahl der Hungernden wird demnach um 5,6 % höher liegen als ohne Liberalsierungspolitik. Trotzdem versprach M.S. Gill, Indiens Agrarminister, seinem Volk durch die GATT-Vereinbarungen "Kuchen und Kaviar".

aus: The Ecologist Nr.6/1993 S.219 ff.
übersetzt und stark gekürzt
von Michael Knüfer

Anmerkungen:

1)K. Watkins: Fixing the rules: North-South Issues in International Trade and the GATT Uruguay Round, London 1992

2)R. Watson: The GATT Negotiations on Agriculture: What are the Implications for Developing Countries?, Norwich 1993

3) Watkins a.a.O. S.70 (4) Ebd.

Informationen zum Aufstand in Chiapas

Wegen großer Nachfrage weiterhin: Pressemappe des iz3w.
Enthalten sind ausgewählte Artikel und Hintergrundberichte aus diversen Publikationen (Situation der Indigenas, Mexikos ökonomische und politische Lage, Interviews mit 'Commandante Marcos', zur Situation in Chiapas, Kommentare etc.). Die Zusammenstellung wird ständig aktualisiert. Die derzeit 96 Seiten starke Kopiensammlung kostet 12,-DM plus Porto, zu bestellen beim iz3w. iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg.

Desweiteren bietet das Informationsbüro Nicaragua e.V. Materialien an: Ein erstes Paket enthält den Bericht einer Rundreise von VertreterInnen der Koordination verschiedener NGOs in Chiapas, einen Veranstaltungsmitschnitt aus München sowie Erklärungen der EZLN (20 Seiten, Kopierkosten plus Porto). Eine andere Zusammenstellung enthält spanisches Material zu Chiapas, vorwiegend Hintergrundartikel und EZLN- Erklärungen aus 'La Jornada' (70 Seiten).

Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrich-Ebert- Str.141b, 42013 Wuppertal, Tel: 0202-30 00 30, Fax: 31 43 46



Vorwort

Deutsche Waffen, Deutsches Geld morden mit in aller Welt! Eine veraltete Demonstrationsparole? Keinesfalls. Sicherlich, auch für die Exporteure des Todes veränderte sich die Welt seit 1989. Mit dem Verlust des Feindes gingen auch die öffentlichen Aufträge drastisch zurück. Zudem leidet die Branche unter Skandalen. Aber diese Skandale öffnen der Öffentlichkeit nicht nachhaltig die Augen. Skandaldemokratie lebt vom Pawlowschen Reflex. Eine Spiegel-Enthüllungsstory, ein öffentlicher Aufschrei - und das wars dann. Allenfalls wird noch einer der Branche auserkoren, die Sündenbockrolle zu spielen: Ein Hippenstil-Imhausen mit seiner Giftküche in Libyen und Konten in Lichtestein eignete sich bestens für ein solches Ablenkungsmanöver.

Die deutsche Rüstungsindustrie besetzt auf der internationalen Rangliste einen der ersten Plätze. Die Bundesrepublik steht an dritter Stelle der Exporteure konventioneller Systeme weltweit - und darf sich in dieser Disziplin gar als Europameister etwas einbilden. Dennoch werden die deutschen vergleichsweise restriktiven Beschränkungen beim Rüstungsexport als ein Hindernis gesehen, als Wettbewerbsnachteil. Und das, obwohl die Praxis der Genehmigung fast aller Exportanträge uns eines besseren belehrt. Die Rüstungslobby mit ihren Einheizern Lamers und Konsorten schreit nach freieren Kooperationen, um sich ihre eh schon "gute" Position in den aktuellen Umstrukturierungsprozessen auf dem europäischen Rüstungsmarkt zu erhalten und weiter ausbauen zu können. Der Artikel von Jürgen Grässlin nimmt sich die Initiative des CDU-Bundestagsabgeordneten Lamers vor, stellt sie in den bundesdeutschen und europäischen Kontext, in den sie gehört.

Um die Krisenrezepte der europäischen Rüstungsindustrie und die aktuelle Harmonisierungsdiskussion geht es im Beitrag von Michael Brzoska. Einen erfolgversprechenden Weg sehen die Firmen in der Westeuropäisierung, sprich in dem Versuch, über eine transnationale Zusammenarbeit im rauher gewordenen Klima in Europa besser zu bestehen und von den heftig umkämpften Aufträgen der Mitgliedsstaaten einen größeren Teil abzubekommen. Die Folgen der zunehmenden Integration der europäischen Rüstungsindustrie liegen schon jetzt auf der Hand: immer seltener werden die für Rüstungsgüter vorgeschriebenen Genehmigungen (nur für die Dual-Use-Güter gelten seit 1993 die Regeln des Binnenmarktes) beim Verschieben von Bauteilen zwischen den Ländern eingeholt.

Mit einem weiteren Artikel macht Michael Brzoska auf einen anderen Aspekt der Umstrukturierungen des internationalen Waffenmarktes aufmerksam. Seine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Rüstungslieferung und Kriegsgeschehen in Jugoslawien und Sri Lanka verdeutlicht die wachsende Bedeutung der "scharzen" und "grauen" Märkte für den Umschlag von Rüstungsgütern. Während die Waffen im Falle des Schwarzhandels über gänzlich illegale Kanäle an private Waffenhändler und sodann an die Käufer gelangen, gelangen sie auf die grauen Märkte meist unter Duldung der zuständigen Regierungen oder gar durch diese selbst.

Nicht in den Graubereich fällt der große Exportdeal, den Dieter Reinhardt im abschließenden Artikel des Themenblocks unter die Lupe nimmt: der Export von NVA-Kriegsschiffen nach Indonesien. Er wurde unter den Augen der Öffentlichkeit ausgeführt. Was die Bundesrepublik zu diesem Geschäft veranlaßt hat, welche Folgeaufträge daran gekoppelt sind und wie die Reaktionen und der Widerstand sich dagegen ausnehmen, diesen Fragen versucht der Autor nachzugehen.

Am Schluß des Themenblock findet der/die LeserIn noch eine Serviceseite mit Informationen über die verschiedenen Initiativen, die sich dem Kampf gegen die Rüstungsindustrie verschrieben haben.

Die Redaktion



Eine Initiative zur Rettung der Hecklers und Kochs?

Das Lamerspapier und der europäische Kontext

Anfang der neunziger Jahre ist die Bundesrepublik Deutschland zum weltweit drittgrößten Exporteur konventioneller Waffen aufgestiegen. Kaum ein Krieg findet ohne deutsche Waffen, Rüstungs- und (zivil wie militärisch nutzbare) Dual-Use-Güter statt. Dennoch stehen viele rüstungsproduzierende Unternehmen massiv unter Druck: Die in den 90er Jahren sinkenden Wehretats und das Abbrechen von Absatzmärkten in der Dritten Welt zwingen die überdimensionierte europäische Rüstungsindustrie zur Umstellung auf zivile Fertigung oder zu intensivierter Rüstungskooperation und verstärkten Waffentransfers. In Zeiten wirtschaftlicher Rezession suchen die meisten Firmen den Weg schneller und lukrativer Gewinne - den des Rüstungsexports.

Dabei sieht sich die deutsche Industrie aufgrund vergleichsweise stringenter Kontrollmöglichkeiten beim Export Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt. Um dieses juristische Hemmnis zu beseitigen, fordert eine starke Lobby die Entschärfung der Rüstungsexportgesetze. Die Speerspitze bildet ein aktuelles Grundsatzpapier der CDU-Bundestagsabgeordneten Lamers, Fritz und Schockenhoff. Mit der Umsetzung der Lamers-Initiative würde die deutsche Rüstungsindustrie vor dem Zusammenbruch bedeutender Geschäftsbereiche bewahrt und gleichzeitig würde ihr ein Freifahrschein für europäische Kooperationsgeschäfte und weltweite Waffendeals ausgestellt werden.

Dieser Beitrag zeigt die aktuelle Situation bezüglich der Rüstungstransfers im Bereich konventioneller Waffen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen für die Exportkontrolle auf. Zudem soll er die Hintergründe sowie die zu erwartenden Folgen der Lamers-Initiative (im Falle ihrer Realisierung) beleuchten und die aus Sicht der Friedens-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsbewegung notwendigen Schritte zur einer tatsächlichen Verhinderung von Rüstungsexporten benennen.

Die Realität deutscher Rüstungsexporte

"Im Frühjahr 1992 ist ein umfangreiches Gesetzespaket zur Änderung des Außenwirtschaftsrechtes in Kraft getreten. Die Beteiligung deutscher Unternehmen bei der Produktion und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen erforderte unser entschlossenes politisches und rechtliches Handeln." So der damalige Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann unter dem Einfluß öffentlicher Kritik, nachdem im zweiten Golfkrieg die Folgen grenzenloser Waffenexporte der deutschen Rüstungsindustrie offenkundig geworden waren. Stolz verkündete Möllemann die damaligen Maßnahmen der Bundesregierung, von der "erheblichen Strafverschärfung", einer "Kompetenzerweiterung für den Bundeswirtschaftsminister" bis hin zur "Gründung des neugeschaffenen Bundesausfuhramtes". Diese Initiativen sollten "den Willen von Bundesregierung und Bundesrat" zur Erhöhung der "Effizienz der Kontrollverwaltung" dokumentieren.[1]

Möllemanns vollmundige Worte sind typisch für die Bundesregierungen, die seit Jahren in einer Vielzahl von Antworten auf kritische Bundestagsanfragen eine "restriktive" und "sensitive" Auslegung bestehender Rüstungsexportgesetze proklamieren und das Gegenteil praktizieren.

Nur so ist es zu erklären, daß die Bundesrepublik Deutschland 1991 erstmals zum weltweit drittgrößten Exporteur konventioneller Waffen aufgestiegen ist und diesen Platz 1992 quantitativ gegenüber China und Frankreich ausgebaut hat. Nach Angaben des neuesten Jahresberichtes des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI lag Europameister Deutschland 1992 mit konventionellen Waffentransfers in Höhe von 1,928 Milliarden US-Dollar nur denkbar knapp hinter Rußland (2,043 Mrd.) auf Platz drei. Bezüglich der Waffenexporte in Staaten der sogenannten Dritten Welt rangierte die BRD im Zeitraum von 1988 bis 1992 auf Platz sechs der Weltwaffenexporteure.[2]

Wohin die BRD 1992 Großwaffensysteme geliefert hat, ist dem im Oktober 1993 erstmals von den Vereinten Nationen veröffentlichten Register über konventionelle Waffenexporte zu entnehmen: In den Empfängerlisten tauchen neben NATO-Staaten wie der Türkei (wo die Waffen nachweislich von der türkischen Armee gegen Menschen in Türkisch-Kurdistan eingesetzt werden) auch Indien oder Korea auf. Das UN-Waffenregister (das den für Deutschland immens bedeutenden Bereich der Handfeuerwaffen völlig außer acht läßt) belegt zudem, daß die BR Deutschland mittlerweile jedes zehnte Großwaffensystem exportiert und im Bereich der großkallibrigen Artillerie sogar weltweit führend ist.[3]

Dabei sind rund 95% der legalen Waffenexporte im konventionellen Bereich vom Bundesausfuhramt (bzw. dem ehemaligen Bundesamt für Wirtschaft) in Eschborn genehmigt. Die weithin praktizierte Taktik der Bundesregierung, auf die sogenannten "Schwarzen Schafe" à la Hippenstiel-Imhausen zu zeigen, lenkt gezielt von dieser Tatsache ab. Zurecht stellt der SPD-Bundestagsabeordnete Hermann Bachmaier fest, daß "legale und illegale Rüstungsexporte nur die jeweils andere Seite derselben Medaille" darstellen.[4]

Allerdings gewinnt der Schwarzmarkt beim internationalen Waffenhandel an Bedeutung, wie der Artikel von Michael Brzoska in diesem Heft zeigt. Internationale Schwarzhändler[5] decken sich vor allem in den USA, in Osteuropa und Deutschland ein - deutsche Waffen tauchen z.B. immer wieder auf auf den Schlachtfeldern im ehemaligen Jugoslawien auf.[6]

Die wirklichen "Schwarzen Schafe" - verantwortlich für das Gros der legalen Exporte - sitzen auf der Regierungsbank, bei den Kontrollbehörden in Eschborn sowie im Bundessicherheitsrat. Gerade "die wichtigen Fragen der äußeren Sicherheit" - so auch die brisantesten Rüstungsexportent-

scheidungen - werden im geheim tagenden Bundessicherheitsrat entschieden. Zu dessen ständigen Mitgliedern gehören neben dem Bundeskanzler als Vorsitzendem u.a. die Bundesminister der Verteidigung, des Auswärtigen, des Inneren, der Finanzen und der Wirtschaft.[7]

Auch die Verlautbarungen über eine zukünftig "restriktive" Auslegung der Kontrollgesetze zerplatzen wie eine Seifenblase angesichts der Realitäten derzeit laufender bzw. bereits bewilligter Rüstungsexporte:

Bis 1994 werden 46 Militärflugzeuge des Typs Phantom RF-4E im Rahmen des Militärhilfeabkommens III an die Türkei verschenkt. Die Deutsche Aerospace (DASA) verdient über die sogenannte "Grundinstandsetzung" der Phantommaschinen ca. 53 Millionen DM.

Anfang 1993 hat der Bundessicherheitsrat dem Export von deutschamerikanischen Luftabwehrraketen der Typen PATRIOT und RAM über die USA nach Taiwan zugestimmt. In diesem Falle verdienen die DASA und die Telefunken Systemtechnik, Tochterunternehmen der Daimler Benz AG, an dem Waffendeal.

Im Dezember 1992 hat der Bundessicherheitsrat das Freizeichen für den Export von 436 Panzermotoren an den französischen Rüstungskonzern GIAT gegeben, der die Panzer anschließend in die Vereinigten Arabischen Emirate liefert. Die Daimler-Tochter MTU und der Augsburger Getriebehersteller Renk werden an dem Geschäft 1,2 Milliarden DM verdienen.

Derzeit werden 39 Kriegsschiffe der NVA (16 Küstenschutzschiffe, zwölf Landungsboote, zwei Gefechtsversorger und neun Minensuch/Räumboote; die 16 "Parchim"-Schiffe sind mit Torpedos und vollautomatischen Artilleriewaffen bestückt), fünf U-Boote sowie 5.000 Tonnen Munition an die Diktatur in Indonesien geliefert.' (siehe Artikel von D. Reinhardt in diesem Heft).

Mit diesen neuerlichen Waffentransfers in Spannungsgebiete und an menschenrechtsverletzende Regierungen dokumentiert die Bundesregierung die Fortsetzung ihrer jahrzehntelang praktizierten Exportpolitik. Die Sicherung der Arbeitsplätze in einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie, deren Steigerung der Exportquote und die Gewinnmaximierung sind den liberalen "Christ"demokraten allemal wichtiger als humanistische Werte oder die Verwirklichung von Menschenrechten. Erst kommt das Fressen und dann die Moral.

Die Lamers-Initiative und ihre Folgen

Mit ihrem Standortpapier "Gemeinsame europäische Verteidigung, gemeinsamer Rüstungsmarkt, gemeinsame Rüstungsexportpolitik" bekennen die CDU-Bundestagsabgeordneten Karl Lamers, Erich Fritz und Andreas Schockenhoff Farbe: Ihnen geht es darum, daß "in Deutschland eine ausreichend leistungsfähige Industriebasis erhalten bleibt und die deutsche Industrie kooperationsfähig bleibt". Genau diese sehen sie bedroht und fordern deshalb die "Verwirklichung eines gemeinsamen arbeitsteiligen europäischen Rüstungsmarktes".[8]

Da "Kooperationen, insbesondere private Kooperationen, ständig zunehmen", befürchten die drei Autoren die "Ausgrenzung der deutschen rüstungstechnischen Betriebe", falls es nicht zu einer "Anpassung der deutschen Rüstungsexportpolitik" kommt. Die schön gewählten Worte bedeuten nichts anderes als eine drastische Entschärfung der - im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten - relativ stringenten bundesdeutschen Exportgesetzgebung. Auch wenn diese in der Vergangenheit gnadenlos umgangen wurde, bestünde bei entsprechendem politischen Willen durchaus die Möglichkeit, die überwiegende Zahl der derzeit laufenden Rüstungsexporte zu untersagen.

Die Mitgliedsstaaten der EU sehen die Rüstungsexportpolitik bisher als maßgeblichen Teil ihrer Außenpolitik und damit als "Vorbehaltsbereich". Dennoch einigte sich bereits 1989 die gemeinsame Arbeitsgruppe "Konventionelle Waffenexporte" auf die sogenannten "Acht gemeinsamen Kriterien", die den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung von 1982 nahekommen. Dazu zählen u.a. die "Achtung der Menschenrechte im Empfängerland" oder die "Innere Lage im Empfängerland". Wie wenig diese Kriterien bisher in der realen Exportpolitik Deutschlands, Frankreichs oder Großbritannien gegolten haben, ist hinlänglich bekannt. Gerade Großwaffensysteme, die in Kooperation und zumeist mit deutscher Beteiligung gefertigt wurden, landeten in Krisenregionen. So wurden das Kampfflugzeug Tornado (eine deutsch-britisch-italienische Koproduktion) nach Saudi-Arabien oder der als Jagdbomber oder Schulungsflugzeug einsetzbare Alpha Jet (eine deutsch-französische Entwicklung) in sieben afrikanische Staaten exportiert, der Alpha Jet wird zudem in Ägypten in Lizenz gefertigt.[9]

Auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion erfuhr Hermann Bachmaier, daß "ca. 70% aller Rüstungsvorhaben im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen vor allem auch mit anderen Staaten durchgeführt werden".[10] So stellen alle großen Rüstungsprojekte, die sich derzeit in der Erforschungs- und Entwicklungsphase befinden, Kooperationsprojekte mit den NATO-Partnern dar. Beispielweise wird der Eurofighter 2000/Jäger 90 gemeinsam von deutschen, britischen, italienischen und spanischen Firmen entwickelt. Der Panzerabwehrhubschrauber 2 (Tiger), der für die Krisenreaktionskräfte zum Unterstützungshubschrauber UHU weiterentwickelt wird, ist eine deutsch-französische Koproduktion.[11]



Die deutsch-amerikanische Luftabwehrrakete vom Typ RAM, die nach Taiwan verkauft werden darf

Mit der Lamers-Initiative soll sichergestellt werden, daß sich die deutsche Industrie auch dann an einem Projekt beteiligen kann, wenn die Großwaffensysteme später in Nicht-NATO-Staaten und in Spannungsgebiete exportiert werden. Hierzu aber bedarf es laut Peter Kittelmann einer "harmonisierten Rüstungsexportpolitik". Dabei mußte der außenwirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Beratung einer Großen Anfrage im Parlament eingestehen, daß "die Durchsetzung der hohen deutschen Exportkontrollstandards sehr unwahrscheinlich" erscheint.

Deshalb soll die Lösung darin liegen, daß "bei Kooperationsprogrammen über Exportgenehmigungen derjenige Staat entscheidet, in dem der Hersteller seinen Sitz hat".[12] In der Praxis käme die Lösung einem Freifahrschein für alle zukünftigen Exporte gleich. Die europäischen Kooperationsparter könnten dann Ende der 90er Jahre die bis dahin in Serie gefertigten Großwaffensysteme Eurofighter 2000 (die neue Version des "Jäger

90"), den Panzerabwehrhubschrauber 2 ("Tiger") oder den NH 90 (NATO-Hubschrauber 90) in alle Welt exportieren, ohne den Einspruch der Deutschen fürchten zu müssen. Umgekehrt wären die Bundesregierung sowie die hiesige Rüstungsindustrie jeglicher Verantwortung enthoben, schließlich läge die maßgebliche Entscheidung beim Hersteller in Frankreich oder Großbritannien, wo die Endmontage erfolgt.

Das (neben dem Erhalt der eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten) zweite zentrale Argument, die Sicherung der rund 170.000 Arbeitsplätze in der deutschen Rüstungsindustrie, kann von den Verfechtern einer liberaleren Exportpolitik nicht offen ausgespielt werden. In den "Politischen Grundsätzen der Bundesregierung" für den Kriegswaffenexport heißt es unmißverständlich: "Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen."[13]

Dabei trifft die oftmals als entscheidend angesehene Behauptung "Rüstung fördert Wachstum und sichert Arbeitsplätze" nach jüngsten Untersuchungen schlichtweg nicht zu. Der Hamburger Friedensforscher Peter Lock belegte in einer im Februar 1994 von terre des hommes vorgestellten Studie, daß Rüstungsexporte volkswirtschaftlich gesehen ein Verlustgeschäft darstellen. So sind viele "Kunden" zahlungsunfähig, die Waffen werden "insgesamt betrachtet unter Kostenpreis verkauft". Profitieren würden lediglich die beteiligten Firmen, die Kosten hätten die Steuerzahler zu tragen. Umgekehrterweise ist mindestens ein Viertel der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer auf Rüstungsimporte zurückzuführen, welche die Entwicklung im eigenen Land massiv hemmt. Locks konsequente Schlußfolgerung: Die Lamers-Initiative bedeute die Förderung von Einzelinteressen zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft.[14]

Auch wenn die Autoren der Lamers-Initiative einen "restriktiven Kurs" proklamieren, müssen ihnen zufolge "außen- und sicherheits-politische Interessen der Europäischen Union" für die gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik maßgeblich sein. Was sich hinter dieser Formulierung verbirgt, zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte. So heißt es auch in den "Politischen Grundsätzen" der Bundesregierung von 1982: "Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn, daß aufgrund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen." Davon, daß diese Ausnahmen längst zur Regel geworden sind, spricht - aus Gründen, die durchaus nachvollziehbar sind - keiner der Verfasser des Standortpapiers.

Angesichts der skrupellosen bundesdeutschen Waffenexportpolitik wirkt der von den drei CDU-Abgeordneten befürchtete Verlust einer potentiellen Einflußnahme auf die Exportpraxis anderer europäischer Partner geradezu lächerlich. "Deutschland würde", so der Schlußsatz des Lamers-Papiers, "wenn es sich nicht in ein System gemeinsamer Rüstungsexport-Politik einbezieht, auch keinen Einfluß auf die Restriktivität dieser Politik ausüben können."



Die brisantesten Rüstungsexportentscheidungen trifft der Bundessicherheitsrat - hier eines der ständigen Mitglieder

Zur Verdeutlichung: Schon heute verbucht die BR Deutschland rund 41% aller Waffentransfers der Europäischen Union. Wenn Europameister Deutschland nunmehr den Verlust seines Einflusses auf die Exportpraxis seiner Nachbarn befürchtet, so kann die Angst der Bundesregierung nur darin bestehen, anstehende lukrative Großaufträge und damit die Spitzenposition im Konzert der europäischen Rüstungsexportgiganten zu verlieren. Genau diese Entwicklung aber wäre - in bezug auf den dringend notwendigen sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft - begrüßenswert.

Deutschland auf dem Weg zur Supermacht

Die ersten öffentlichen Reaktionen auf die Initiative von Lamers, Fritz und Schockenhoff waren kontrovers. Der IG-Metallvorsitzende Klaus Zwickel stellte fest, daß es "unverantwortlich" sei, "das Arbeitsplatzargument zu mißbrauchen, um sich aus wohlüberlegten und selbst auferlegten Beschränkungen davonzustehlen".[15] Selbst in den Reihen der CDU regte sich Kritik von Norbert Blüm, Rainer Eppelmann oder dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johannes Gerster. Unterstützung fand die Lamers-Initiative dagegen vor allem in den Reihen der Regierungskoalition, bei Repräsentanten der Waffenschmieden und beim Bundesverband der Deutschen Industrie/BDI in Köln.

Insgesamt blieben die Unterstützer der Lamers-Initiative deutlich in der Minderzahl. Nach den zuweilen heftigen Reaktionen einer kritischen Öffentlichkeit trat Wirtschaftsminister Günter Rexrodt den rein rhetorischen Rückzug an: Weder das Kriegswaffenkontrollgesetz noch die politischen Grundsätze von 1982 sollten geändert werden, es gehe lediglich darum, daß "deutsche Rüstungsunternehmen in Kooperationen mit Firmen in anderen Bündnisstaaten eingebunden werden sollen".[16] Leichtere Kooperationen sollten dazu beitragen, einen Mindestauftragsbestand der Unternehmen und damit eine Mindestversorgung der Bundeswehr zu sichern.[17] Bei Verhandlungen müsse man Kompromißbereitschaft an den Tag legen: "Wir können und wollen uns nicht abkoppeln", so Rexrodt in einer von der SPD- Bundestagsfraktion beantragten Aktuellen Stunde am 13. Januar 1994. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Schockenhoff, einer der drei Urheber der "Harmonisierungs"-Debatte, setzte mit deutlichen Worten nach: "Wenn wir die Kooperationsfähigkeit der deutschen Unternehmen behindern, klinken wir uns aus der internationalen Arbeitsteilung aus. Dieser deutsche Sonderweg wäre fatal." Deshalb seien Kooperationen "zwingend" erforderlich.[18]

Außenminister Klaus Kinkel verlor sich derweil in abgedroschenen Phrasen. So müsse sich die deutsche Rüstungsexportpolitik "in die auf die Wahrung des Friedens ausgerichtete Außenpolitik" einfügen und die Lehren aus den "verantwortungslosen Exporten einzelner Firmen" Ende der 80er Jahre dürften nicht vergessen werden. Solcherlei Sätze klingen makaber angesichts des tagtäglichen Massenmordens mit deutschen Waffen in aller Welt. Zurecht äußerte die Abgeordnete Vera Wollenberger von Bündnis 90/Die Grünen in der Aktuellen Stunde den Vorwurf, die Lamers-Initiative sei der Versuch, beim Rüstungsexport "alle Schleusen" zu öffnen.[19]

Der militärische Kurs der Bundesregierung ist eindeutig abgesteckt: Neben der Aushebelung der Rüstungsexportgesetze besteht das erklärte Ziel, durch eine Grundgesetzänderung den Einsatz deutscher Soldaten out of area zu ermöglichen. Deutschland soll "Verantwortung" übernehmen, um letztendlich einen Platz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Die entsprechenden Rahmenbedingungen hierzu wurden national wie international bereits geschaffen.

Bei der Tagung des Nordatlantikrats am 7. und 8. November 1991 in Rom verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs "Das neue strategische Konzept", in dem es u.a. heißt: "Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten."[20] Auch in Volker Rühes "Verteidigungspolitischen Richtlinien" findet sich eine vergleichbare Formulierung wieder: Die deutsche Politik läßt sich "von vitalen Sicherheitsinteressen leiten", und dazu zählt die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung".[21]

Ist die Grundgesetzänderung erst einmal verabschiedet, so dürfen deutsche Soldaten die "gerechte Weltwirtschaftsordnung" rund um den Globus herbeischießen und die Rohstoffzufuhr für die reichen Staaten der Nordhemisphäre freibomben. Dazu, so die Planung der Hardthöhe, bedarf es der Unterstützung optimal ausgerüsteter Armeen in den Militärbündnissen NATO bzw. Westeuropäische Union (WEU) sowie in den westlich orientierten Staaten. Über die entsprechenden Waffenverkäufe an die Alliierten soll die deutsche Rüstungsindustrie ihren eigenen Bestand sichern. Um die Bundeswehr zu einer schlagkräftigen Armee werden zu lassen, entwickelt die Rüstungsindustrie derzeit eine völlig neue Waffengeneration (von den Handfeuerwaffen G 36 und MG 36 bis hin zu den Luftwaffensystemen wie beispielsweise der Eurofighter 2000, die Panzerabwehrhubschrauber Tiger und UHU oder der NATO-Hubschrauber NH 90 mit den entsprechenden Bewaffnungen). Die Zeichen der Zeit stehen auf Militarisierung der Außenpolitik.

Ein Europa der offenen Grenzen - für Flüchtlinge, statt für Rüstungsexporte

Über der "Harmonisierungs"-Diskussion darf nicht vergessen werden, daß sich die eigentliche Masse der zu kontrollierenden Exporte im Bereich der zivil wie militärisch einsetzbaren Dual-Use-Güter bewegt. Dazu zählen beispielsweise die "Schokoladenmischmaschinen" vom Typ Planetron der Staufener Firma IKA, die u.a. in den Irak geliefert und dort zur Herstellung von Sprengstoffen genutzt werden. Zu den typischen Dual-Use-Gütern zählen auch die Daimler-Benz-Lkws, die von Mitgliedern der Bremer BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" im Hamburger Hafen entdeckt wurden. Diese sollten an das Ministry of SEPAH der iranischen Revolutionswächter geliefert werden. Die Fahrzeuge besaßen "einen sandfarbenen Tarnanstrich, verfügten über eine Schießluke, das NATO-Kreuz sowie eine schmale Bereifung zur Eindämmung der Minengefahr", galten aber als Zivilexport.[22]

Im Jahre 1990 betrug der Anteil solcher "sensibler Technologien mit 20,6 Milliarden DM mehr als das 13fache" der offiziell genehmigten Waffenexporte, so die PDS/Linke-Liste-Abgeordnete Dr. Ruth Fuchs in der Bundestagsaussprache zur Waffenexportkontrolle im Oktober 1993.[23] Auch 1992 lag der Wert der Dual-Use-Exporte bei 20 Milliarden DM, wie der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Gernot Erler aus Freiburg, bei der Aktuellen Stunde zum Rüstungsexport bestätigen konnte. Laut Erler ist der Anteil dieser zivil wie militärisch nutzbaren Güter 1993 sogar noch deutlich gestiegen.[24]

Im Januar diesen Jahres erörterte das Bundeskabinett die Position bezüglich der in Brüssel laufenden Verhandlungen zu den Dual-Use- Gütern. Wie bei den Rüstungsexporten wird auch im Bereich der zivil wie militärisch nutzbaren Güter (die zwar seit Anfang 1993 in die rechtliche Kompetenz der EU fallen, deren Export bisher faktisch weiterhin auf nationaler Ebene geregelt werden) eine Angleichung auf niedrigem Niveau erwogen.[25]

Daß eine gemeinsame Haltung aller europäischer Staaten nicht nur bezüglich der Dual-Use-, sondern gerade auch in bezug auf die Rüstungsexporte dringend notwendig ist, zeigt nicht zuletzt das brandaktuelle Beispiel des holländischen Granatenproduzenten EUROMETAAL aus Zaandam. Dieser umging das Ende 1992 ausgesprochene Exportverbot des Bundessicherheitsrats, indem er im Januar 1994 kurzerhand seine deutsche Zweigniederlassung im niedersächsischen Liebenau schloß und die gesamte Fabrikationsanlage mit Lastwagen in die Türkei verlagerte.

Somit können die 155-Millimeter-Splittergranaten, deren Direktexport aus Deutschland in die Türkei untersagt worden war, dank des NATO- Partners Niederlande im türkischen Kirikkale produziert und gegen die Kurden eingesetzt werden.[26] Dieser Vorgang, so eine Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums, sei "recht-



Überzeugt durch vielfältige Anwendungsmöglichkeiten: Mercedes-Benz Jeep

lich nicht anfechtbar", zumal es ohnehin "heikel" sei, Lieferverbote gegen den NATO-Partner Türkei auszusprechen.[27]

Nach heutiger Gesetzeslage können Rüstungexporte europäischer Staaten in Krisen- und Kriegsgebiete de facto jederzeit umgangen werden - eventuell durch Direktexporte aus den Staaten mit geringstmöglicher administrativer Effizienz und einer extrem laxen Genehmigungspraxis (Frankreich, Großbritannien, Niederlande etc.) oder seitens der BR Deutschland durch Rüstungstransfers über einen bzw. Kooperationen mit einem der europäischen NATO-Partner. Statt einer weiteren "Harmonisierung" wäre also dringendst die radikale Gesetzesverschärfung auf EU-Ebene vonnöten.

Dann aber wären noch immer nicht Exporte in menschenrechtsverletzende NATO-Staaten - wie die Türkei - ausgeschlossen. Als Zwischenschritt erwägt amnesty international die Einführung einer "Menschenrechtsklausel gegen Rüstungsexporte".[28] Dennoch könnte Großbritannien weiterhin mit deutschen Kooperationswaffen die Schlacht um die Malwineninseln (Falklandkrieg) führen, Portugal und Frankreich könnten weiterhin mit Waffen "Made in Germany" in ihren ehemaligen Kolonien intervenieren. Eine wirkliche Exportkontrolle wird auch über diese, von der SPD-Bundestagsfraktion geforderte Reduzierung der Exporte auf "Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland ein Bündnis zur kollektiven Selbstverteidigung geschlossen hat", nicht zu erreichen sein.[29]

Wer den Export von Waffen und Rüstungsgütern tatsächlich verhindern will, muß ein völliges Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz aufnehmen und damit in letzter Konsequenz die Rüstungsproduktion abschaffen. In einer Zeit, da der Rüstungsetat gerade im investiven Bereich drastisch gesunken ist - die militärischen Beschaffungen sinken von 1993 bis 1994 von 7 auf 5,7 Milliarden DM auf einen neuerlichen Tiefststand - kann die deutsche Rüstungsindustrie ohne die Erschließung neuer Exportmärkte nicht überleben.[30] Die SPD, das haben die jüngsten parlamentarischen Initiativen für Rüstungsexporte in NATO- und NATO-assoziierte Staaten belegt, steht weiterhin zu einer funktionierenden Rüstungsindustrie. In einer rot-grünen Bundesregierung - und an diesem Punkt kommt der Bundestagswahl am 16. Oktober tatsächlich eine zentrale Bedeutung zu - könnte das Essential Bündniss GRÜNE eines völligen Rüstungsexportstopps tatsächlich Welten bewegen.

Wie folgenschwer diese kommende Wahlentscheidung für die bundesdeutsche Rüstungsindustrie ist, zeigen die verzweifelten Versuche, über den Druck auf die Regierungskoalition und ihrer politischen Speerspitze Lamers, Fritz und Schockenhoff, Absatzmärkte in aller Welt zu sichern. Dabei scheuen Rüstungsarbeitnehmer selbst davor nicht zurück, Protestaktionen zugunsten der Gesetzesverwässerung und für Gesetzesbrecher durchzuführen. Jüngstes Beispiel dieser dramatischen Entwicklung ist die Demonstration von rund 500 Arbeitnehmern des "deutschen Rüstungsexportmeisters" Heckler & Koch, die zusammen mit dem Oberndorfer Bürgermeister Klaus Laufer im Februar 1994 vor dem Rottweiler Landgericht aufmarschierten. Dort bekundeten sie ihrem ehemaligen Geschäftsführer Walter Lamp (gegen den derzeit ein Verfahren wegen Verletzung des Kriegswaffenkontrollgesetzes stattfindet) ihre Unterstützung und demonstrierten "gegen die nach ihrer Ansicht zu strengen Bestimmungen für den Export deutscher Waffen".[31]

Wie dringend aber eine konsequente Politik der Entmilitarisierung ist, belegen u.a. die erschreckenden Zahlen, die UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen sowie Menschenrechtsorganisationen vorgelegt haben. Allein im vergangenen Jahrzehnt starben laut UNICEF 1.500.000 Kinder in den Kriegen. Rund "vier Millionen erlitten bleibende Schäden, fünf Millionen wurden zu Flüchtlingen".[32] Vier Fünftel der in Kriegen getöteten Menschen sind Zivilisten, so UNICEF.[33] Dabei sterben die meisten dieser Menschen angesichts fehlender eigener Rüstungsindustrie in den Staaten der Dritten Welt vornehmlich durch importierte Waffen aus den USA, Rußland, Deutschland, China, Frankreich und Großbritannien, die sich 85% des lukrativen Exportkuchens aufteilen. Außer der Bundesrepublik zählen alle diese Staaten zu den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats.

Wer - wie die Verfasser des CDU-Standortpapieres - eine "Harmonisierung" der Exportgesetze verlangt, macht sich - im Wissen um die oben genannten Tatsachen - mitschuldig und trägt aktiv zur Fortsetzung des Massenmordens in der Dritten Welt bei. Parteien, die das "C" in ihrem Namen tragen, verlieren jeglichen Anspruch darauf, glaubwürdig eine Politik im Sinne christlicher Werte vertreten zu wollen.

Nacht für Nacht werden Hunderte von Flüchtlingen, die als mißliebige "Asylbewerber" an unseren Grenzen um politisches Asyl bitten, vom Bundesgrenzschutz abgefangen. Diejenigen, denen die Flucht nach Deutschland gelingt, werden gnadenlos abgeschoben - selbst in Krisengebiete oder in Länder, in denen die Menschenrechte mit deutschen Waffen zusammengeschossen werden. Will die BR Deutschland dem Anspruch eines Staates mit humanistischen Werten gerecht werden, so müssen die Grenzen für Waffenexporte geschlossen und für Menschen in Not geöffnet werden.

Jürgen Grässlin

Der Verfasser ist u.a. Vorsitzender des Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg/RIB und Autor von: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland, Knaur-Taschenbuch 80029, München 1994.

Anmerkungen:

1) Vorwort von Jürgen Möllemann. In: Bebermeyer, Hartmut: Deutsche Ausfuhrkontrolle 1992. Rechts- und Verfahrensvorschriften von Rüstungsgütern. Bonn 1992, S. 7
2) The leading exporters of major conventional weapons, 1988-92. In: SIPRI Yearbook 1993. World Armaments and Disarmament. Stockholm 1993, S. 444
3) United Nations: United Register of Conventional Arms. Report of the Secretary-General vom 11. 10. 1993, S. 41-43
4) Beratung der Großen Anfrage "Rüstungsexport-Kontrollpolitik" der SPD-Bundestagsfraktion, 12. Wahlperiode, 182. Sitzung vom 21. 10. 1993, Protokoll S. 15743
5) die tageszeitung/taz vom 31. 12. 1993
6) Pflüger, Tobias und Martin Jung: Krieg in Jugoslawien. Seine Ursachen. Offene Grenzen für Waffen - aber nicht für Flüchtlinge. Pazifistische Handlungsperspektiven. Martin Jung Verlag, Tübingen 1993, ISBN 3-9803269-0-X
7) Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: "Aufgaben und Arbeitsweise des Bundessicherheitsrates" vom 16. 6. 1992
8) Standortpapier "Gemeinsame europäische Verteidigung, gemeinsamer Rüstungsmarkt, gemeinsame Rüstungsexportpolitik" der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 22. 11. 1993
9) DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag: Tod in Weiss-Blau, S. 3
10) Große Anfrage "Rüstungsexport-Kontrollpolitik", a.a.O., S. 15743
11) Soldat und Technik 6/1993, S. 358
12) ebenda S. 15746
13) "Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 28. 4. 1982, Teil II. Nicht-NATO-Länder, Punkt 9
14) die tageszeitung/taz vom 3. 2. 1994
15) Agenturmeldung dpa vom 12. 1. 1994
16) Agenturmeldung ddp/ADN vom 10. 1. 1994
17) Agenturmeldung dpa vom 10. 1. 1994
18) Das Parlament, Nr. 3/1994 vom 21. 1. 1994
19) Agenturmeldung ddp/ADN vom 13. 1. 1994
20) NATObrief Nr. 6, 11/12-1991: "Der Gipfel in Rom", S. 26
21) Die Verteidigungspolitischen Richtlinien, Punkt 8. In: Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik (Hrsg.): Bundeswehr längst out-of-area, Everswinkel Oktober 1993, S. 12
22) Grässlin, Jürgen: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland. München 1994, S. 225 ff.
23) Große Anfrage "Rüstungsexport-Kontrollpolitik", a.a.O., S. 15748.
24) Das Parlament, Nr. 3/1994 vom 21. 1. 1994.
25) Frankfurter Rundschau vom 19. 2. 1994.
26) die tageszeitung/taz vom 3. 2. 1994 und DER SPIEGEL 5/1994.
27) Eine umfassende Übersicht über die Rüstungsexporte in die Türkei findet sich im Beitrag: Grässlin, Jürgen: Anregungen zum Engagement gegen Rüstungsexporte. In: Jahrbuch Frieden 1994, München 1993, S. 233 ff.
28) Kampagne von amnesty international "Auslöschen könnt ihr sie nicht", Frühjahr 1994.
29) Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion "Rüstungsexport-Kontrollpolitik", BT-Drs. 12/5925 vom 20. 10. 1993.
30) antimilitarismus information/ami, 23. Jg., Heft 11, November 1993, S. 13.
31) Südwest Presse vom 19. 2. 1994. Heckler & Koch ist "deutscher Rüstungexportmeister" nach der Zahl der Empfängerländer. Quantitativ führt Daimler Benz die Exportstatistik mit klarem Abstand an.
32) Agenturmeldung ddp/ADN vom 11. 1. 1994.
33) Schwäbische Zeitung vom 24. 1. 1994.

Westeuropäisierung und Harmonisierung



Die Rüstungsindustrie auf dem Weg nach Europa

Die westeuropäische Rüstungsindustrie sucht derzeit mit vereinten Kräften nach Auswegen aus der Absatzkrise. Neben dem Export in Länder außerhalb der EG gewinnen aktuell vor allem Integrationsbemühungen auf EG-Ebene an Bedeutung. Der folgende Artikel beschreibt zunächst diese West-Europäisierung der Rüstungsindustrie und stellt auf dieser Grundlage die Bemühungen um eine gemeinsame westeuropäische Politik auf dem Gebiet des Exports von rüstungsrelevanten Waren dar.

Eine ungewöhnliche Kombination von Kräften hat die Rüstungsindustrie seit Mitte der achtziger Jahre in Bedrängnis gebracht. An erster Stelle steht das Ende des Ost-West-Konfliktes mit der damit verbundenen Verringerung der Beschaffungsausgaben. Aber andere Faktoren kommen hinzu, so die stärkere Orientierung der Wirtschaftspolitik auf den "Markt" und die rasante technologische Entwicklung im militärischen wie im zivilen Bereich.

Die nationalen Beschaffungsausgaben sind, im westeuropäischen Durchschnitt, seit Mitte der achtziger Jahre um 15 Prozent zurückgegangen. Das klingt nicht nach sehr viel. Aber: selbst wenn die Beschaffungsausgaben konstant geblieben wären, hätte dies für die Rüstungsindustrie einen Rückschlag bedeutet. Denn der Zuwachs an Produktivität (ca. 2 bis 3 Prozent pro Jahr) und die für den Rüstungsbereich typische, überdurchschnittliche Inflationsrate (nochmals etwa 3 Prozent pro Jahr) erfordern ständiges Wachstum der Aufträge, um Produktionskapazitäten auf konstantem Niveau zu halten.

Hinzu kommt seit den achtziger Jahren eine stärkere Betonung marktwirtschaftlicher Elemente in der Beschaffung. Den Anfang machte die militant kapitalistisch-konservative Regierung in Großbritannien. Gegen heftigen Widerstand der weitaus meisten Rüstungsfirmen setzte sie mehr Wettbewerb bei der Rüstungsbeschaffung durch. Die Reformen sollten "Value for money" bringen, eine Selbstverständlichkeit eigentlich, aber im Rüstungsbereich eine beinahe revolutionäre Neuerung. Andere Staaten folgten mehr (Frankreich, Italien, Bundesrepublik) oder weniger (Niederlande) zögerlich nach.

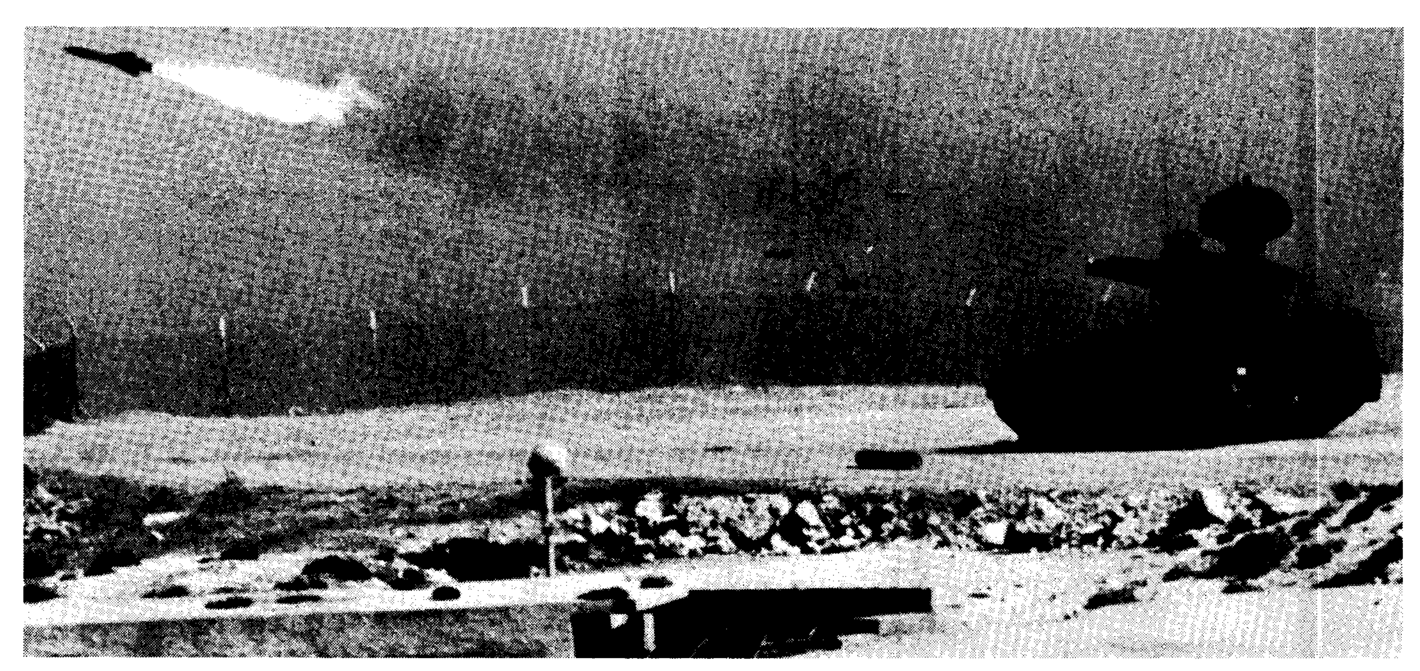
Natürlich ist die Rüstungsindustrie weiter eine vergleichsweise stark mit dem Staat verquickte Branche - aber die Verbindungen sind schwächer geworden. Das zeigte sich beispielsweise an einer Reihe von Privatisierungen von Rüstungsfirmen in Großbritannien (Royal Ordnance, Werften), der Bundesrepublik (MBB) und, zumindest ist es so angekündigt, in Zukunft auch in Spanien, Italien und Frankreich.

Die stärkere Orientierung auf den Markt hat nicht nur ideologische, sondern auch finanzielle Gründe. Nationale Rüstungsbeschaffung ist immer teurer geworden. Die Kosten für Forschung und Entwicklung steigen weit überdurchschnittlich und machen immer höhere Anteile der Kosten von Waffensystemen aus - besonders, wenn Produktionsserien klein sind. Der Umfang der Produktionsserien wird zum zentralen Kostenfaktor. Kleine Absatzmärkte führen zu teuren Waffen.

Auch in einer anderen Hinsicht hat die Entwicklung der Technologie das Verhältnis von Staaten zur Rüstungsindustrie verändert. Die stürmische Entwicklung bei Mikroprozessoren, durch die Anwendung in PCs weithin bekannt, machte deutlich, daß zivile und nicht (mehr?) militärische Technologie den modernsten Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse demonstriert. Rüstungsprodukte zählen zwar immer noch zum "hightech"-Bereich, sind aber oft - in immer teurer werdenden Vorhaben auf immer komplexere Art - zusammengesetzt aus einer Vielzahl ursprünglich für zivile Verwendungen entwickelter Technologien. Die Erkenntnis, daß zivile Forschung und Entwicklung - nicht nur in der Mikroelektronik - weit mehr Bedeutung für die nationale Wettbewerbsfähigkeit haben als militärische Forschung und Entwicklung, hat sich inzwischen weitgehend durchgesetzt.

Integrationsstrategie der Rüstungsproduktion in Westeuropa

Die Anpassung der Rüstungsfirmen an die sich verändernden Bedingungen erfolgte in zwei Schritten. Als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre absehbar wurde, daß in der Zukunft mehr Wettbewerb um einen kleiner werdenden Auftragskuchen zu erwarten sein würde, entstanden in mehreren westeuropäischen Ländern Rüstungskonzerne neuer Größenordnung: in der



Beispiel für eine Koproduktion: Deutsch-französische Flugabwehrrakete "Roland"

Bundesrepublik Daimler-Benz, in Großbritannien British Aerospace.

Auch unterhalb der Schwelle der jeweils größten Konzerne erfolgten zahlreiche Betriebsübernahmen. Nicht überall verlief der Konzentrationsprozeß gleich stürmisch; vor allem in Italien und Frankreich blieb die Rüstungsproduktion scheinbar zersplittert, wobei sich ein großer Teil der Rüstungsindustrie in Staatsbesitz befindet. Dafür wurden in diesen Länder aber "nationale Champions" ausgewählt, Firmen, die für bestimmte Typen von Waffen alleinige Lieferanten sein sollten. Damit war derselbe Effekt erzielt wie durch Konzentration auf Kapitalebene.

Zugleich stellten die Strategen der größer gewordenen Konzerne jedoch fest, daß die jeweilige nationale Abschottung der Rüstungsbeschaffung, die vorher im Rahmen nationaler militärisch-industrieller Komplexe die Rüstungsproduktion attraktiv gemacht hatte, ein Hindernis für die weitere Expansion war. Als vorrangiges Erweiterungsfeld für ihre Aktivitäten suchten sich die Rüstungsfirmen den (west-)europäischen Markt aus; einige wenige, wie Daimler-Benz (in Allianz mit Mitsubishi), zielten darüber hinaus auch auf den Weltmarkt. Die West-Europäisierung nimmt verschiedene Formen an. Schon seit den fünfziger Jahren gab es internationale Zusammenarbeit im Rahmen einzelner Rüstungsprojekte. Zunächst waren es in erster Linie Koproduktionen mit US-amerikanischen Firmen, seit den sechziger Jahren zunehmend gemeinsame Projekte westeuropäischer Konzerne. Beispiele sind das deutsch-französische Kampfflugzeug Alpha Jet oder die deutsch-italienisch-britische Feldhaubitze FH-70.

In einer Reihe von Fällen erwuchsen aus diesen Koproduktionen längerfristige Firmenverbindungen, die Nachfolgeprojekte erleichterten, so zwischen MBB und Aérospatiale bei Lenkwaffen (Euromissile) oder zwischen British Aerospace, MBB und Alitalia bei Kampfflugzeugen (Tornado, Jäger 90). Ein nächster Schritt ist die Vereinbarung "strategischer Kooperation", das heißt der Absicht, in einem Sektor der Waffenentwicklung eng zusammen zu arbeiten. So haben etwa Daimler-Benz und die französische Firma Panhard vereinbart, Panzerfahrzeuge in Zukunft zusammen zu entwickeln und zu bauen.

Darüber hinaus gibt es auch, als stärkste Bande zwischen Firmen, Kapitalbeteiligungen. Siemens und die britische Elektronikfirma GEC kauften zusammen den britischen Rüstungselektronikhersteller Plessey. DASA (die frühere MBB) und Aérospatiale gründeten zusammen Eurocopter und verlagerten ihre jeweiligen Hubschrauberaktivitäten unter die Obhut dieser gemeinsamen Tochterfirma. (...)

... und die Rolle der EG

Die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre stärker werdende Westeuropäisierung der Rüstungsproduktion war vor allem eine Folge der Aktivitäten der großen Rüstungskonzerne. Die politische Ebene hinkte hinterher. Die stärkste Aktivität entfaltete zunächst die IEPG (Independent European Programme Group), in der die europäischen NATO-Staaten (einschließlich Frankreich) seit 1976 ohne großen Erfolg ihre Rüstungsbeschaffung zu koordinieren versuchten. Gestützt auf ein mit Unterstützung der Rüstungsindustrie erstelltes Gutachten (Vredeling-Bericht) wurde 1988 beschlossen, Beschaffungsvorhaben IEPG-weit auszuschreiben. Dieser Beschluß wurde allerdings nicht umgesetzt. Keiner der beteiligten Staaten traute der IEPG zu, Verstöße gegen die Beschlüsse zu ahnden, und so fuhren die nationalen Beschaffungsbehörden fort, nationale Firmen zu bevorzugen. Im Februar 1992 wurde die IEPG offiziell aufgelöst. Ihre Aufgaben wurden einer anderen Organisation übertragen, der WEU (Westeuropäische Union). Die 1954 in ihrer jetzigen Form gegründete WEU ist seit den Beschlüssen von Maastricht im Dezember 1991 mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden. Nach dem Willen der in Maastricht versammelten Staatschefs soll die WEU für eine Weile die Aufgabe haben, auf militärpolitischem Gebiet die west-europäische Zusammenarbeit zu koordinieren, bis dies dann irgendwann in der 2. Hälfte der neunziger Jahre möglicherweise der EG direkt übertragen werden kann. Die EG-Kommission hätte die Westeuropäisierung der Rüstungsproduktion gerne selbst übernommen. Im Vorfeld von Maastricht argumentierten etwa der für die Industriepolitik zuständige Kommissar Martin Bangemann und sein Chef, Kommissions-Präsident Jacques Delors, unterstützt von der bundesdeutschen und der niederländischen Regierung, es sei unlogisch, den Rüstungsbereich aus der EG herauszunehmen, insbesondere angesichts des Binnenmarktes ab 1993. Aber die französische und die britische Regierung waren nicht bereit, der Kommission zuzustimmen. Denn das hätte bedeutet, auf nationalen Handlungsspielraum, auf Souveränität zu verzichten. Da entsprechend Artikel 223 der die EWG konstituierenden Römischen Verträge die Rüstungspolitik nationale Angelegenheit ist, hätte der EG-Kommission diese Aufgabe nur einstimmig übertragen werden können.

Stattdessen wurde die als Institution weit schwächere WEU damit beauftragt, die Beschaffungs- und Rüstungspolitik zu koordinieren. Die WEU plant jetzt die Einrichtung einer westeuropäischen Beschaffungsbehörde. Allerdings ist angesichts der Erfahrungen der IEPG große Skepsis angesagt, ob dies in der nächsten Zeit möglich sein wird.

In einem, von den Mitgliedsstaaten in Maastricht als vorrangig angesehenen Bereich hat die EG allerdings mehr Zustän-

digkeit bekommen: bei der Harmonisierung der Rüstungsexportpolitik. Die Koordination der Rüstungsexportpolitik ist eine der Prioritäten der in den Verträgen von Maastricht eingerichteten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Regelungsbedarf im Rüstungsexport

Die beschriebene verstärkte Integration der Rüstungsindustrie deutet an, daß es zunehmend schwieriger geworden ist, eine nationale Rüstungsexportkontrolle zu betreiben. Blaupausen, Bauteile und Vorprodukte auch aus "sensitiven" Bereichen werden zwischen den Ländern hin und hergeschoben; das Erfordernis, jedesmal Genehmigungen einzuholen, erschwert den Firmen die Arbeit. Es besteht die zunehmende Tendenz, vorgeschriebene Genehmigungen nicht mehr einzuholen - wer will schon den innerbetrieblichen Warenverkehr genau kontrollieren. Die Genehmigungsbehörden passen sich dieser Situation an und vergeben in großem Umfang Sammelgenehmigungen für die Zusammenarbeit innerhalb der EG. Gedeckt werden sie dabei von Grundsatzbeschlüssen der beteiligten Regierungen, die, wie etwa die Bundesregierung in ihren Rüstungsexportpolitischen Grundsätzen von 1982, der Kooperation eindeutig Vorrang vor der Exportkontrolle einräumen.

Aber die tatsächliche Aufweichung der Kontrolle des Exports geht den Firmen nicht weit genug. Insbesondere die bundesdeutschen Rüstungsfirmen klagen darüber, daß der Rüstungsstandort Deutschland zunehmend unattraktiv werde, weil der Export aus anderen Ländern leichter zu bewerkstelligen sei.

Zunächst forderte die Rüstungsindustrie vor allem eine Vereinheitlichung der Exportregeln. So schrieb Daimler-Benz Chef Edzard Reuter in einem Brief an Bundeskanzler Kohl wie EG-Kommissionspräsident Jacques Delors im Frühjahr 1991, er sei für Exportbeschränkungen, aber solche Beschränkungen dürften nicht nur die deutsche Industrie treffen, sie müßten in Europa für alle gelten. Seit dem Sommer 1992 allerdings wird mit der Vereinheitlichung gleichzeitig eine Lockerung der Restriktionen gefordert. Vorreiter ist der BDI (Bund der Deutschen Industrie). Dessen Geschäftsführer, Ludolf von Wartenberg, hat wiederholt eine Lockerung der Rüstungsexportbeschränkungen gefordert. Unterstützung fand die Idee der Westeuropäisierung der Rüstungsexportpolitik unter anderem im Europaparlament. 1992 wurde mit großer Mehrheit ein Bericht des britischen Labour-Abgeordneten Gwyn Ford angenommen, der die sofortige Übernahme der Regie der Rüstungsexportpolitik durch die EG-Kommission unter Kontrolle des Parlamentes fordert. Allerdings ist die große Mehrheit nur durch das Zusammenwerfen miteinander nur schwer vereinbarer Positionen zusammengebracht worden: Weitgehende Erhaltung der Rüstungskapazitäten bei gleichzeitiger starker Beschränkung des Rüstungsexports und Förderung der Konversion.

Die schon in der Vorbereitung auf das Gipfeltreffen in Maastricht begonnenen Regierungsverhandlungen über eine Harmonisierung der Rüstungsexportpolitik sind nach 1991 zweigleisig weitergeführt worden. Die Zweigleisigkeit ergibt sich aus der rechtlichen Lage.

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Rüstungsexportpolitik?

Während die eigentlichen Rüstungsgüter wie erwähnt außerhalb der EG-Kompetenz blieben, sind alle anderen Güter EG-Sache - auch wenn sie militärisch relevant sind. Im EG-Jargon werden solche Güter "dual-use" genannt, weil sie im Prinzip sowohl militärisch als auch zivil verwendbar sind.

Rein rechtlich gesehen gelten für "dual-use" Güter seit Anfang 1993 die Regeln des Binnenmarktes - das heißt zum Beispiel, daß der Warenverkehr innerhalb der EG nicht durch Grenzkontrollen oder Genehmigungs-Erfordernisse behindert werden darf. Dem widersprechen die nationalen Gesetze aller EG-Staaten, die für den Export vieler "dual-use"-Güter Genehmigungen verlangen - egal, wohin exportiert wird. So unterscheidet zum Beispiel das deutsche Außenwirtschaftsgesetz in dieser Hinsicht nicht zwischen EG- und nicht-EG-Ländern und ist damit nicht binnenmarkt-konform.

Die EG-Kommission legte, um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden, im August 1992 eine Verordnung über den Export von "dual-use"-Gütern vor. Der Handel innerhalb der EG sollte, nach einer Übergangsphase, genehmigungsfrei werden. Für den Export außerhalb der EG allerdings sollten die ein-



Altes Material für den Export: Leopard-1-Panzer der Bundeswehr für die Türkei

zelnen Staaten weiter zuständig bleiben. Dabei sollten die Staaten einen Katalog von Kriterien beachten und ihre Entscheidungen nach Brüssel melden. Mit anderen Worten: Im Export außerhalb der EG sollte es so bleiben, wie es ist, denn der Kriterienkatalog ist unverbindlich. Aber selbst diese den Nationalstaaten, vor allem Frankreich und England sehr entgegenkommende Verordnung fand keine einhellige Zustimmung im alles entscheidenden EG-Ministerrat. Auch ein Jahr nach ihrer Vorlage und trotz weiterer Veränderungen bleibt die Verordnung weiter umstritten. Strittig ist, welchen Stellenwert die genannte Kriterien haben sollen, ob die Genehmigung im Land des Exporteurs oder dem des Herstellers beantragt werden muß, welche Güter von der Verordnung erfaßt werden sollen, und wie man gemeinsam festlegen könnte, in welche Länder nicht geliefert werden soll. So gibt es keine offizielle Harmonisierung, wenn auch seit der Einführung des Binnenmarktes Anfang 1993 eine stärkere de-facto-Angleichung erfolgt sein dürfte. Denn mit der weitgehenden Einstellung der Grenzkontrollen sind für die Rüstungsfirmen Umgehungen noch leichter geworden. Nur ehrliche Firmen werden ihre Exporte nicht von dem Land aus tätigen, das die schwächsten nationalen Exportkontrollen hat. Das "licence-shopping" ist leichter geworden, allerdings kann es gegen nationale Gesetze verstoßen.

Bei Kriegswaffen ist das Verschieben von Land zu Land schwieriger. Denn nicht nur der Export, auch die Produktion von Kriegswaffen ist genehmigungspflichtig. Dies wird, schon aus Sicherheitsgründen, wohl auch so bleiben. Eine Regelung auf west-europäischer Ebene ist schon deshalb nicht so dringend; abgesehen von der weiteren Gültigkeit des Artikel 223 EG-Vertrag. Die zwischenstaatliche Arbeitsgruppe, die in Erfüllung des Auftrages von Maastricht an einer Harmonisierung der eigentlichen Rüstungsexportpolitik arbeitet, hat denn auch bisher keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Die Bundesregierung kann darauf verweisen, daß sie bisher ihrem Versprechen, auf eine restriktive westeuropäische Rüstungsexportpolitik zu drängen, gerecht geworden ist. Daß sie mit ihrem Anliegen ohne Erfolg geblieben ist, begründet sie mit der Blockade durch Frankreich und Großbritannien. Das trifft wohl den Alltag in den Verhandlungen - aber es ist auch ein Hinweis darauf, daß die Bundesregierung bisher wenig Phantasie und Druck entfaltet hat, um die - nicht zuletzt in der wirtschaftlichen Bedeutung der Rüstungsindustrie begründete - Haltung der französischen und britischen Regierung zu beeinflussen.

Die bisherigen Verhandlungen über eine westeuropäische Kontrolle in den Bereichen von "dual-use"- und Rüstungsgütern zeigen die ganze Problematik dieses Unterfangens. Zum einen ist eine Westeuropäisierung der Kontrolle nötig, weil die Rüstungsfirmen bereits stark westeuropäisiert sind. Bestehende Kontrollen lassen sich so leichter unterlaufen und Lücken nützen. Andererseits besteht angesichts des - im Vergleich zur Rüstungslobby - geringen Einflusses von Kräften, die für eine restriktive Rüstungsexportpolitik auf west-europäischer Ebene arbeiten, die reale Gefahr, daß gemeinsame Politik auf nicht mehr als dem »gemeinsamen kleinsten Nenner« der Kontrolle erfolgt. Das Ergebnis wäre dann schlechter als das heute bestehende nationale Nebeneinander.

Die Zukunft der westeuropäischen Rüstungsexportkontrolle

Auch auf west-europäischer Ebene zeigt sich, daß Rüstungsexportpolitik vor allem ein Produkt politischer Kräfteverhältnisse ist. Westeuropäisierung ist weder von vornherein gut, weil den tatsächlichen Gegebenheiten der Internationalisierung der Rüstungsindustrie angepaßt, noch von vornherein schlecht, weil weitgehend außerhalb demokratischer Kontrolle. Wenn gegenwärtig allerdings - siehe "dual-use"-Verordnung - die Rüstungsindustrie, trotz ihrer schrumpfenden wirtschaftlichen Bedeutung, dabei ist, die Richtung der Westeuropäisierung zu bestimmen, so liegt das vor allem daran, daß die direkt vor und unmittelbar nach dem zweiten Golfkrieg gewachsene öffentliche Kritik an Rüstungsexporten wieder abgenommen hat. Die verhandelnden Regierungen stehen unter weniger öffentlichem Druck, Restriktivität zu vereinbaren, als noch vor einem oder gar zwei Jahren.

leicht gekürzt aus:
Probleme des Friedens
(4/1993 - 1/1994)

Michael Brzoska

Anmerkung:

1) Dieser Berechnung liegt eine jährliche Rate der Abnahme von 100.000 Beschäftigten zu Grunde, ausgehend von 1,5 Millionen Beschäftigten 1986. Für die Zeit von 1988 bis 1991 lag die tatsächliche Abnahme höher, nämlich bei fast 500.000. Siehe Michael Brzoska and Peter Lock (eds.), The Restructuring of Arms Production in Western Europe, London 1992, S. 35.

Grau ist die Farbe der Zukunft

Aktuelle Tendenzen auf dem internationalen Waffenmarkt

Wer Krieg führen will, der kann sich die Waffen hierzu mehr oder weniger problemlos auf halblegale bis illegale Weise besorgen, vorbei an bestehenden Exportkontrollgesetzen oder Embargos. Anhand von Fallbeispielen wird gezeigt, auf welchen dubiosen Wegen die Waffenlieferungen ihr Zielgebiet erreichen. Die Umstrukturierungen im internationalen Waffenhandel gehen zugunsten der Geschäfte mit Lieferungen von Kleinwaffen an die Bürgerkriegsfronten, da gerade für solches auch älteres kleinkalibriges Kriegsgerät eine rege Nachfrage besteht.



Sri Lankas Regierungstruppen werden über offizielle Waffenmärkte versorgt, die tamilische Guerilla finanziert ihren Waffennachschub über Spenden. Foto: Südasienbüro

Viele Hoffnungen verbanden sich mit dem Ende des Kalten Krieges. Eine davon war, daß ohne den Ost-West-Konflikt die Waffenlieferungen in die Dritte Welt abnehmen würden. Hatten nicht die USA und die Sowjetunion viele Staaten aus strategischen Gründen kostenfrei mit Waffen beliefert? Waren nicht viele Kriege in der Dritten Welt, in Afghanistan, wie in Nicaragua, in Angola wie in Kampuchea, als Teil des Ost-West-Konfliktes entfacht und geschürt worden?

Tatsächlich deuten die vorhandenen Statistiken trotz Golfkrieg auf einen starken Abwärtstrend im internationalen Waffenhandel hin. Der Rückgang des internationalen Waffenhandels begann schon in den 80er Jahren, aber er hat sich in den frühen 90er Jahren beschleunigt. In den 80er Jahren wurden als Hauptgründe für den Rückgang der Weiterverbreitung von Waffen vor allem die schlechte wirtschaftliche Lage in vielen Ländern des Südens diagnostiziert. Hinzu kam, daß einige der Großimporteure der 70er Jahre, wie die Streitkräfte Libyens oder Saudi-Arabiens Probleme mit der Absorption der vorhandenen Waffen hatten. Der weitere Rückgang in den 90er Jahren ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Export von Waffen aus der früheren Sowjetunion rapide zurückgegangen ist.

Das Bewußtsein für die Problematik des internationalen Waffenhandels ist gewachsen...

Insbesondere durch den Golfkrieg oder genauer die irakische Aufrüstung vor der Invasion in Kuwait, ist das internationale Bewußtsein für die Problematik des internationalen Waffenhandels gewachsen. Seit 1991 gibt es vielfältige Bemühungen auf internationaler Ebene, den Waffenhandel besser zu kontrollieren, zum Beispiel auf der Ebene der UNO. Ein Waffenhandelsregister wurde vereinbart, das ab 1993 offizielle Zahlen über den internationalen Waffen-

transfer liefern soll. Verhandlungen über die Beschränkungen des Exports bestimmter Waffentypen - zum Beispiel ballistische Raketen oder in bestimmte Regionen - zum Beispiel den Nahen Osten, sind von einem hohen Maß an Kooperationsbereitschaft zwischen den früheren Antagonisten aus Ost und West gekennzeichnet.

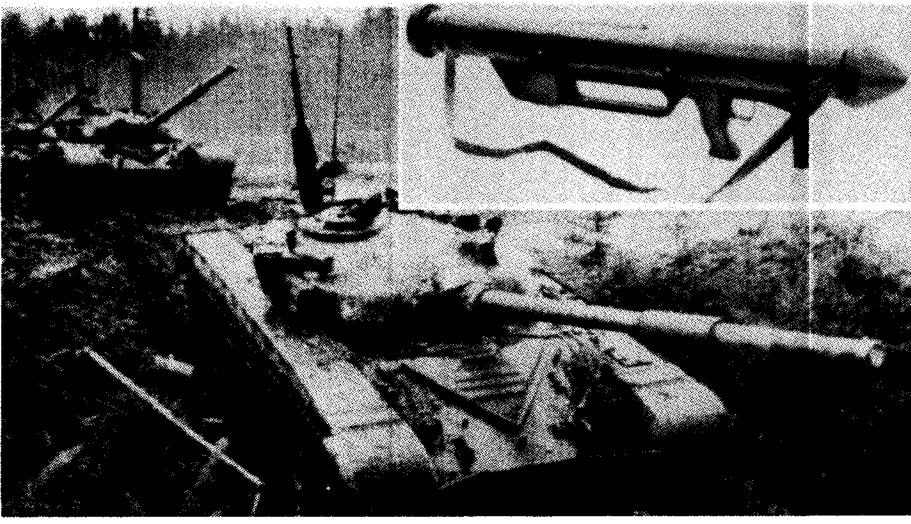
Trotzdem sind konkrete Ergebnisse bisher auf Massenvernichtungswaffen und ballistische Trägersysteme hierfür beschränkt geblieben. Als Bremser fungierte 1992 zunächst die VR China, die sowieso nur auf US-amerikanischen Druck an die Verhandlungstische gekommen war. Im Zuge des Wahlkampfes gab dann allerdings die US-Regierung mit der Genehmigung der Lieferung von F15-Kampfflugzeuge an Saudi-Arabien und von F16-Jagdflugzeugen an Taiwan den anderen Beteiligten gute Vorwände, ihrerseits wieder offensiver zu exportieren.

... aber der Waffenhandel geht auf niedrigem Niveau weiter

Der statistische Abwärtstrend und die laufenden Verhandlungen dürfen aber nicht zu der Illusion verleiten, daß das Problem internationaler Waffenhandel bald aus der Welt geräumt sein werde. Der internationale Waffenmarkt befindet sind in einer Phase intensiver Restrukturierung, deren Resultat noch nicht absehbar ist. Das Niveau des Waffenhandels wird geringer werden, aber seine vorrangige Funktion, nämlich Mittel zur gewalttätigen Austragung von kriegerischen Konflikten auch in die Länder zu bringen, die darüber nicht aus eigener Produktion verfügen, füllt er weiterhin aus.

Einige Hinweise auf künftige Strukturen des internationalen Waffenhandels bietet die Analyse des Zusammenhangs von Rüstungslieferung und Kriegsgeschehen in aktuellen Konflikten. Beispielhaft ausgewählt sind hierbei zwei Fälle, nämlich die Kriege in Jugoslawien und Sri Lanka, in deren Verlauf die Ost- West-Dimension nie von großer Bedeutung war. Beide Konflikte wurden und werden in diesem Sinne in einer neuen Phase der internationalen Beziehungen ausgetragen, die durch verminderte Konfrontation der mächtigen Staaten untereinander gekennzeichet ist. In einigen Fällen, wie Jugoslawien, beinhaltet die Veränderung sogar verstärkte Kooperation, in anderen, wie Sri Lanka, nur Desinteresse der großen Mächte.

Alle militärischen Verbände im ehemaligen Jugoslawien unterliegen seit dem September des letzten Jahres einem UN-Waffenembargo. Die reguläre jugoslawische, serbisch dominierte Armee und die mit ihr verbündeten Verbände trifft das allerdings wenig, weil es große, in der Vergangenheit angelegte Lager gibt und in Serbien genug Waffenfabriken stehen, um auf Jahre hinaus den Nachschub zu sichern. Die Verbände Bosnien-Herzegowinas und der Kroaten



Panzerabwehrfaust "Armbrust", entwickelt von Messerschmidt-Bölkow-Blohm in München, wird in Singapur in Lizenz gebaut und nur von dort vertrieben

haben hingegen große Nachschubprobleme.

Die entsprechende Nachfrage wird auf "schwarzen" und "grauen" Märkten befriedigt. Der Unterschied zwischen "schwarz" und "grau" besteht darin, daß Waffen illegal auf die schwarzen Märkten kommen; sie sind gestohlen, falsch deklariert oder sonstwie unter Umgehung der Gesetze im Herstellerland in die Hände privater Waffenhändler gelangt. Graue Märkte hingegen werden direkt von Regierungen beziehungsweise mit stillschweigender Zustimmung der staatlichen Stellen beliefert.

"Graue" und "schwarze" Märkte

Bei den kroatischen Verbündeten sind einige der "grauen" Quellen bekannt geworden, meist durch Identifikation der einschlägigen Waffen auf Photos, gelegentlich auch durch Pannen beim Transport. Panzerabwehrfäuste der Marke "Armbrust" kamen aus Singapur. Die "Armbrust", eigentlich ein deutsches Produkt, entwickelt von Messerschmidt-Bölkow-Blohm in München, wird in Singapur in Lizenz gebaut und nur von dort vertrieben. Aus Singapur wurden auch Sturmgewehre der staatseigenen Firma Unicorn und Artilleriemunition geliefert. Aus Südafrika kamen Gewehre des Typs R4, ursprünglich ein israelisches Produkt, Artillerie und andere Munition. Das chilenische Heer - Generalstabschef: Augusto Pinochet - verkaufte Munition und Minen aus eigener Fertigung, bis die Regierung Anfang 1992 massiv gegen die Lieferungen einschritt. Seitdem soll der private Rüstungskonzern Cardoen mit Tochterunternehmen in Spanien, Südafrika und der Bundesrepublik Deutschland Munition nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina liefern. Weil das UN-Waffenembargo völkerrechtlich alle Waffenlieferungen verbietet, werden sie von den genannten Regierungen offiziell bestritten, oder, wenn sie bewiesene Tatsache sind, als schwarze, illegale Lieferungen bezeichnet. Tatsächlich ist in Ländern wie Chile oder Singapur, aber auch Südkorea oder Ägypten die staatliche Kontrolle über die Rüstungshersteller schwach entwickelt, nicht zuletzt um die Verantwortung für Lieferungen abschieben zu können.

Spezialisierte Waffenschmuggler und Waffen 'abzweigungen' aus Rüstungsbetrieben

Auch über die Schwarzmarktströme nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina weiß man einiges, wenn auch sicher nicht alles. Beliebte Quellen der einschlägigen Händler sind die USA und die Sowjetunion, daneben auch andere ehemalige osteuropäische Länder und die Bundesrepublik Deutschland. In einigen Staaten der USA ist es legal, Kleinwaffen zu erwerben, nicht aber zu exportieren. Das Problem ist also der Schmuggel nach Kroatien, auf den sich einige Händler spezialisiert haben. Nur wenige wurden erwischt in den USA, in Deutschland, Österreich. In der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern ist die staatliche Kontrolle über die Rüstungsindustrie teilweise so schlecht, daß es Beschäftigten und/oder Managern leicht möglich ist, Waffen und Munition "abzuzweigen". Als gesichert muß gelten, daß Betriebe in Rußland, der Ukraine, Ungarn und Polen so zu Lieferanten der Kämpfer im ehemaligen Jugoslawien wurden. Darüber hinaus sind auch Waffen aus den Beständen der Streitkräfte ehemaliger sozialistischer Länder in das Kampfgebiet gelangt, nach Berichten auch aus den Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR und der "Gruppe West" der GUS-Streitkräfte in Deutschland. Einfache Soldaten verkaufen ihre Waffen, um ihren Sold aufzubessern; größere Mengen liefern Händler, die mit russischen Logistik-Offizieren zusammenarbeiten.

Noch eine weitere Quelle hatten die kroatischen militärischen Verbände: Libanon. Verbände der Falange, möglicherweise

auch andere Truppen, verkauften Teile der während des 15jährigen Krieges im Libanon angehäuften Bestände an Kleinwaffen und Munition, um ihre finanzielle Lage aufzubessern.

Käufe auf den schwarzen und grauen Märkten erfolgen gegen bar - zu groß ist das Risiko für die Händler. Darüber, wie die militärischen Verbände im ehemaligen Jugoslawien ihre Importe finanziert haben, ist wenig bekannt. Es gibt Hinweise, daß auch Spenden für Waffenkäufe eingesetzt worden sind.

Spenden sind jedenfalls eine wichtige Finanzquelle für die tamilischen Guerilla (Liberation Tigers for Tamil Eelam), die einen blutigen Bürgerkrieg gegen die Regierung in Sri Lanka führen. Weltweit haben sich Tamilen mit der Sache der "Tiger" solidarisiert und gespendet, nicht immer in der bewußten Absicht, damit den Waffennachschub zu erleichtern. Die "Tiger" haben sich ihre Waffen und Munition zum großen Teil auf schwarzen und grauen Märkten in Pakistan gekauft. Pakistanische Offiziere und afghanische Mujahideen-Führer bessern mit dem Verkauf von Waffen, die für den Krieg in Afghanistan geliefert wurden, ihre Privateinkommen und Kriegsschatullen auf. Nach Schätzungen aus dem US-amerikanischen Kongreß haben nicht mehr als zwei Drittel der an die Mujahideen per US-Militärhilfe geschenkten ca. drei Milliarden US-Dollar an Waffen tatsächlich die Kämpfer vor Ort erreicht. Dafür erbeuteten die Mujahideen große Mengen sowjetischer Waffen in Afghanistan und verkauften auch einen Teil dieser Beute über Pakistan an andere, wie die "Tiger", weiter.

IWF-Kredite für staatliche Waffenkäufe

Die Regierung Sri Lankas hat den großen Vorteil, daß sie ihre Truppen über die offiziellen Märkte versorgen kann. Das erweitert nicht nur das Spektrum möglicher Lieferanten, sondern vor allem den finanziellen Spielraum. Lieferungen müssen nicht immer und sofort bar bezahlt werden; einer Regierung, die Mitglied im Internationalen Währungsfonds ist, wird auch Kredit eingeräumt.

Trotzdem können die Beschaffer der Regierung nicht überall einkaufen, in einer Reihe von Ländern in Westeuropa sind Lieferungen an Kriegsbeteiligte ganz verboten oder politisch sensibel. Wichtigste Lieferanten sind daher Hersteller aus der "Dritten Welt", aus Südafrika, Singapur, Israel und, seit dem letzten Jahr verstärkt, der VR China. Umfangreiche chinesische Lieferungen von gepanzerten Fahrzeugen, Artillerie, Munition und Kampfflugzeugen erlaubten den regulären Streitkräften 1991 eine Großoffensive, die der Guerilla schwere Verluste zufügte, ohne sie allerdings ganz vernichten zu können.

Für die chinesische Regierung dürften neben kommerziellen Interessen auch strategische Kalküle eine Rolle bei der Entscheidung gespielt haben, diese Waffenlieferungen durchzuführen. Damit versucht die chinesische Regierung ihren Einfluß in Südasien, in Konkurrenz zu Indien, zu stärken.

Die Beispiele zeigen: Wer in der Dritten Welt einen Krieg führen will, wird nicht daran scheitern, daß er keine Waffen und Munition hat. Die ersten lassen sich beim Gegner erbeuten. Danach stehen graue und schwarze Märkte offen. Die nötigen Finanzen lassen sich auf vielerlei Art besorgen: von der Ausplünderung von Zivilisten bis zu Spenden, vom Schmuggel bis hin zum Drogenhandel. Nicht umsonst kommen Rohstoffe für Drogen häufig aus Regionen im Krieg, wie in Peru, Afghanistan oder Burma.

Mehr Waffenlieferanten

Die Zahl der Waffenlieferanten, die bereit sind, an jeden zu liefern, ist seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht kleiner, sondern größer geworden. Hersteller in der Dritten Welt und den ehemaligen sozialistischen Ländern können zwar nicht immer das neueste Material liefern, aber das wird in Bürgerkriegen sowieso nicht eingesetzt. Der Rückgang in den Statistiken des internationalen Waffenhandels ist also nicht mit einer Minderung seiner Bedeutung für das internationale Kriegsgeschehen gleichzusetzen, sondern Ergebnis seiner fortschreitenden Differenzierung. Lieferungen teurer, kompletter Waffensysteme von weltweit bekannten Rüstungsherstellern an Kunden mit viel Geld sind rar geworden, statt dessen gibt es vielfältige Geschäfte vieler lieber im verborgenen bleibender Produzenten mit Munition, Teilen von Waffen und Know-how. Es ist daher zu vermuten, daß die internationalen Statistiken des Waffenhandels, die "graue" und "schwarze" Märkte nur in geringem Maße berücksichtigen, den Rückgang im internationalen Waffenhandel überzeichnen.

Die Bemühungen um internationale Kontrolle zwischen den großen traditionellen Lieferanten greifen zu kurz, wenn die Vielzahl der "Kleinen" im Geschäft außen vor bleibt. Oder genauer: sie erweisen sich als Versuche, die Weiterverbreitung mit solchen Waffen zu verhindern, die den "Großen" selber gefährlich werden könnten, nämlich die Massenvernichtungswaffen und konventionelles, modernes Großgerät. Außen vor bleiben aber das Kriegsgerät, das gegenwärtig in den Kriegen in der Dritten Welt dem Töten dient: die Kleinwaffen, Artilleriewaffen, Minen etc.

Michael Brzoska
Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Institut für Politische Wissenschaft Hamburg

Literaturhinweis:
Michael Brzoska und Frederic Pearson, Fuel on the Fire? (Columbus, SC, University of South Carolina Press, 1994)

NVA-Schrottschiffe als Marktöffner

Wie die BRD die Marine Indonesiens aufrüstet

Von Bundeskanzler Kohl haben sich deutsche Manager in den vergangenen Monaten herbe Kritik anhören müssen. Sie hätten den Einstieg in den prosperierenden südostasiatischen Markt verschlafen, so der Kanzler. Diese Kritik trifft auf die Manager der deutschen Rüstungsindustrie nicht zu. Sie sind relativ erfolgreich gewesen auf der Suche nach neuen Absatzmärkten. Nachdem zahlreiche Länder insbesondere in Lateinamerika ihren Rüstungsbedarf für die nächsten Jahre gedeckt haben, bahnt sich in Südostasien ein neuer Rüstungswettlauf an. Aufgrund der traditionell guten Beziehungen Deutschlands zu Indonesien wird dieses Land ein Brückenkopf für den südostasiatischen Markt und insbesondere für den Export von Kriegsschiffen werden. Das ist der Hintergrund, auf dem auch das jüngste Exportgeschäft zu bewerten ist: Deutschland wird 39 ehemalige NVA-Marineschiffe und drei U-Boote an das Regime von Suharto liefern.

Neben dem Nahen Osten und Nordafrika zählt Südostasien zu den Hauptabnahmegebieten im internationalen Waffenhandel.[1] Die GUS-Länder verkaufen Waffen an fast alle Staaten dieser Region, auch an China. Malaysia ist z.B. mit Rußland übereingekommen, für 760 Mill.$ 18 MiG-29 Kampfflugzeuge zu kaufen. China ist bereits im Besitz von 26 russischen Sukhoi SU-27 Kampfflugzeugen.[2] China beginnt damit einen umfangreichen Plan zum Ausbau seiner Marine und zum Bau von Stützpunkten umzusetzen. Damit könnten sich aufgrund ungeklärter Grenzziehungen im Bereich der Spratley Inseln territoriale Konflikte entwickeln, in die möglicherweise Vietnam, Thailand, China und Indonesien verwickelt wären. In dieser Region befinden sich große Erdölvorkommen.

Geschichte einer Kooperation

1992 wurde der Export deutscher U-Boote nach Taiwan nach Interventionen Chinas gestoppt. Für den Verkauf hatte sich der niedersächsische Ministerpräsident Schröder vehement eingesetzt. Die Bundesregierung versuchte nun andere Abnehmer zu finden. Indonesien bot sich an. Das Land zählt zu den südostasiatischen Ländern, mit denen Deutschland auf mehreren Ebenen zusammenarbeitet. 1981 lieferte die Howald Werft in Kiel zwei U-Boote des Typs 2o9/13oo und 1982 fertigte die Lürsenwerft in Kooperation mit der indonesischen Werft PT Pal Surabaya acht Patrouillenboote des Typs PB-57. Für 1991 bis 1993 wurden Indonesien 2,2 Millionen DM "Polizeihilfe" zugesagt. Der Kommandeur der Abteilung 81 der Anti-Terrortruppe "Kopassandha", die im von Indonesien besetzen Ost-Timor operiert, erhielt eine Ausbildung bei der GSG-9.[3] Die deutsche Werftindustrie, insbesondere die zwei im Schiffsbau und in der Schiffsreparatur arbeitenden Firmen Bremer Vulkan und die Hegemann Gruppe, versuchen Indonesien als Sprungbrett für Exporte in den südostasiatischen Raum auszubauen. Für dieses Vorhaben haben Bundeskanzler Kohl und der parlamentarische Staatssekretär im BMZE, Repnik, bei ihrer Indonesienreise im Frühjahr 1992 die Voraussetzungen geschaffen. Sie brachten damals Aufträge über 'Entwicklungshilfevorhaben' im Werftbereich in Höhe von über 1oo Mill. DM mit.

Der Deal

Am meisten Aufsehen erregte der bei diesem Besuch angekündigte Export von 39 ehemaligen Marineschiffen der DDR, darunter 16 U-Boot Abfangjäger, Landungsboote und Minensuchboote. Parallel zum Schiffsexport werden seit Herbst 93 auf dem Marinestützpunkt in Neustadt/i.H. stufenweise insgesamt über 1.2oo indonesische Marinesoldaten ausgebildet. Das Ausbildungsprogramm wird voraussichtlich im Herbst 94 abgeschlossen sein. Darüberhinaus wurde auch der Export von drei U-Booten angekündigt. Über die Hälfte der gesamten DDR-Marine wurde damit an ein einziges Land verkauft. Darüberhinaus wurde die Lieferung von mehreren Tausend Tonnen Munition und der Export und Verkauf von drei neuen U-Booten zugesagt.[4]

Was geschickt als Entsorgung schrottreifer Marineschiffe verkauft wurde, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein gänzlich anderes Vorhaben.[5] Die 39 Schiffe bilden nur die Spitze des Eisbergs eines Programms zum Aufbau des indonesischen Werftsektors und der Marine, das insgesamt über 1 Mrd. $ umfaßt. Die Schiffe wurden für 28 Mill. DM verkauft. Dieser Preis liegt nach Auskunft von Kennern noch unterhalb des Schrottwertes der Schiffe. Diesen 28 Mill. DM müssen allerdings über 75o Mill.$ Reparatur und Umrüstungsinvestitionen hinzugefügt werden, die zur Hälfte in ostdeutsche Werften fließen. Um die weitere Renovierung in Indonesien vornehmen zu können, müssen alte Werften umgebaut bzw. neue Werften für insgesamt 12o Mill.$ gebaut werden. Ein neuer Hafen für 18o Mill. $ und zwei Tanker zum Preis von 4o Mill.$ für die Versorgung der Schiffe auf hoher See werden ebenfalls gebaut. Bei diesen Beträgen fallen die über 94 Mill.$ Transportkosten für einige Schiffe, denen der weite Seeweg von der deutschen Ostseeküste nach Indonesien nicht zugemutet werden sollte, nicht mehr ins Gewicht.

Die 28 Mill. DM für die Schiffe sind also Teil eines 1, 8 Mrd.DM umfassenden Programms zum Ausbau des Marine- und Werftsektors Indonesiens. Sogar die Weltbank kritisierte dieses Vorhaben als "entwicklungspolitisch verfehlt".[6] Beteiligt am Umbau und der Renovierung der Schiffe sind die Wolgast Werft in der Nähe von Peenemünde, die sich im Besitz der Hegemann Gruppe/Bremen befindet und die Neptun Werft, die eine Tochter des Unternehmens Bremen Vulkan ist. Generalunternehmer für die Umrüstung der Schiffe oder wie es offiziell heißt, für die "Demilitarisierung" von 23 Schiffen, ist die Essener Firma Ferrostaal.[7]

Die Schiffe gehen in das Eigentum der indonesischen Marine über. Bei der Einfäde-

lung des Geschäfts spielte der Technologieminster Indonesiens Habibie eine zentrale Rolle. Er verfügt über viele persönliche, politische und wirtschaftliche Kontakte nach Deutschland. Nach Beendigung des Studiums an der Technischen Hochschule Aachen arbeitete er mehrere Jahre bei der Rüstungsfirma MBB in München und stieg ins Management dieser Firma auf. Zurückgekehrt in seine Heimat wurde er von Suharto mit dem Aufbau einer Flugzeug-, Schiffs- und Rüstungsindustrie beauftragt. Heute ist er der Firmenchef von zehn verstaatlichten Konzernen. Produktionsanlagen wurden u.a. von MBB entworfen. Heute werden z.B. Hubschrauber in Lizenzproduktion von MBB, die jetzt Teil der Mercedes Tochter DASA ist, in Indonesien hergestellt.

Bei Teilen der Armee Indonesiens wird dieser Aufstieg des Ministers und seine exzellenten Kontakte zum Ausland mißtrauisch beobachtet. Mit Hilfe der 39 NVA-Schiffe ist es Habibie gelungen den Ausbau der Werftindustrie zu forcieren. Unterstützt wird Habibie dabei von einem Beamten des Ministeriums für Technologie und Forschung (BMFT) aus Bonn, dessen Beratervertrag direkt vom BMFT finanziert wird.



Pfingsten 1993: Konkrete Abrüstungsmaßnahme in Peenemünde

NVA Schiffe für den Kampf gegen Drogenhändler, Schmuggler und Piraten?

Die Bundesregierung behauptet, der Export der Schiffe sei mit Auflagen verbunden. Zum einen habe die indonesische Regierung vertraglich zugesagt, die Schiffe nur gegen Schmuggler, Piraten und Drogenhändler einzusetzen und nicht bei inneren politischen Unruhen. Darüberhinaus würde die endgültige Exportgenehmigung erst dann erteilt, sobald auf 23 Schiffen eine "Demilitarisierung" vorgenommen worden sei.[8] Beide Behauptungen werden in aller Naivität und Unschuld von offizieller Seite vorgetragen. Daß sie ausschließlich der Irreführung der Öffentlichkeit dienen, ist offensichtlich. In der indonesischen Presse wurde die Überführung von über 1o Schiffen als außenpolitischer Erfolg und als Fortschritt für den Aufbau einer leistungsstarken Marine gefeiert.[9] Kein Wort wird dabei verloren über eine eingeschränkte Benutzung der Schiffe. Was von Zusicherungen solcher Art zu halten ist, zeigen zahllose Beispiele in der Vergangenheit.

Ein Mitarbeiter des für Marineangelegenheiten zuständigen Büros der Presseabteilung des Bundesverteidigungsministeriums stellte im Herbst 92 lapidar fest, daß er die vorgenommene Demilitarisierung auf einem Teil der Schiffe für eine vorübergehende halte. "Es ist kein Problem für Indonesien die Schiffe schnell wieder aufzurüsten."[10]

Für die Armee eines Inselstaates wie Indonesien sind die NVA-Landungsboote, die z.Z. auf der Neptun Werft in Rostock repariert und umgerüstet werden, von militärischer Bedeutung. Die Landungsboote können nach wie vor nicht nur Panzer transportieren - das dazu notwendige Zwischendeck ist von der Neptun Werft nicht entfernt worden - , sondern auch Soldaten. Landungsboote spielten bereits 1975 bei der Besetzung Ost-Timors eine wichtige Rolle.

Es ist nicht auszuschließen, daß einige Schiffe tatsächlich gegen Piraten und Schmuggler vorübergehend eingesetzt werden. Genauso wenig allerdings ist es auszuschließen, daß die Schiffe auch in den Regionen eingesetzt werden, in denen es bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der Armee und Autonomiebewegungen gibt. Diejenigen Bürgerkriegsflüchtlinge, die diese Regionen über See zu verlassen versuchen, wurden bereits in der Vergangenheit von der Regierung als "Schmuggler" bezeichnet. Gegen den "größten Schmuggler des Landes" - wie der Schriftsteller Pipit Kartawidjaja behauptet - werden die Boote aber sicherlich nicht eingesetzt, nämlich gegen den Staatspräsidenten Suharto und seine Armee. Es gibt zahllose Berichte darüber, wie Suharto und die Oberschicht Indonensiens, insbesondere Generäle, sich persönlich bereichern durch Bestechungen, Korruption und auch durch Schmuggelgeschäfte.

Wenn in den nächsten Jahren an der deutschen Ostseeküste ausgebildete indonesische Marinesoldaten auf ehemaligen NVA-Marineschiffen sich an der Unterdrückungspolitik gegen Autonomie fordernde Minderheiten beteiligen, wird dies sicherlich nicht zu einer Verschlechterung der deutsch-indonesischen Beziehungen führen. Der Stellungnahme des SPD-Bundestagsabgeordneten Kübler, daß sich die Bundesregierung mit der Lieferung von "Kriegsmaterial" in die Gefahr begibt, "für Menschenrechtsverletzungen und Völkermord mitschuldig gemacht werden zu können", ist nichts hinzufügen.[11]

Kleinlaute und vorsichtige SPD und zu schwache Proteste

Die Bemühungen, diese Skandalgeschäfte öffentlich zu machen, konnten die Exportgeschäfte nicht verhindern. Weder die Besetzung von einigen Schiffen in Wolgast im Frühjahr 92 durch die Dresdner Gruppe "Timor und kein Trupp" noch die Proteste der Buko-Kampagne gegen Rüstungsexporte in Bremen, von terre des hommes, von der Gesellschaft für bedrohte Völker, von Watch Indonesia und vom Neuen Forum Berlin zeigten Wirkung (siehe Kästen 'Kriegswaffen - keine Handelswaren', s.S. 33 und 'Minister Rühe fühlt sich verunglimpft'). Innerhalb der Bonner SPD-Fraktion gab es nur wenige Abgeordnete, die sich des Themas annahmen. Die Verzahnung zwischen der SPD in Bremen und den beiden in Bremen ansässigen Firmen Bremer Vulkan und der Hegemann Gruppe ist sehr eng. Der Filz setzt sich fort bis an die Ostseeküste. Klaus Krohn, SPD-Fraktionsvorsitzender der Abgeordnetenversammlung in Neustadt/i.H. ist zugleich Angesteller der Firma Ferrostaal. In Neustadt/i.H. werden bis Ende 94 insgesamt 1.2oo indonesische Marinesoldaten ausgebildet, Ferrostaal ist am Ausbildungsprogramm beteiligt.[12]

Erst im Herbst konnte sich die SPD-Bundestagsfraktion zu einer Kleinen Anfrage durchringen, in der allerdings wichtige Aspekte gar nicht berührt wurden. Auf das Ausbildungsprogramm der indonesischen Marinesoldaten wurde nicht eingegangen und auch nicht auf die Lieferung von 5.ooo Tonnen Munition.[13] Kurz vor der Einreichung der Anfrage wurde bekannt, daß der Export der Schiffe und der Export eines U-

Bootes mit über 1 Mrd. DM über Hermes Kredite abgesichert worden ist. Auch dies wurde nicht angesprochen (siehe Kasten 'Staatliche Rüstungsexportförderung'). Öffentlich sich äußern und protestieren, aber ansonsten nichts tun'- das scheint das Motto zu sein, nach dem die Mehrheit der SPD-Fraktion verfahren ist. In den Städten Bremen, Neustadt, Rostock und Kiel, wo die Howald Werft die U-Boote herstellen wird, sind schließlich Arbeitsplätze und potentielle Wählerstimmen in Gefahr.

Weit über eine halbe Mrd. DM kostet eins der für Indonesien bestimmten U-Boote. Ein Vielfaches von dem, was Indonesien an jährlicher Entwicklungshilfe aus Deutschland erhält. U-Boote werden nicht gegen Piraten eingesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob zumindest die Lieferung der U-Boote verhindert werden kann oder ob sich auch hier die parteiübergreifende Exportlobby durchsetzen kann. Eine ehemalige Arbeiterin der Neptun Werft sagte auf einer öffentlichen Veranstaltung über den Kriegsschiffexport nach Indonesien im Rostocker Rathaus am 27.1.94: "Wir haben kein Recht, Probleme die wir haben, z.B. mit Arbeitsplätzen, in andere Länder zu exportieren."

Minister Rühe fühlt sich verunglimpft und beleidigt

Ein gerichtliches Nachspiel hatte ein verbaler Schlagabtausch zwischen Verteidigungsminister Rühe und Mitgliedern des Neuen Forums und von Bündnis 9o/Grüne in Halle a.d.S. Der Grund: am 9. Juni 1993 gingen Polizeikräfte mit Knüppeln gegen Protestierende vor, die sich gegen das öffentliche Gelöbnis in Halle wandten. Das führte nicht nur in der Haller Öffentlichkeit zu heftigen Diskussionen, sondern wurde auch im Magdeburger Landtag debattiert. Plakate, auf denen Rühe verdächtigt wurde, sich am Völkermord in Ost-Timor (seit 1975 von Indonesien besetzt) zu beteiligen, da er dem Export von 39 Marineschiffen zugestimmt habe, wurden von der Polizei beschlagnahmt. Rühe bezeichnete die DemonstrantInnen als "Pöbel". Eine Klage gegen Rühe wegen Beleidigung wurde vom Oberstaatsanwalt zurückgewiesen. Ein Strafantrag Rühes gegen die Plakatkleberin Sabine Leloup wegen "übler Nachrede gegen Personen des politischen Lebens und Beleidigung" vom 9.7.93 wurde vom Oberstaatsanwalt hingegen aufgegriffen. Frau Leloup wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Verwaltungsgericht Halle a.d.S. zu 3o Tagessätzen à 5o,- DM verurteilt. Bei der Revisionsverhandlung am 18.2. lautete das Urteil dann: 2o Tagessätze à 40,-DM. Damit blieb das Gericht unter dem vom Staatsanwalt beantragten Strafmaß, folgte aber dessen Argumentation weitgehend. Das Plakat erwecke den Eindruck eines Steckbriefes, stelle Rühe als Schwerverbrecher dar, so das Gericht in seiner Begründung.

Insgesamt stelle das Plakat einen schweren Angriff auf die Person und Ehre Rühes dar. Dem Antrag von Anwalt Leloups auf Beweisaufnahme wurde nicht stattgegeben, hätte das doch bedeutet, Rühe und Kohl vorzuladen sowie sozial- und politikwissenschaftliche Gutachten zu erstellen. Außerdem sollten SpezialistInnen der Kinderhilfsorganisation "terre des hommes" sowie der Gefangenenhilfsorganisation "amnesty international" gehört werden. Damit sollte bewiesen werden, daß es sich bei den besonders in Ost-Timor und West-Papua erfolgten Menschenrechtsverletzungen tatsächlich um Völkermord handelt, an dem die Bundesregierung mit ihren Kriegsschiffsexporten beteiligt ist. Zwar konnte vor diesem Zusammenhang auch das Gericht nicht ganz die Augen verschließen; primär ging es ihm jedoch um die zu ahndende Form der Äußerung und nicht um die Wahrheit selbst.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Kübler ist folgender Auffassung: "Mit der Lieferung von Kriegsmaterial begibt sich die Bundesregierung in die Gefahr, für Menschenrechtsverletzungen und Völkermord mitschuldig gemacht werden zu können" (Pressemitteilung vom 8.12.93). Was einem Bundestagsabgeordneten an Meinungsfreiheit zugestanden wird, sollte einer Bürgerin aus Halle a.d.S. nicht verwehrt werden dürfen. Die Verteidigung kündigte Einspruch gegen das Urteil an.

Wie Deutschland dem UN-Generalsekretär in den Rücken fällt

1992 gelang es dem UN-Generalsekretär das erste Mal nach vielen Jahren der Stagnation, Indonesien zu bewegen, an einem Verhandlungstisch Platz zu nehmen, an dem über die Zukunft Ost-Timors verhandelt wird. 1975 besetzte die indonesische Regierung unter dem bis heute amtierenden Staatschef General Suharto Ost-Timor, kurz bevor die damalige Kolonialmacht Portugal Ost-Timor in die Unabhängigkeit entlassen wollte. De jure ist Portugal nach wie vor Souverän über dieses Gebiet, und Indonesien hat es - wie in verschiedenen UNO-Resolutionen festgehalten worden ist - völkerrechtswidrig besetzt. Völkerrechtlich besteht kein Unterschied zwischen der Besetzung Kuwaits durch den Irak und Ost-Timors durch Indonesien. An den Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs Butros Ghali nehmen der portugiesische und indonesische Außenminister teil. Hauptziel der Verhandlungen ist, Indonesien zur Gewährung eines Autonomiestatus für Ost-Timor zu bewegen und die Besetzung nach den Maßstäben des Völkerrechts zu beenden. Die Verhandlungen verlaufen sehr schleppend. Es existiert kaum außenpolitischer Druck auf Indonesien durch die Staaten des UN- Sicherheitsrates.

Die portugiesische Regierung und das Parlament des Landes haben wiederholt auf Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor hingewiesen. Der portugisiesche Außenminister und die Botschaft Portugals in Bonn haben sich mehrfach öffentlich gegen den Export der 39 NVA-Schiffe und U-Boote nach Indonesien ausgesprochen.[14]

Im Auswärtigen Ausschuß des US-Senats ist eine Vorlage von Senator Feingold verabschiedet worden, der einen sofortigen Stop jeglicher Form der militärischen Zusammenarbeit vorsieht. Der US-Senat hat allerdings diese Vorlage noch nicht verabschiedet.[15] Der für Waffenexporte zuständige Ausschuß des schwedischen Parlaments hat sich Ende 1993 ebenfalls für eine Einstellung von Waffenexporten nach Indonesien ausgesprochen.[16]

Auch die parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Verteidigungsunion (WEU) hat sich im Juni 1993 in Paris in der Entschließung 91 für die Verhängung eines "unverzüglichen Waffenembargos über Indonesien" ausgesprochen.[17]

In dem Moment, in dem der internationale Druck auf Indonesien beginnt zuzunehmen, versucht die Bundesregierung ihre guten Beziehungen mit diesem Land auszubauen. Diese Haltung, einerseits (Lippen-) Bekenntisse abzulegen in puncto Einhaltung von Menschenrechten in internationalen Gremien, andererseits unvermindert nationale Wirtschaftsinteressen zu verfolgen, ist

BEIHILFE ZUM VÖLKERMORD

DRINGEND VERDÄCHTIG:



Rühe, Volker (CDU)

Kriegsminisler

Mitglied im Bundessicherheitsrat; war beteiligt an der Erteilung der Genehmigung zum Verkauf von 39 Kriegsschiffen nach Indonesien, wo die Menschenrechte mit den Füßen getreten werden.

Das Objekt der Auseinandersetzung

nicht nur ein Merkmal deutscher Außenpolitik. Auch die europäischen Partnerländer beherrschen sie. Bezogen auf Indonesien allerdings spielt Deutschland zur Zeit eine Sonderrolle. Bei der Abwägung zwischen einer Außenpolitik, die die Verhandlungsposition des UN-Generalsekretärs im Ost-Timor-Konflikt stärkt und dem Verfolgen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen hat sich die Bundesregierung für letzteres entschieden.

Dieter Reinhardt

Anmerkungen:

1) vgl. den Artikel von Rainer Kahrs, Waffen für ein Vakuum, Deutsche Rüstungsexportinteressen in Fernost, in: südostasien informnationen 4/93.
2) IPS Hintergrunddienst, 8.1.94.
3) Die Woche, 18.2.94.
4) Die Woche, 2o.1.93.
5) SPIEGEL, 39/93.
6) vgl. Süddeutsche Zeitung, 13.7.93; Far Eastern Economic Review, 23.9.93.
7) Rüdiger Panneborg, Schweriner Volkszeitung, 7.1.94.
8) vgl. Brief des Auswärtigen Amtes (Dr. Schilling) an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags vom 18.8.93.
9) Auskunft einer Mitarbeiterin von Watch Indonesia.
1o) Auskunft eines Mitarbeiters des Presseamtes des Bundesverteidigungsministeriums.
11) Pressemitteilung Dr. Kübler, 8.12.93.
12) Lübecker Nachrichten 16.12.93.
13) Kleine Anfrage der SPD-Fraktion, Waffenlieferungen, insbesondere Kriegsschiffslieferungen an Indonesien, Bundesdrucksache 12/6133.
14) vgl. Pressemitteilung der portugiesischen Botschaft in Bonn vom 8.7.93.
15) vgl. News Release from U.S. Senator Feingold, 8.9.93, und Far Eastern Economic Review, 23.9.93, S. 13, the Right to Arm, US Weapons sales linked to East Timor progress.
16) Pressemitteilung von der "Beweging van Indoesiers in het Buitenland", 11.11.93, Stockholm.
17) Drucksache, Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, 12/5432.

Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte verdreifacht

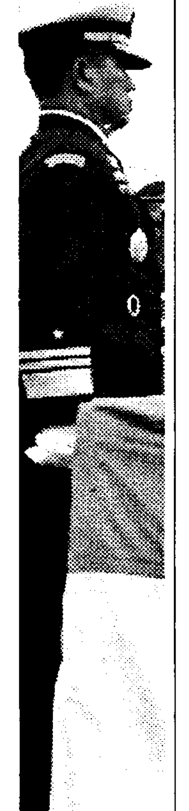
Gegenüber dem Vorjahr hat sich das finanzielle Volumen der durch Hermes-Bürgschaften abgesicherten Rüstungsexportgeschäfte fast verdreifacht, auf heute 2,26 Mrd. DM. Dies geschah trotz zunehmender Kritik an Hermes-Bürgschaften wegen ihrer ökologischen sowie friedens- und entwicklungspolitischen Mängel.

Eine vertrauliche Vorlage des Bundesfinanzministeriums an den Haushaltsausschuß des Bundestags, die dem Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG (W & E) im Wortlaut vorliegt, gibt Aufschluß über die neuen 'Bürgschaftszusagen von grundsätzlicher Bedeutung'. Unter diese Kategorie fallen Großprojekte von über 500 Mio. DM und Rüstungsgeschäfte unabhängig von der Vertragssumme. Zehn der insgesamt 17 dokumentierten Einzelzusagen betreffen militärisch relevante Lieferungen (siehe Tabelle).

Die bisher häufig gebrauchte Ausrede, die militärisch interessanten Bürgschaftsfälle könnten wegen ihres geringen Umfangs (bisher 2% aller Zusagen) vernachlässigt werden, ist damit völlig haltlos geworden. Die seit einiger Zeit erwartete Ankurbelung der Rüstungsexporte durch massive Ausweitung der Hermes-Bürgschaften ist eingetreten. Auffällig ist die Vielzahl der militärischen Hubschrauberlieferungen (MBB) sowie das Auftreten Indonesiens als Großkunde.

Der Parlamentarische Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Heinrich L. Kolb, wurde im Bundestag am 12.1.1994 mit den oben genannten Zahlen konfrontiert. Die Frage des SPD-Abgeordneten Gernot Erler nach dem Wert der von der Bundesregierung übernommenen Bürgschaften für die Lieferung militärischer Güter beantwortete Kolb wie folgt: "In den Jahren 1990 bis 1993 hat die Bundesregierung Hermes-Bürgschaften für den Export militärischer Güter in Höhe von insgesamt 1,42 Milliarden DM übernommen." Weshalb vom Finanzministerium ein Betrag von 2,26 Mrd. angegeben wird, konnte er nicht aufklären: "Es muß sich um eine von mir nicht näher zu erklärende Unstimmigkeit halten".

Weitere Informationen:
Informationsbrief des Vereins Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Berliner Platz 1, 53111 Bonn.



Hermes Bürgschaften für Rüstungsgeschäfte*

Bestimmungsland	Projekt	Höchsthaftung in Mio. DM
Tschechische Republik	2 Hubschrauber BO 105	6,6
Türkei	Patrouillenboot, Materialpakete für 2 weitere Boote	256,6
Türkei	2 Fregatten	582,8
Argentinien	2 Hubschrauber BO 105	10,0
Indonesien	Flugdemonstrator	10,0
Indonesien	U-Boot	665,1
Indonesien	Umbaumaßnahmen an 39 Schiffen der früheren DDR-Marine	698,9
Philippinen	Hubschrauber BK 117 mit Sonderausstattung	6,6
Botsuana	4 Hubschrauber BO 105	16,7
Swasiland	2 Hubschrauber BO 105 und BK 117	10,4
Gesamt		**2263,6**

* Grundsätzliche Deckungszusage; teilweise waren die Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Quelle: Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen Nr. 151/93 vom 25.10.1993 an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages



Initiativen und Kampagnen



Die Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!"

Die 1983 von mehreren Organisationen aus der christlichen Friedensbewegung begründete Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" stellt die Forderungen nach einem Verbot von Rüstungsexporten und nach Konversion der Rüstungsindustrie in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. War Anfang der achtziger Jahre das Engagement noch überwiegend ehrenamtlich, so wird heute ein Büro mit einer Öffentlichkeitsreferentin und einer Geschäftsführerin betrieben. Aufgabe des Büros ist die Vernetzung von Aktionsgruppen, die Pressearbeit, die Planung und Durchführung überregionaler Aktionen und die Vermittlung von ReferentInnen. Diese Arbeit richtet sich am jährlich durch die Mitgliederversammlung festgelegten Jahresschwerpunkt aus; wie schon 1993 ist dies auch 1994 Türkei/Kurdistan (siehe unten). Hinzu kommt die Beteiligung an gemeinsamen Kampagnen mit anderen Organisationen. Bis 1992 wurde die Kampagnenzeitschrift "Entrüsten" herausgegeben; seit 1993 erscheint der vierteljährliche Rundbrief "Kampagne Aktuell", jeweils mit eingeheftetem Faltblatt zu verschiedenen Themen.

Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen"
Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein, Tel: 06126/55683 Fax: 06126/54660
Bürozeiten: Mo-Do 10.00 - 16.00 Uhr Fr 10.00 - 13.00 Uhr



Die BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport"

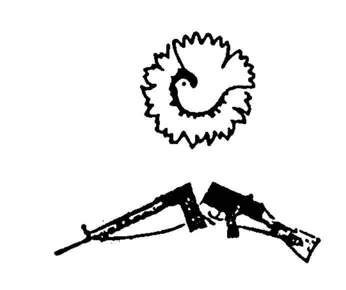
Der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, ein Zusammenschluß mehrerer hundert Gruppen) beschloß vor rund 8 Jahren, mehrere Kampagnen einzurichten, um die Arbeit seiner Basisgruppen zu unterstützen. Die Agro-, Pharma- und Rüstungsexport-Kampagne, die so entstanden, hatten und haben eine ganz spezifische Funktion: sie sollen die Vermittlung zwischen Spezialistentum und aktionsbezogener Basisarbeit leisten. Mit insgesamt ca. 10 haupt- und nebenamtlichen MitarbeiterInnen koordiniert und unterstützt die Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" Basisgruppen, gibt Informationen, beantwortet Anfragen zu Rüstungsexporten, vermittelt ReferentInnen und unterstützt Aktionen. Außerdem unterhält die Koordinationsstelle ein Archiv, in dem deutsche und ausländische Militärfachpresse, Tageszeitungen, Zeitschriften und wissenschaftliche Analysen nach einer Firmen-, Länder- und Themensystematik gesammelt und ausgewertet werden. Sie gibt zudem regelmäßig den Rundbrief "Stoppt den Rüstungsexport" sowie Schwerpunktmaterialien zu verschieden Themen heraus.

BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport"
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, Tel: 0421/326045 Fax: 0421/3378177
Bürozeiten: Mo - Fr 10.00 - 17.00 Uhr

Das Kommunikationszentrum Idstein e.V. (KOMZI e.V.)

Das KOMZI e.V. begreift sich als Informationsquelle für eine kritische Öffentlichkeit. Es wurde 1983 vor dem Hintergrund einer bereits vier Jahre andauernden Friedensarbeit gegründet. Zwischen 1987 und 1992 wurden ein Buch und insgesamt neun Broschüren zu den Themen Rüstungsexport, Rüstungsproduktion, Konversion und zu Daimler-Benz herausgegeben. Seit 1992 ist der Publikationsbereich ausgegliedert; die Broschüre der "Tatortreihe" und andere Veröffentlichungen erscheinen jetzt im KOMZI-Verlag, der von ehemaligen Mitgliedern des Kommunikationszentrums Idstein gegründet wurde, jetzt aber ein eigenständiges "Untenehmen" darstellt. Seit 1989 unterhalten das KOMZI und die Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!" in Idstein eine Bürogemeinschaft und arbeiten eng zusammen. Das KOMZI unterhält zudem das größte Rüstungsexportarchiv in Deutschland, in dem Informationen zu Rüstungsproduktion und -export, zu Firmen und zu Empfänger- und Lieferländern gesammelt werden. Außerdem werden zu Themenbereichen wie z.B. Interventionen "out of area", Binnenmarkt, Rüstung und Unterentwicklung Artikel archiviert. Um sich über bestimmte Firmen und Länder zu informieren, zur Vorbereitung von Aktionen oder zur Erstellung von Publikationen etc. können Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen beim KOMZI-Archiv anfragen.

Kommunikationszentrum Idstein e.V. / KOMZI e.V.
Bahnhohstr. 18, 65510 Idstein, Tel: 06126/53118 Fax: 06126/54660
Bürozeiten: Mo - Fr 10.00 - 16.00 Uhr



Das Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg e.V. (RIB)

Das RIB wurde im März 1992 von AktivistInnen der Friedens-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Bewegung gegründet. Zu seinen wichtigsten Arbeitszielen zählt deshalb auch die Vernetzung dieser verschiedenen Bewegungen. Der Sitz des RIB ist in Freiburg, aber es existiert auch ein RIB-Büro in Tübingen. Darüberhinaus besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem "Dachverband der Kritischen AktionärInnen Daimler-Benz"(KAD), "Ohne Rüstung leben" in Stuttgart und vielen anderen Friedensorganisationen. Die konkrete Arbeit besteht zum einen aus der Durchführung und Unterstützung regionaler und bundesweiter Kampagnen. Zum anderen werden Informationen über die süddeutsche Rüstungsindustrie gesammelt und archiviert. Dabei wertet das RIB die nationale wie internationale Fachpresse zur Daimler-Benz AG und deren Tochterunternehem DASA (mit MBB, Dornier, MTU etc.) sowie über hundert weitere größere Unternehmen aus. Mit Hilfe von parlamentarischen wie außer- parlamentarischen bundesweiten Kampagnen (z.B. "Stoppt das G11", "Keine deutschen Waffen in die Türkei" oder "Jagt den Jäger 90 zum Teufel") sollen unsinnige Rüstungsprojekte gestoppt, Waffenexporte verhindert und Konversion der Rüstungsindustrie gefördert werden. Außerdem werden der vierteljährlich erscheinende RIB-Rundbrief, die Buchreihe "Wir produzieren Flüchtlinge" sowie zahlreiche weitere Broschüren herausgegeben.

Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg e.V. (RIB)
Umkircherstr. 37, Postfach 5261, 79019 Freiburg, Tel/Fax: 07665/51868
Bürozeiten: Mo, Do, Fr 15.00 - 19.00 Uhr



Die Internationale Landminen-kampagne

Die internationale Landminenkampagne, 1992 aus der Taufe gehoben, ging zunächst von der "Stiftung der US-amerikanischen Vietnamveteranen" aus. In Deutschland griffen verschiedene in der Friedensarbeit aktive Gruppen das Thema auf. Sie streben sowohl das weltweite Verbot von Produktion, Export und Anwendung von Landminen an als auch die Regelung der Minenräumung und der Rehabilitation der Minenopfer. Diese Forderungen knüpfen an die 1981 von der UNO verabschiedete Konvention zu "wahllos wirkenden Waffen" an, für welche nun eine Überprüfungskonferenz einberufen werden soll. Um in der Öfentlichkeit auf dieses Thema aufmerksam zu machen, hat medico international bereits im vergangenen Herbst eine große Tournee durch deutsche Städte veranstaltet, bei der die Greuel der Anwendung von Landminen durch eine Ausstellung und einen simulierten Minenteppich verdeutlicht wurden. Nachdem die Kampagne nach einem aktiven Jahr 1993 im Winter etwas pausiert hat, soll sie nun im Frühjahr 1994 erneut anlaufen. Genauere Informationen dazu gibt es bei:

medico international
Obermainalnalge 7, 60314 Frankfurt / Main, Tel: 069/244380, Fax: 069/436002
Zur Unterstützung Spenden bitte an: Konto 33035, BLZ 38050000, Förderverein Frieden e.V., Stichwort: "Landminen"

Kampagne gegen Rüstungsexporte in die Türkei

Angesichts der andauernden Menschenrechtsverletzungen in Türkisch-Kurdistan, die durch deutsche Waffenlieferungen an die Türkei unterstützt werden, hat die Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" ihren Jahresschwerpunkt "Türkei/Kurdistan" von 1993 auch für 1994 beibehalten. Im Rahmen der diesjährigen Arbeit findet Ende März eine Delegationsreise zur Beobachtung der Newroz-Feiern am 21. März und der Kommunalwahlen am 27. März nach Kurdistan statt (s. auch 'Kurz belichtet'). In Deutschland sollen derweil am 18. und am 25. März, jeweils von 16.00 bis 20.00 Uhr, Mahnwachen der Friedenskampagne für Nordkurdistan "Schweigen tötet - Frieden jetzt!" vor der türkischen Botschaft in Bonn (Utestraße) abgehalten werden. Auch auf dem Katholiken-Tag vom 29.6. bis zum 3.7.94 in Dresden sind Aktionen zu diesem Thema geplant. Zuletzt steht wie im letzten Herbst auch dieses Jahr die Journalistin Lissy Schmidt, AFP-Korrespondentin in Südkurdistan (Irak), im November/Dezember für Vortragsveranstaltungen zur Verfügung. InteressentInnen für eine solche Veranstaltung melden sich bitte frühzeitig zwecks Terminabsprache im Büro der Kampagne in Idstein. Auch wer die Kampagne aktiv oder finanziell unterstützen möchte oder gerne weitere Informationen hätte, kann sich an folgende Adresse wenden:

Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen"
Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein, Tel: 06126/55683, Fax: 06126/54660

Kriegswaffen - keine Handelsware

Über Pfingsten 1993 fanden in Peenemünde/Usedom Proteste gegen den Export von NVA-Kriegsschiffen nach Indonesien statt. Dem nicht öffentlichen Aufruf der Initiativgruppe "Timor und kein Trupp" waren etwa 300 Menschen gefolgt. Sie beklebten den Weg zu den Kriegsschiffen mit Plakaten, die die Konterfeis der Mitglieder des Bundessicherheitsrates trugen: "Der Beihilfe zum Völkermord dringend verdächtig". Etwa 150 Personen besetzten vier der Schiffe, bemalten diese und befestigten Transparente. Einige führten auch direkte Abrüstungsmaßnahmen durch. Der "Schaden" soll eine halbe Million Mark betragen haben. Für diesen sollen derzeit zwei Dresdner verantwortlich gemacht werden, deren Personalien im Hafengelände von der Polizei festgestellt wurden. Das Ermittlungsverfahren läuft noch.

Mit einem "Mahntrommeln für die Opfer deutscher Rüstungsexporte" am Hafenufer spornte die UnterstützerInnengruppe die am dritten Tag verbliebenen sieben BesetzerInnen an, die sich in einem U-Boot-Jäger verbarrikadiert hatten. Von den für das Rüstungsgeschäft verantwortlichen Politikern zeigte sich niemand gesprächsbereit. Aber dennoch: Durch die dreitägige Besetzungsaktion konnte eine breite Öffentlichkeit erreicht werden. Alle bisherigen Proteste gegen den Rüstungsdeal waren ungehört geblieben. Beteiligt an der Aktion waren Mitglieder der Ex-DDR-Oppositionsbewegung, Totalverweigerer, Graswurzelbewegte und Mitglieder von Watch Indonesia.

Es folgten noch weitere Aktionen, z.B. bei der Menschenrechtskonferenz in Wien unter dem Motto "Frieden heucheln - Waffen liefern: Copyright Germany" und bei der öffentlichen Vereidigung von Rekruten in Halle/Saale (s. weiterer Kasten).

Es wurde versucht, eine einstweilige Verfügung gegen die Ausfuhr der Kriegsschiffe zu erwirken; auch eine Verfassungsklage wurde erwogen (Art. 26 GG besagt: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht unternommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen"). Als Privatperson kann jedoch niemand klagen, weil unterstellt wird, mensch wäre nicht persönlich betroffen. TimoresInnen fallen nicht unter deutsches Recht.

Mittlerweile haben die ersten Kriegsschiffe ihren Bestimmungsort längst erreicht. Doch einige der Schiffe liegen nach wie vor in den Werften von Rostock und Wolgast.

Nähere Informationen sind zu erhalten bei: boot e.V., Tel/Fax: 0351-53749; Neues Forum Dresden, Tel: 0351- 4845508 oder Umweltbibliothek Berlin, Tel: 030/6097771

"Jäger 2000 stoppen - Soziale Sicherheit schaffen"

Am 7. März 1994 wurde die Kampagne "Jäger 2000 stoppen - Soziale Sicherheit schaffen" mit einer Pressekonferenz in Frankfurt gestartet. Mehr als 20 Sozial- und Umweltverbände sowie Gruppen und Organisationen aus der Friedensbewegung haben sich hierzu zusammengeschlossen. Bis zur Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 wollen sie durch öffentlichen Druck die Bedingungen für eine Parlaments- und Regierungsentscheidung herstellen, den "Jäger 2000" nicht zu produzieren und auch kein anderes Jagdflugzeug anzuschaffen. Die hierdurch freiwerdenden Finanzmittel sollen alternativ im Sozial- und Umweltbereich investiert und für die Schaffung sozial und ökologisch sinnvoller und zukunfsträchtiger Arbeitsplätze verwandt werden. Um den nötigen politischen Druck im Wahljahr 1994 zu schaffen, sind unter anderem eine Unter- schriftenaktion, Abgeordneten- und KandidatInnen-Befragungen, Informationsstände bei Wahlveranstaltungen und eine "Volksbefragung" am 16. Oktober, dem Tag der Bundestagswahl, geplant. Wer sich an einigen dieser Aktionen beteiligen will oder noch weitere Informationen haben möchte, kann sich an folgende Adresse wenden:

Zentrales Koordinationsbüro der Kampagne "Jäger 2000 stoppen - Soziale Sicherheit schaffen!"
c/o Pax-Christi-Sekretariat, Martin Herndlhofer, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel, Tel: 06101/2073, Fax: 06101/65165

Wollen Bauern nur mit Städtern telefonieren?

Der Maitland-Report der Internationalen Fernmeldeunion

Der Maitland-Report "The Missing Link" von 1985 ist das klassische entwicklungspolitische Basisdokument der Internationalen Fernmeldeunion (ITU). Nach "The Missing Link" hat die ITU 1989 zwar noch einen Folgebericht veröffentlicht. Der allerdings beschränkt sich im wesentlichen auf Politikstrategien und ist daher für unsere Fragestellung von nachrangiger Bedeutung.
Der Maitland-Report und dessen ideologische Grundlagen wurden in der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik so gut wie niemals thematisiert. Es spricht somit vieles dafür, daß sich eine kritische entwicklungspolitische Öffentlichkeit endlich dieser Thematik annimmt.



Die Kommunikationskanäle, die die ländlichen Gebiete an die Metropole anbinden, gelten als die einzig wichtigen...

Seit den 70er Jahren sind beträchtliche Mittel dafür aufgewendet worden, Politiker und Planer in der Dritten Welt von der eminenten Bedeutung der Telekommunikation für den Entwicklungsprozeß zu überzeugen. Agenturen wie die International Telecommunication Union (ITU), die Weltbank und das Development Centre der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) haben zahllose Forschungsprojekte finanziert, die mit empirischen Daten und Belegen die Behauptung untermauern sollten, Telekommunikation trage erheblich bei zu Wirtschaftswachstum, Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und einer gerechteren Verteilung der erwirtschafteten Gewinne[1].

Der Bericht der Maitland-Kommission ("Unabhängige Kommission zur weltweiten Entwicklung des Fernmeldewesens", so ihr formeller Titel), im Januar 1985 unter dem Titel The Missing Link (Die Fehlende Verbindung) vorgelegt, ist der umfassendste und wohl bekannteste Versuch, die Ergebnisse und Implikationen dieser Forschungsarbeit den Verantwortlichen "auf der höchsten politischen Ebene"[2] nahezubringen. In dem Bericht heißt es: "In den Industrieländern ist das Fernmeldewesen zu einem selbstverständlichen Schlüsselfaktor im wirtschaftlichen, kommerziellen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben geworden. Darüber hinaus wird die Telekommunikation in diesen Ländern als ein Motor des Wachstums und ein wichtiger Faktor für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand betrachtet. Bei dem gegenwärtigen Tempo der technologischen Entwicklung werden die Länder der industrialisierten Welt bis zum Ende dieses Jahrhunderts in den vollen Genuß aller Vorteile der sogenannten Informationsgesellschaft gelangen. Die Situation in den Entwicklungsländern steht dazu in krassem Gegensatz. In einer Mehrzahl der Fälle reicht das Telekommunikationssystem nicht einmal aus, um die wichtigsten Dienstleistungsfunktionen aufrechtzuerhalten. In vielen Gegenden besteht gar kein Fernmeldenetz. Eine solche Diskrepanz ist weder unter humanitären Gesichtspunkten noch aus Gründen des Gemeinwohls vertretbar."[3]

In ihren 30 Empfehlungen forderte die Kommission: "daß die Entwicklungsländer ihre Entwicklungspläne überprüfen und sicherstellen, daß sie den Investitionen in den Fernmeldebereich genügend Priorität einräumen. Wir empfehlen weiterhin, daß die Entwicklungsländer den Fernmeldebereich bei allen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprojekten angemessen berücksichtigen und bei ihren Projektanträgen den entsprechenden Nachweis erbringen."[4]

Das Thema dieses Aufsatzes ist eine kritische Analyse der wichtigsten Postulate, die den Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Maitland-Kommission zugrundeliegen. Mehrere Fragen sollen behandelt werden: Warum ist die Entwicklung der Telekommunikationsinfrastrukturen in der Dritten Welt heute eine Priorität der ITU und anderer internationaler Organisationen? Wird die Ausweitung hochwertiger Telekommunikationsnetze auf zuvor gar nicht oder unterversorgte ländliche und abgelegene Gegenden die Ungleichheiten in diesen Ländern ver-

schärfen oder ausgleichen? Dabei sei auch auf die Relevanz der folgenden Diskussion über den Kontext der Dritten Welt hinaus verwiesen.

Hintergrund

Die verstärkte Aufmerksamkeit, die internationale Organisationen und Finanzierungsagenturen wie die ITU, Weltbank und die OECD ebenso wie bilaterale Hilfsorganisationen und kommerzielle Banken der Telekommunikation zuwenden, läßt sich durch ein Zusammentreffen von internationalen und nationalen Faktoren erklären.

In den Dritte Welt Ländern selbst waren folgende Entwicklungen von Bedeutung:



Wie im Westen hat die Ausbreitung der Computertechnik die Nachfrage nach verläßlichen Datenübermittlungssystemen und anderen spezialisierten fernmeldetechnischen Einrichtungen entstehen lassen. Diese Entwicklung war besonders deutlich im außenwirtschaftlichen Bereich, wo die Länder der Dritten Welt mit anderen Ländern auch auf der Ebene höher entwickelter Informations- und Kommunikationstechnologien kommunikationsfähig bleiben mußten.[5] Die Bereiche Militär und Sicherheit, die sich stets am Beispiel ihrer fortschrittlicheren Schwesterorganisationen im Westen orientieren, erkannten ebenfalls zunehmend den Wert von Telekommunikationseinrichtungen und bilden eine wichtige Lobby für die Einführung moderner Telekommunikationstechnologien.[6] Auch einheimische Transportunternehmen, Verwaltungsbehörden sowie Handel und Industrie verlangen bessere Fernmeldeeinrichtungen. Die langen Wartelisten in den meisten Dritte Welt-Ländern beweisen das Interesse der Mittelklasse an Telefonen[7]. Die Industriepolitik ist ein wichtiger indirekter Faktor in Ländern wie Indien und Südkorea, wo die Ausweitung der inländischen Märkte für Telekommunikationsgerät zur Entwicklung und Konsolidierung der heimischen Elektroindustrie beiträgt[8].

Telekommunikation und Integration

Die Maitland-Kommission wiederholt und untermauert die in akademischen und politischen Kreisen gängige Behauptung, Fernmeldenetze seien neutrale Leitungssysteme, Zugang zu Telekommunikation sei in jedem Fall etwas Positives und Kommunikationsnetze sowie mit ihrer Hilfe transportierte Information brächten allen Beteiligten Vorteile: "Die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile, die ein leistungsfähiges Fernmeldesystem für eine Gruppe oder eine ganze Nation mit sich bringt, liegen klar auf der Hand. Verbindungen zwischen den ländlichen und städtischen Gebieten rund um die Uhr sind sowohl aus sozialen wie ökonomischen Gründen wichtig, und die telefonische Anbindung entlegener Gebiete ist ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung der nationalen Infrastruktur. Die Ungleichheiten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten können abgebaut und folglich die Wanderungsströme vom Land in die Stadt eingedämmt werden. Dies wiederum steigert die Produktivität und stimuliert ganz allgemein die Wirtschaft in den ländlichen Gebieten. Die Lebensqualität im ganzen Land läßt sich auf diese Weise verbessern."[9]

Zum ersten wird von der Annahme ausgegangen, Integration sei eine Vorbedingung für Entwicklung. Integration läßt sich in diesem Zusammenhang definieren als die Verbindung und Homogenisierung bisher unterschiedlicher Gemeinschaften auf der nationalen Ebene[10]. Zum zweiten betrachtet die Kommission die Entwicklung eines nationalen Fernmeldesystems als wesentliche Voraussetzung für nationale Integration. Zuverlässige Telefonverbindungen zwischen städtischen und ländlichen/entlegenen Gebieten werden die Regierung in die Lage versetzen, ihre Verwaltung besser zu koordinieren, die innere Sicherheit zu stärken, und die Einbindung der ländlichen Wirtschaft in die gesamte Volkswirtschaft durch die Intensivierung der Handelsströme erleichtern. Zum dritten zeigt sich am Eintreten der Kommission für die Telekommunikation als wichtiges Mittel zur Entwicklung eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls und einer nationalen Kultur, daß sie vom Standpunkt der Administration oder von oben nach unten argumentiert. Integration in der Definition durch die nationalen Politikverantwortlichen kann sich durchaus grundlegend von den Auffassungen der verschiedenen ethnischen Gruppen unterscheiden. Diese Voreingenommenheit der Kommission ist angesichts ihres Auftrags und ihres Adressatenkreises nicht verwunderlich.

Integration ist für die meisten Telekommunikations- und Entwicklungsforscher ein unproblematisches Konzept. Die Tatsache, daß Integration das Recht der ländlichen Gemeinschaften auf Definition ihrer eigenen Entwicklungsprioritäten schmälert, wird außer acht gelassen. So ist wahrscheinlich, daß verbesserte wechselseitige Kommunikation zwischen Stadt und Hinterland in relativ kurzer Frist die lokalen Händler in den Ruin treibt und langfristig die Auflösung bis dahin relativ unabhängiger politisch-ökonomischer Gruppen im großen Ganzen bewirken[11]. Die integrative Rolle von Kommunikation und Transport ist von Historikern und Sozialwissenschaftlern sehr ausführlich diskutiert worden. Garretsons Analyse der Auswirkungen von Telefon und Telegraf auf das politische, wirtschaftliche und religiöse Leben in Äthiopien Anfang des 20. Jahrhunderts ist eines der jüngeren Beispiele. Garretson stellt fest:

"Das Fernsprech- und Telegrafensystem trug dazu bei, die Macht in Addis Abeba zu konzentrieren, da der Kaiser mit abgelegenen Provinzen in Stunden und nicht mehr etwa in Wochen oder Monaten in Verbindung treten konnte. Es stärkte jedoch auch die Autorität des Hochadels, und zwar meist auf Kosten der Bauern und Leibeigenen, die zur Finanzierung von Wartung und Betrieb des Systems neue Steuern auf sich nehmen mußten. Andererseits profitierten auch die Händler sehr stark von dem System, da schnelle Geldüberweisungen vorgenommen oder die neuesten Marktkurse einer bestimmten Ware erfahren werden konnten."[12]

Daß es wünschenswert sei, kleine oder weniger einflußreiche Einheiten in große und mächtige auch um den möglichen Preis lokalen Autonomieverlusts zu integrieren, ist eine Annahme, die nur selten in Frage gestellt wird. Einiges spricht dafür, daß es mehr ist als eine schlichte Annahme, daß es sich dabei vielmehr um einen der Grundwerte der Telekommunikation oder jeder Art von institutionalisierter Kommunikation generell handelt. (...).

Institutionalisierte Kommunikation wird erforderlich durch eine einigermaßen komplexe weltumspannende Arbeitsteilung. Eine derartige Arbeitsteilung muß notwendigerweise die Autonomie der daran beteiligten Einheiten beschneiden, seien es nun Individuen oder Gruppen. Die Frage nach dem Wirtschaftssystem spielt dabei keine Rolle.

Arbeitsteilung gibt es auch innerhalb in sich abgeschlossener, geographisch kompakter Einheiten wie einzelner Dörfer. Das klassische Beispiel dafür ist das Kastensystem. Diese Art von Gesellschaft braucht keine unmittelbare umfassende Kommunikation. Erst wenn die Arbeitsteilung sich auf alle Gebiete ausgedehnt hat und die Autar-

kie der Dorfgemeinschaft ausgehöhlt ist, gewinnt dieses Bedürfnis an Bedeutung. Natürlich leben die meisten Bevölkerungsgruppen in der Dritten Welt nicht mehr im Zustand ursprünglicher Selbstgenügsamkeit. Das besondere Interesse sollte also denjenigen Gemeinschaften gelten, die relativ wenig Außenkontakte haben. Welche Auswirkungen wird die Einführung der Telekommunikation in solchen Gemeinschaften haben? Wie werden sich die bestehenden internen Kommunikationsnetze verändern, ebenso wie die bestehenden Verbindungen mit der Außenwelt? Ausmaß und Wesen von Veränderungen lassen sich nur dann wirklich erfassen, wenn ein Vergleich zwischen dem neuen und dem alten Zustand angestellt wird.

Angepaßte Technologie

Die unkritische Übernahme der Integrationsprämisse wirkt sich vor allem in zweierlei Hinsicht auf die Politikformulierung aus. Zum ersten wird dadurch die Auswahl der möglichen Optionen von vornherein begrenzt. Zum zweiten besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß die daraus resultierende Kommunikationspolitik ohnehin knappe Mittel verschwendet und, noch folgenschwerer, die Mechanismen einer fortdauernden Unterentwicklung verstärkt.

Diese Implikationen werden deutlich, wenn man die Position der Maitland-Kommission zu angepaßten Telekommunikationstechniken für ländliche Gebiete untersucht. Die Kommission führt dazu aus:

"Um das Telefonnetz auch in entlegene Gebiete auszudehnen, muß unter Umständen über mehrere hundert Kilometer ein zentrales Übermittlungssystem per Mikrowelle oder andere Mehrfachschaltungssysteme eingerichtet werden. Anschließend müssen einzelne Leitungen zu den entlang der Zentraltrasse verstreut lebenden kleinen Gemeinden gelegt werden, in den verschiedensten Abständen vom jeweils nächsten Verbindungspunkt. Außerdem gibt es sogenannte thin route Satellitenverbindungen und terrestrische Funksysteme, die ohne ein solches zentrales Verbindungsnetz auskommen können. Aber selbst unter Verwendung der billigsten Technologien liegen die Kosten pro Anschluß in abgelegenen Gebieten durchschnittlich etwa fünfmal so hoch wie die in dicht besiedelten Gegenden.

Administrationen konzentrieren daher ihre Neuinvestitionen häufig auf die dichtbesiedelten Gebiete und tun sich schwer, größere Ausgaben für die entlegenen Gebiete zu rechtfertigen. In der Tat ist ein Ausbau des Telefonnetzes in den abgelegenen Gebieten wenig sinnvoll, solange das System in den Städten nicht umfassend ausgebaut ist und effizient arbeitet, sonst nämlich könnten die Menschen in diesen Gegenden ohnehin niemanden telefonisch erreichen."[13]

Die Kommission beurteilt die Eignung der verschiedenen Kommunikationstechnologien vor allem nach dem Kriterium der Effizienz, mit der sie geographisch weit auseinanderliegende Punkte verbinden (Verbindungen zwischen verschiedenen Ortschaften und Gemeinschaften, in der Regel zwischen Metropole und Hinterland). Die Problematik wird verengt und reduziert auf die Alternative zwischen einem starren zentralen Leitungssystem und der flexiblen Satellitentechnik. Wie effektiv diese Technologien geographisch benachbarte Punkte vernetzen (Verbindung innerhalb von Ortschaften oder Gemeinschaften), diese Frage wird nicht gestellt. Nach Auffassung der Kommission ist das auch nicht nötig: Die Landbevölkerung will offenbar nur mit den Menschen in der Stadt telefonieren. Von dieser unsinnigen Annahme gehen auch die zahllosen empirischen Untersuchungen zu den möglichen Kosten des Ausbaus von Fernmeldeeinrichtungen in ländlichen und abgelegenen Gebieten aus. Die Kommission stellt fest, ein Telefonanschluß auf dem Lande sei fünfmal so teuer wie in städtischen Gebieten. Dabei bezieht sie sich natürlich auf die Kosten für die Herstellung von Fernverbindungen zu Landbewohnern. Die Frage nach den Kosten für lokale Telefonnetze wird überhaupt nicht gestellt.

Die Integrationsprämisse ist Grundlage für die Entscheidung zugunsten bestimmter Technologien sowohl bei den Regierungen in der Dritten Welt als auch bei der Maitland-Kommission. Eine grundlegende Analyse einer ländlichen Gemeinschaft und ihrer Verbindungen mit nationalen und internationalen Schauplätzen des Geschehens ergibt möglicherweise, daß es im Interesse der Mehrzahl ihrer Mitglieder wäre, parallel zu oder sogar vor dem Aufbau neuer Außenverbindungen die lokalen Telekommunikationsnetze zu verbessern. Eine derartige Analyse muß auch solche Technologien einbeziehen, die nicht von ihrer Anlage her bereits den Fernverkehr begünstigen[14].

Die Internationale Fernmeldeunion ITU

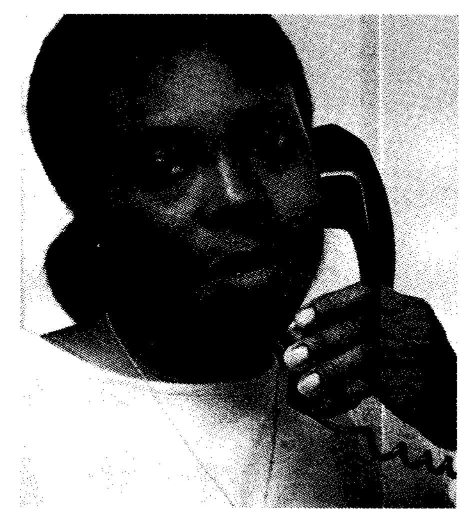
Nachdem in den hitzigen Debatten um eine Neue Internationale Informationsordnung die UNESCO 1980 ihren Bericht "Viele Stimmen - eine Welt" unter ihrem Chairman Sean MacBride veröffentlicht hatte, brachte das kurz danach die internationale Ächtung dieser UN-Organisation mit sich. England, die USA und Singapur verließen die UNESCO, weil sie den "freien Informationsfluß" gefährdet sahen.

Da der Westen aber immer noch ein internationales Forum benötigte, um seine Hegemonialinteressen im Bereich der internationalen Kommunikationspolitik artikulieren zu können, fand nun ein Wechsel von der UNESCO (wo man ja auch über so schwierige Themen wie Kultur redet) zu technischen Unterorganisationen der UN statt. Das waren insbesondere die Welturheberrechtsorganisation (IPO) und die internationale Fernmeldeunion (ITU); außerhalb der UN war das insbesonders die Uruguay-Runde des GATT.

Der von der ITU 1985 vorgelegte Bericht "The Missing Link" ist die technokratische Antwort auf den MacBride-Bericht. Sprach dieser von Abhängigkeit, so ging der ITU-Bericht von weltweiten Interdependenzen aus; ging es im MacBride-Bericht um Gerechtigkeit, so konzentrierte sich der ITU-Bericht auf nicht näher definierte Modernisierungen. Waren in der MacBride-Kommission prononcierte kritische Stimmen aus der Dritten Welt vertreten wie z.B. Gabriel Garcia Marquez, so hatte sich in der entsprechenden ITU-Kommission Vertreter der etablierten Elite aus der Dritten Welt versammelt.

Zentralismus

Die meisten Staaten der Dritten Welt sind eher zentralistisch strukturiert. Die vorherrschenden Entwicklungsmodelle, ganz gleich ob sie von einem rein ökonomisch bestimmten Entwicklungsbegriff oder von stärker dissoziativen Ansätzen ausgehen, weisen dem Staat eine dominierende Rolle zu und erlauben lokalen Gemeinschaften kaum Mitwirkung an wichtigen Entscheidungsprozessen. Selbst der Ansatz, wonach zuerst die Grundbedürfnisse zu befriedigen seien, geht im Kern von der Vorstellung aus, die Initiative zur Erreichung dieses Ziels werde von den Städten (oder den westlichen Nationen) in Richtung auf die ländlichen Gebiete ausgehen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß alle nützliche Information in den Städten vermutet wird und daß die Kommunikationskanäle, die die ländlichen Gebiete an die Metropole anbinden, als die einzig wichtigen gelten. Diese Auffassung trifft sich auch mit den



Wünschenswert....

Sicherheitsinteressen der Dritte-Welt-Staaten, einem Schlüsselfaktor der Telekommunikationspolitik, der von den Verantwortlichen aus einleuchtenden Gründen heruntergespielt und von der Wissenschaft unerklärlicherweise ignoriert wird. Der folgende Auszug aus einer Erklärung des senegalesischen Staatsoberhaupts bei der Einweihung einer weiteren Teilstrecke des panafrikanischen Telekommunikationsnetzes zeigt, welch hoher Stellenwert den Sicherheitsbedürfnissen in bezug auf Telekommunikationssysteme eingeräumt wird:

"Mehr als jedes andere Kommunikationssystem gehört die Telekommunikation im wesentlichen in den Zuständigkeitsbereich des Staates. Alle damit verbundenen Fragen werden daher unter den Gesichtspunkten Sicherheit, Strategie und Souveränität behandelt. Die Entwicklung des Fernmeldewesens erfüllt drei wichtige Funktionen:

- eine Sicherheitsfunktion,
- eine gesellschaftliche Funktion und
- eine wirtschaftliche Funktion. Die Kommunikation bleibt eines der wichtigsten Instrumente in unserem Streben nach nationaler und regionaler wirtschaftlicher Integration."[15]

Schluß

Das uneingeschränkte Eintreten der Maitland-Kommission für die Telekommunikation konnte niemanden überraschen - deren Bedeutung in Frage zu stellen gehörte nicht zu den Aufgaben der Kommission. Zweck ihrer Arbeit war es vielmehr, die Verantwortlichen in der Dritten Welt von der Notwendigkeit höherer Investitionen in die Telekommunikation zu überzeugen. Darüber hinaus haben die meisten Kommissionsmitglieder ein spezielles Eigeninteresse an einer Prioritätensetzung zugunsten der Telekommunikation in der Dritten-Welt: viele sind mit Firmen aus der Fernmeldeanlagenbranche assoziiert oder haben führende Positionen in den PTTs von Dritte Welt-Ländern.

Unsere Schlußbemerkungen richten sich daher an Akademiker und Praktiker der Kommunikationsforschung. Wir können nicht davon ausgehen, die Einführung von Telekommunikationstechnologie werde auf wundersame Weise asymmetrische Machtverhältnisse und rigide Sozialstrukturen aufbrechen. Die herrschenden Institutionen bestimmen weitgehend über den Einsatz von Kommunikationstechnologien. Die Einführung einer neuen Technologie kann zwar Wandlungsprozesse innerhalb dieser Institutionen beeinflussen, aber die Veränderungen werden eher adaptiver Natur sein[16]. Zudem werden sich die herrschenden Institutionen in der Regel für solche technologischen Lösungen entscheiden, die sich problemlos in die bestehende Machtstruktur einfügen.

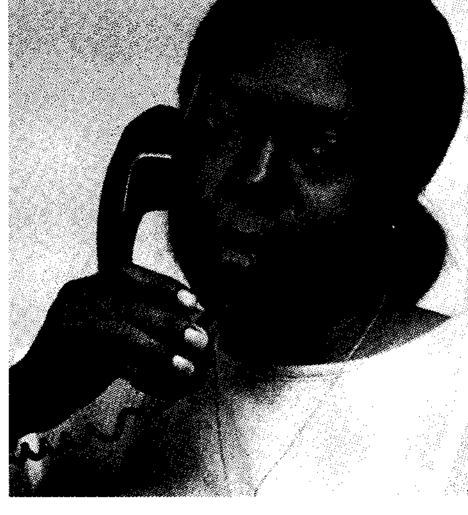
Dennoch vertreten wir die Meinung, daß der fragmentarische und veränderliche Charakter von Machtstrukturen den Verfechtern politischer Strategien die Chance gibt, die verschiedenen Widersprüche innerhalb des Systems auszunutzen und so wünschenswerte Veränderungen zu bewirken.

Peter Shields
Rohan Samarajiva
Department of Communication der Ohio State University in Columbus, USA

Von der Redaktion stark gekürzter Auszug aus dem gleichlautenden Artikel in Jörg Becker (Hrsg.): Fern-Sprechen. Internationale Fernmeldegeschichte, -soziologie und -politik, Berlin: Vistas Verlag 1994, 471 Seiten, 98 DM

Anmerkungen:

1) Zum Beispiel H.E. Hudson, E.B. Parker und A. Hardy (Hrsg.), The Role of Telecommunications in Socio-Economic Development. A Review of the Literature with Guidelines for Further Investigation, Genf: ITU 1979; W.B. Pierce und N. Jéquier, Telecommunications for Development, Genf: ITU 1983; R.J. Saunders, J.J. Warford und B. Wellenius, Telecommunications and Economic Development, Baltimore 1983.
2) Independent Commission for World-Wide Telecommunications Development, The Missing Link, Genf: ITU 1985, S. 5.
3) Ebenda S. 3.
4) Ebenda S. 58.
5) Vgl. C. Sullivan, Overcoming the Telecommunications Bottleneck: The Effect of Information Sector Growth on Telecommunication Policies in Ireland and South Korea. Vortrag auf der 38. Konferenz der International Communication Association, New Orleans, Mai 1988.
6) Vgl. H. Ng'weno, Examples of Socio-Economic Effects of Telecommunications, in: Africa Telecom '86: Bridging the Missing Link, Genf: ITU 1986.
7) Vgl. S.N. Kaul, Emerging Trends in Telecommunications in India, 1987-2000, in: D.J. Wedemeyer und M.R. Ogden (Hrsg.), Telecommunications and Pacific Development: Alternatives for the Next Decade, Honolulu: PTC 1988, S. 523-526.
8) Vgl. C. Brundenius und B. Göransson, The Quest for Technical Self-Reliance: The Case of Telecommunications in India, Lund: Universität von Lund (Schweden) 1985; siehe auch W.W. Ambrose, Rural Telecom: Growing Market for Digital Exchanges, in: D.J. Wedemeyer und M.R. Ogden, Telecommunications and Pacific Development, a.a.O., S. 289-293.
9) Independent Commission for World-Wide Telecommunications Development, The Missing Link, a.a.O., S. 10.
10) Vgl. R. Samarajiva und P. Shields, Value Issues in Telecommunication Resource Allocation in the Third World, in: S.B. Lundstedt (Hrsg.), Telecommunications, Values and the Public Interest, Norwood, NJ: Ablex 1989.
11) Vgl. A. Gillespie, Telecommunications and the Development of Europe's Less-Favoured Regions, a.a.O., S. 231.
12) P.P. Garretson, Ethiopia's Telephone and Telegraph System, 1897-1935, in: Northeast African Studies 2, 1/1980, S. 59
13) Independent Commission for World-Wide Telecommunications Development, The Missing Link, a.a.O., S. 22-23.
14) Vgl. R. Samarajiva und P. Shields, Value Issues in Telecommunication Resource Allocation in the Third World, a.a.O. für ein Alternativszenarium zur Satellitenoption.
15) ITU: Information, Telecommunications and Development, a.a.O., S. 41.
16) Vgl. J.H. Clippinger, Who Gains by Communication Development?. Arbeitspapier für das Program on Information Technologies and Public Policy (76-1), Harvard University, Januar 1976.



... ist eine Vernetzung geographisch benachbarter Punkte

Frauen sagen Nein zu ihrer Entmündigung

Treffen von Frauen-NGOs in Bangladesch

Am 20. Dezember 1993 berichteten mehrere Tageszeitungen in Bangladesh über die Deklaration von Comilla, die von Frauen aus 23 Ländern gemeinsam während eines Symposiums erarbeitet worden war. "The Bangladesh Observer" titelte auf der ersten Seite mit der Zeile: „Bevölkerungspolitik ist eine Strategie der Eliten zur Sicherung der Ressourcen" und stellte nahezu unkommentiert Auszüge aus der provokativen Deklaration vor. Diese stellte einige der gängigen Sichtweisen auf den Kopf und zeigte Bangladesh einmal nicht als tragisches Opfer von "Überbevölkerung", zu dessen Rettung westliche Experten, bevölkerungspolitische Maßnahmen und Verhütungsmittel vonnöten sind.



Frauendemonstration am 8. März 1993 in Dhaka, Bangladesch

Zwischen dem 12. und dem 15. Dezember 1993 trafen sich 61 Frauen aus 23 Ländern in Comilla, Bangladesh zum Symposium: "People's Perspectives on "Population".[1] Sie vertraten einzelne Gruppen oder internationale Netzwerke oder waren Einzelpersonen, die gegen Bevölkerungspolitik engagiert sind.[2] Die meisten Frauen kamen aus asiatischen Ländern, etwa ein Drittel der Frauen war aus dem Norden angereist. Im Mittelpunkt des Symposiums stand die kritische Auseinandersetzung mit der Ideologie der "Überbevölkerung" und mit Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt. Die Ablehnung und Kritik der Bevölkerungspolitik wollten die Frauen noch vor der UN-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) , die im September 1994 in Kairo stattfinden wird, öffentlich machen, um damit die im Vorfeld der Konferenz stattfindenden Debatten und Medienberichterstattungen zu beeinflussen. Die UN-Konferenz in Kairo hat zum Ziel, den internationalen Konsens für umfassendere Maßnahmen zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums in den kommenden Jahren festzuschreiben. Dies, so die Frauen des Symposiums in Comilla, beruht auf der falschen Annahme, nicht der verschwenderische Lebensstil in den reichen Ländern des Nordens gefährde das Überleben des Planeten, sondern das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt.

Menschen als Variablen

Farida Akhter von UBINIG führte in ihrer Begrüßungsrede aus, warum das Wort "Population" (Bevölkerung) im Titel des Symposiums in Anführungszeichen gesetzt ist. Menschen werden in bevölkerungspolitischen Programmen als Masse verhandelt, sie werden als statistische Größen und demographische Problemfelder betrachtet, deren Quantität aufgrund sicherheitspolitischer oder ökonomischer Interessen beeinflußt werden soll. Die dem Süden aufgezwungene Bevölkerungskontrollpolitik sieht "Population" als Variable, die aufgrund ökonomischer und ökologischer Kalkulationen und Prognosen verändert werden muß. Diese Sichtweise, so Farida Akhter, ist Ausdruck einer langen rassistischen Tradition, einer kapitalistischen und patriarchalen Herrschaft.

Das Symposium fand zwei Stunden Busfahrt von Dhaka entfernt, in der "Bangladesh Academy of Rural Development" statt. Während des Symposiums sollte eine Deklaration verabschiedet werden, deren Inhalt in sieben Arbeitsgruppen erarbeitet und in mehreren Plenumssitzungen diskutiert wurde. Das breite Themenspektrum umfaßte die Neue Weltwirtschaftsordnung,

Umweltpolitik und Ökologie, die Rolle der internationalen Einrichtungen, die Bevölkerungspolitik betreiben, die Rolle der Pharma-Multis und der WHO, Gen- und Reproduktionstechnologien, Bedürfnisse und Forderungen von Frauen, Gesundheit und traditionelles Wissen, die UN-Konferenz zu Umwelt und Bevölkerung in Kairo, die Ideologie der "Überbevölkerung" und der Bevölkerungskontrolle, deren Sprache und Bilder. Vor dem Hintergrund der vielen unterschiedlichen Erfahrungen, die die Frauen einbrachten, ergab sich eine Vielzahl an Perspektiven und verschiedenen Herangehensweisen. Alle gewonnenen Erkenntnisse in einer einzigen Erklärung zusammenzufassen, schien nahezu unmöglich . Auf wenige Seiten komprimiert, geht in der Abschlußerklärung die Lebendigkeit und Differenziertheit der Diskussionen etwas unter, nicht aber die Vehemenz, mit der Bevölkerungspolitik abgelehnt wird:

Aus der Deklaration:

Wir lehnen Bevölkerungspolitik ab:
- Bevölkerungspolitik hat zum Ziel, über die Körper, die Fruchtbarkeit und das Leben von Frauen zu bestimmen, denn bisher sind es immer noch die Frauen, die Kinder bekommen.
- Bevölkerungspolitik ist eugenisch. Sie spricht den einen das Recht auf Überleben zu und spricht es anderen ab: indigenen Völkern, Behinderten, Schwarzen. Sie hat das Ziel, die Armen abzuschaffen, nicht die Armut.
- Bevölkerungspolitik ist imperialistisch. Sie verfolgt die Interessen der privilegierten Eliten im Norden und im Süden, die ihren Lebensstil des Überkonsums verteidigen.

Aus allen Ländern wurden Beobachtungen, Erfahrungen und neue Informationen ausgetauscht, um neue Entwicklungen in der Bevölkerungspolitik einschätzen zu können.

Von einem lateinamerikanischen Frauentreffen in El Salvador wurde berichtet, daß US-AID (die wichtigste staatliche Stelle in den USA für Bevölkerungspolitikprogramme in der Dritten Welt) Feminstinnen für ihre Teilnahme an der nächsten UN-Frauenkonferenz Gelder anbietet. Diese wird 1995 in Bejing, in China stattfinden. Gleichzeitig versucht US-AID, die inhaltliche Ausrichtung dieser Konferenz zu bestimmen.

Das neue frauenfreundliche Image der bevölkerungspolitischen Organisationen

Der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) richtete in Nicaragua eine Art Vermittlerstelle zwischen Frauen-NGOs und UN-Einrichtungen ein. Man hofiert dort engagierte Frauen und versucht sie in Diskussionen über eine "neue Bevölkerungspolitik" einzubeziehen. Feministinnen werden eingeladen, an Konferenzen und Tagungen teilzunehmen, um dort das Thema zu diskutieren. Ebenfalls in Nicaragua, wo das Wort Bevölkerungspolitik bislang nahezu unbekannt war, hat US-AID begonnen, große Geldsummen in Projekte wie Pro-Familia zu investieren. Auch Frauengruppen wird finanzielle Unterstützung angeboten. US-amerikanische Stiftungen wie Mc Arthur, Ford und Rockefeller, aber auch internationale Organisationen wie Weltbank und UNFPA scheinen um den Einbezug von Feministinnen ebenso wie um ein fortschrittliches und vor allem frauenfreundliches Image bemüht.

Vor Ort, z.B. in der Forschung und Anwendung von Verhütungsmitteln läßt sich der frauenfreundliche Ansatz allerdings nicht weiterverfolgen. Aus verschiedenen Ländern wurde berichtet, daß der Einsatz von Langzeitverhütungsmitteln forciert wird. Norplant oder der noch in der Forschung befindliche Antischwangerschaftsimpfstoff sind an den Interessen der Kontrolleure und nicht an den Bedürfnissen der Benutzerinnnen orientiert.

Wie bevölkerungspolitische Maßnahmen nach vorher festgelegten Plansollzielen (target oriented approach) in Indonesien durchgeführt wurden, berichtete eine Aktivistin, die eine Studie zur "Familienplanung" verfaßt hat. Indonesien gilt laut Weltbankbericht als eindrückliches Beispiel für eine äußerst erfolgreiche demographische Umwandlung, die in weniger als zwei Jahrzehnten stattgefunden hat. Im Weltbankbericht mißt sich der Erfolg in Zahlen: die Fruchtbarkeitsrate wurde von 5,6 auf 3,4 gesenkt, die "CPR - Couple Protection Rate" (Rate der Paare, die verhüten) stieg von weniger als 10% auf 45%. Nicht erwähnt wird, wie diese angeblichen Erfolge erzielt wurden. Die Studie berichtet von einer Reihe von Zwangsmaßnahmen. Unter anderem wurden an speziellen Tagen, wie dem "Tag der Mutter" oder "dem Tag der Armee", gemeinsam mit dem Militär "Safaris" veranstaltet, in denen die "Akzeptorinnen" für IUDs oder Norplant rekrutiert wurden. Nachdem die Plansollziele für jedes Dorf festgelegt waren, wurden die entsprechenden "Zielpersonen" aus den Häusern geholt. Je nach Programm wurde ihnen eine Spriale eingesetzt oder Norplant eingepflanzt. Wehrten sie sich, griff die Polizei und das Militär ein.

Aus Indien berichteten Frauen der Gruppe Saheli von einer Demonstration, die sie in Delhi gegen den Antischwangerschaftsimpfstoff organisiert hatten, der am dortigen Nationalen Institut für Immunologie erforscht und bereits in der zweiten Testphase an Frauen ausprobiert wird. Diese Aktion ist Teil einer internationalen Kampagne, die vor allem von Frauengruppen initiiert wurde. Sie fordert alle an der Forschung beteiligten Institute und Finanziers zu einem sofortigen Stopp der Forschung auf.

Die bevölkerungspolitischen Programme zwingen die Frauen des Südens, Verhütungstechnologien und -methoden zu benutzen, die oft ihr Leben und ihre Gesundheit ruinieren.

Für die Frauen des Südens werden langwirkende, injizierbare oder einpflanzbare hormonelle Verhütungsmittel entwickelt, die von den Herstellern, den Pharmakonzernen sowie den Ärzten kontrolliert werden (provider controlled) und nicht von den Frauen selbst. Sie manipulieren ihr Hormon- und Immunsystem und bewirken langfristige Veränderungen in ihrem Körper. Wenn Norplant einmal in ihrem Körper ist, kann die Frau es nicht mehr selbst entfernen.

Wir beobachten mit besonderer Sorge die Situation der indigenen Menschen in verschiedenen Ländern. Sie werden zur Kontrolle ihrer Fruchtbarkeit gezwungen, weil man ihnen ihr Land, ihr Eigentum und ihre Ressourcen wegnehmen will. Ihr traditioneller Umgang mit Fruchtbarkeit und mit der Entscheidung, wieviele Kinder sie haben wollen, wird ignoriert und durch moderne Technologien und Praktiken ersetzt, die zu ihrer Ausrottung beitragen.

Im Vorfeld der geplanten UN-Konferenz boomt ein internationaler Konferenz-Tourismus: mehrere Vorbereitungstreffen, sogenannte "Prepcoms", finden in New York statt; dort diskutieren Regierungsdelegationen und erstmals beteiligte NROs (Nichtregierungsorganisationen) um die Kairo-Agenda; die europäischen NROs wurden von UNFPA zu einem Treffen nach Genf eingeladen, um dort eine europäische Weltbevölkerungsföderation zu gründen. Sechs international besetzte Expertengruppen treffen sich in verschiedenen Ländern, eine diskutierte in Indien zum Thema: "Family Planning, Health and Family-well being". Darüber hinaus gibt es Treffen regionaler Gruppen.

Von der "Familienplanung" zur "Familienwohlfahrt"

In diese ausschweifende globale Inszenierung des Weltbevölkerungsproblems hat sich nun auch eine Allianz von Feministinnen eingebracht. Frauen dieser Allianz, aus Süden und Norden, haben eine Strategie entworfen, die zum Marsch durch die bevölkerungspolitischen Institutionen aufruft. In einer Deklaration mit dem Titel "Women's Voices 94"[3] stellen sie ihre Absicht vor, die Bevölkerungspolitik zu "feminisieren". In vielen Gruppen entfachte dies erbitterte Auseinandersetzungen um Reformpolitik, Vereinnahmung und die Gefahren des Dialogs. Auch die in Comilla versammelten Frauen befaßten sich mit dem Konzept der "Women's Voices 94", lehnten aber die Strategie der Reformierung und Humanisie-

rung von Bevölkerungspolitik unmißverständlich ab.

Eine genaue Bestimmung dessen, wer wo in der bevölkerungspolitischen Szenerie welche Interessen verfolgt, wird zunehmend schwieriger, da die bevölkerungspolitischen Institutionen selbst um ein frauenfreundliches Erscheinungsbild bemüht sind. Nicht zuletzt auf Grund des Scheiterns vieler bevölkerungspolitischer Programme wurden schon vor Jahren Worte, die mit negativen Assoziationen belegt sein könnten, durch positiv klingende Begriffe ersetzt: statt "Familienplanung" heißt es jetzt "Familienwohlfahrt" oder "Safe Motherhood" (die Weltbank vergab in Indonesien einen 102 Mio. Dollar-Kredit an ein "Safe Motherhood"-Programm. 95% dieser Gelder aber wurden für den Vertrieb von Norplant ausgegeben). Zunehmend werden Bezeichnungen wie „Bevölkerungspolitik", „Familienplanung" oder „Verhütung" vermieden und stattdessen Bezeichnungen benutzt wie "Reproductive Health" oder "Reproductive



Neue bevölkerungspolitische Programme geben sich einen frauenfreundlichen Anstrich

Rights" - bei letzterem handelt sich um eine zentrale Forderung eines Teils der Frauengesundheitsbewegung.

Programme zur Bevölkerungskontrolle richten sich vor allem an Frauen. Sie spielen als Verhütungsmittel-Benutzerinnen eine Rolle, als Vehikel zur Planzielerfüllung (achievment targets), sie dienen der Erlangung von Erfolgsraten. Frauen werden auf ihre Gebärmutter und auf ihre Fruchtbarkeit reduziert. "Auf diesem Konzept des Reduktionismus basieren alle Neuen Technologien", schreibt Vanaja Ramprasad vom People's Health Network aus Indien. "Die Medikalisierung der menschlichen Fortpflanzung macht menschliche Spermien und Eizellen zu bloßem Rohmaterial. Die neuen Technologien ermöglichen neue Formen genetischer Qualitätskontrolle. Auch das Konzept der Überbevölkerung, das Bevölkerungskontrollmaßnahmen hervorgebracht hat, basiert auf einem eugenischen Konzept, das 'mehr Kinder von Qualifizierten, und weniger Kinder von den Minderwertigen' fordert."

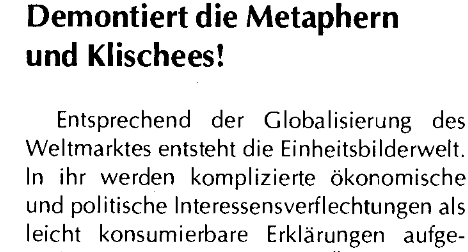
Bevölkerungspolitik als Zugriff und Kontrolle des Westens über die Dritte Welt

Auf dem Symposium in Comilla wurde betont, daß Bevölkerungspolitik nicht ausschließlich ein Thema von Frauen und der Frauengesundheitsbewegung ist. Dringend müsse das Spektrum der Gruppen erweitert werden, die sich kritisch mit dieser Frage auseinandersetzen. Bevölkerungspolitik ist im umfassenderen Sinn die Strategie eines Zugriffs und der Kontrolle aus dem Westen über die Dritte Welt. Sie ist mit der Entwicklung der Neuen Technologien verstrickt, mit der Ressourcenfrage, mit der neuen globalen Weltwirtschaft. Zeitgleich mit dem Symposium in Comilla wurde am 13. Dezember 1993 in Indien das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) unterzeichnet.

Die Verschärfung der ökologischen und ökonomischen Krise hat dazu geführt, daß die alten kolonialen Methoden der nackten Gewalt angewandt werden, um Kontrolle über die Ressourcen sicherzustellen - wie etwa im Golfkrieg. Bevölkerungskontrolle ist ein zentraler Bestandteil dieser Strategie. Sie ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Ausdruck der Globalisierung des Weltmarktsystems ist das "General Agreement of Tariff and Trade (GATT)", das im Dezember 1993 unterzeichnet wurde. Es hat zum Ziel, die Wirtschaften des Südens, vor allem den Agrarsektor, für die multinationalen Konzerne und die Biotechnologie zu erschließen.

Das verzerrte Entwicklungsmodell hat zur Schaffung einer neuen Kategorie von MigrantInnen in und zwischen den Ländern geführt. Die Einmischung der Weltmächte in Kollaboration mit der Waffenindustrie hat zu Kriegen geführt. "Low Intensity Conflicts" (Kriegsführung auf niederer Stufe) verdrängen Menschen und machen sie zu Kriegsflüchtlingen. Wachsende Fremdenfeindlichkeit in den Köpfen der Menschen im Norden in Verbindung mit "Überbevölkerung" lenkt nicht nur von der Auseinandersetzung über die tatsächlichen Ursachen der Migration ab, sondern sie macht die Opfer erneut zu Opfern. 65% der MigrantInnen und 90% der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder. Während nun in der "freien Marktwirtschaft" und mit Hilfe des GATT-Abkommens Ressourcen und Waren ohne Einschränkung hin und her bewegt werden können, will man die Migration von Menschen beschränken. Die nördlichen Länder schließen ihre Grenzen.



Demontiert die Metaphern und Klischees!

Entsprechend der Globalisierung des Weltmarktes entsteht die Einheitsbilderwelt. In ihr werden komplizierte ökonomische und politische Interessensverflechtungen als leicht konsumierbare Erklärungen aufgetischt. Die Präsentation der "Überbevölkerung" ist ein Paradebeispiel. Die Frauen in Comilla verständigten sich auf die Notwendigkeit, solche Metaphern und Klischees zu demontieren und Darstellungen in den Medien zu kritisieren, in denen Menschen in der Dritten Welt fortwährend als Problemfälle von "Überbevölkerung", als schiere Masse, als bloße Nummern in demographischen Kalkulationen und Prognosen dargestellt werden. Nawal El Sadawi aus Ägypten sprach über die doppelzüngige Rolle, die Sprache heute spielt: Begriffe wie "Entwicklung", "Menschenrechte" und "Religion" werden benutzt, um Frauen zu unterdrücken, obwohl die Begriffe an sich nicht unterdrückerisch sind. Es kommt darauf an, wer die Worte sagt und warum er sie sagt. Nawal el Sadawi forderte dreierlei: erstens müßten Frauen Begriffe selbst definieren. Zweitens müßten Lügen entlarvt werden. Z.B. die Lüge, daß die USA den Golfkrieg zur Wahrung von Menschenrechten führte oder zur Befreiung Kuwaits. Der Golfkrieg war ein Krieg ums Öl. Drittens müsse Wissen, das voneinander getrennt wird, wieder zusammengefügt werden. Zusammenhänge zwischen Politik, Religion, Armut, Bevölkerung, Wissenschaft, Ökonomie, Medizin müßten wiederentdeckt werden und Frauen müßten ihrem Wissen Gehör verschaffen, so daß sie nicht länger nur als Bauch, Gesicht, als Körper gesehen werden.

Wir sehen die Manipulation der Sprache als Teil eines breit angelegten Versuchs, die Menschen im Norden und Süden davon zu überzeugen, daß Bevölke-

rungskontrollprogramme zentral für das Überleben des Planeten, daß sie Teil der ethischen Sorge und der Menschenrechte seien und daß sie vor allem für Frauen größere Auswahlmöglichkeiten für die Verhütung bieten würden.

Die Bedürfnisse der Frauen nach Nahrung, Bildung, Gesundheit, Arbeit, nach sozialer und politischer Teilnahme, nach einem Leben frei von Unterdrückung und Gewalt haben mit Bevölkerungspolitik nichts zu tun. Selbst dann nicht, wenn die bevölkerungspolitischen Programme humanitäre und frauenfreundliche Ziele vorgeben. Frauen müssen Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln und legaler Abtreibung haben. Wir lehnen Bevölkerungskontrollpolitik in allen Formen ab. Es kann keine feministische Bevölkerungspolitik geben. ”

Menschen sind keine demographischen Variablen!

Nein zu jeder Bevölkerungskontrolle. Dieser Standpunkt war bereits vehement auf dem großen internationalen Frauen- und Gesundheitskongreß in Amsterdam vorgetragen worden, der 1984 unter dem Slogan "Population Control - we say no!" stattgefunden hatte. Frauen der Dritten Welt hatten den erschütterten Zuhörerinnen berichtet, wie brutal in ihren Ländern Frauen zu Zielfiguren bevölkerungspolitischer Programme und Versuche gemacht wurden. Diese Geschichten und Erfahrungen dürfen in der jetzigen Diskussion um Bevölkerungspolitik nicht abgetrennt werden, sie lassen sich durch keinen frauenfreundlichen Anstrich verwischen.

Ulrike Schaz, FINRRAGE

Anmerkungen:

1) Das Symposium wurde von UBINIG und dem "Resistance Network" aus Bangladesh organisiert; von der "Research Foundation for Science and Ecology", dem "People's Health Network" aus Indien und vom "Third World Network" aus Malaysia.

2) Die Frauen vertraten Frauen-, Gesundheits- und Umweltgruppen: u.a. das "Forum for women and health" aus Bombay, "Saheli" aus Neu Delhi, das "Centre de Investigation y Capacitatuon de la mujer" aus Mexiko, die "Women's Solidarity" aus Indonesien, den "6th feminist bookfair" aus Australien, das "Asian Women Rights Council" aus den Philippinen, die Zeitschrift "The Ecologist" aus Groß-Britannien, GABRIELA und "Women's Health" aus den Philippinen, die "Swedish Society for Nature Conservation", "Antigena" aus der Schweiz, die "Arab Women's Solidarity" aus Ägypten, "Green Net" aus Australien, "Interpares Women's Health Interaction" aus Canada, CISAS, „Center for Information and Advisory Services in Health" aus Nicaragua, REDEH aus Brasilien und internationale Netzwerke wie FINRRAGE mit Frauen aus Bangladesh, Indien, Japan, Australien, der Schweiz, Deutschland und den USA.

3) Zu den Netzwerken und Institutionen, die die "Women's Voices 94" mit initiiert haben, gehören u.a.: WEDO, New York, IWHC, New York (International Women's Health Coalition), die Weltbank, Women under Muslim Law, Frankreich, Catholics for a free Choice, Washington, CEPIA, Brasilien, Women's Global Network for Reproductive Rights, Holland, ISIS, Chile, Bangaldesh Women's Health Coalition, OXFAM und DAWN.

Kairo '94

■ Unterrichtsmaterialien

Unterrichtsmaterialien zur Weltbevölkerungskonferenz 1994 hat das Dritte-Welt-Haus Bielefeld erstellt. 50 Prozent der Kosten hat das BMZ übernommen. Die 48-seitige Broschüre erscheint in einer Auflage von 50.000 Exemplaren und richtet sich an LehrerInnen der Sekundarstufe I und II. Kostprobe aus der Gliederung, die ein Licht wirft auf die Problemformulierung und -bewertung des Herausgebers: "Einstieg: Daß die Menschheit pro Sekunde um 5 Personen zunimmt..."

Die Broschüre des Dritte-Welt-Hauses Bielefeld kann zum Preis von DM 1,20 angefordert werden bei:

Georg Krämer, August-Bebel-Str. 62, 33601 Bielefeld, Fax: 0521- 63789

■ Vorurteilskampagne

In dieselbe Kerbe haut der im Rahmen einer "Vorurteilskampagne" des Vereins "Eine Welt für alle" ausgegebene Slogan "Zuviele Menschen sind ein Problem - die wenigen, die zuviel verbrauchen, sind das größere" - eine mehr als nur dezente Veränderung des auf der Mitgliederversammlung des Vereins vorgeschlagenen Ursprungsslogans "Nicht zuviele Menschen sind das Problem - sondern die wenigen, die zuviel verbrauchen." Das läßt für die weiteren in Planung befindlichen "zentralen Botschaften" unter Federführung der AG Öffentlichkeitsarbeit des Vereins wenig Gutes erwarten. Die Gewerkschaften, der Bensheimer Kreis und die AEBÖ sind als mögliche Bündnispartner jener "Vorurteilskampagne" heftig umworben. Geplant ist eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit mit MedienvertreterInnen und dem internationalen Verbund von Fernsehanstalten "One World Group of Broadcasters" (im Rahmen der "Eine Welt"-Medienkampagne war der ambivalente Film "Der Marsch" europaweit im Fernsehen zu sehen).

Das bereits schon gut in Umlauf gebrachte Grundsatzpapier "Bevölkerung und Entwicklung" gibt sich einerseits zwar sehr selbstkritisch, was die Ressourcenverschwendung, das exzessive Konsumverhalten und die Verantwortung für die weltweite Umweltzerstörung des Nordens angeht, andererseits finden sich die bekannten Einschätzungen und Handlungsmaßgaben, die weiterhin von der Notwendigkeit einer Kontrolle des südlichen Bevölkerungswachstums ausgehen. Dieses nun nicht mehr "Bevölkerungsexplosion" genannte "Problem" muß, so die implizite Haltung, irgendwie doch auch weiterhin gemeistert werden; Bevölkerungsprogramme, wenn auch im neuen Gewand fortschrittlich klingender Begrifflichkeiten, werden als weiterhin unverzichtbar angesehen. Das Vertrauen in den beschworenen Privilegienverzicht des Nordens und in seine Bereitschaft zu strukturellen weltwirtschaftlichen Veränderungen allein scheint wohl doch nicht ausreichend genug zu sein.

Eine Welt für alle e.V., Tieckstr. 7, 50825 Köln, Tel: 0221- 555354, Fax: 553531

■ UN-Informationsdienst

Ein zweimonatiger Informationsdienst zur Weltbevölkerungskonferenz 1994 "ICPD 94" wird an Interessierte kostenlos durch das Sekretariat der Vereinten Nationen verschickt. Berichtet wird auch über diverse Vorbereitungstagungen.

ICPD Secr. 220 E. 42nd Street, 22nd floor, New York, N.Y. 10017

■ Weltbevölkerung und Welternährung

Ein "Symposium Weltbevölkerung und Welternährung" veranstaltete die Deutsche Welthungerhilfe zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und der Stiftung Weltbevölkerung im Gustav-Stresemann-Institut vom 1. - 2.März 1994. Angekündigt waren die UN-Leiterin der Weltbevölkerungskonferenz Nafis Şadik und andere internationale Wissenschaftler. Die Schirm"herr"schaft hatte die Bundespräsidentin Rita Süssmuth übernommen.

Gustav-Stresemann-Institut, Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn, Tel: 0228-8107-0, Fax: 8107-198

■ Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung

Der Vorsitzende der Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Walter Kasper, hat im Dezember in Bonn die Erklärung "Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung" vorgestellt. Darin werden Forderungen nach einem fairen Welthandel und nach Kontrolle der Rüstungsexporte laut. Gewarnt wird zwar vor dem "Verhütungsimperialismus" des Nordens, gleichzeitig finden jedoch die gängigen Familienplanungsprogramme ihre Anerkennung.

Kommission Weltkirche der Dt. Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn, Tel: 0228-103-214, Fax: 103-254

"Nationaler Bericht" zur Weltbevölkerung

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Doch was schon seit einigen Jahren am Arbeitsplatz, beim Einkaufen oder in der Freizeit alltäglich erfahrbar ist, wollen die Koalitionsparteien und ihre Bonner Beamten nach wie vor nicht anerkennen. Daß das auch, wenn es nach ihnen geht, bis ins kommende Jahrtausend hinein so bleiben soll, ist jetzt in einem Papier aus dem Innenministerium nachzulesen. Dort wurde der nationale Bericht für die kommende Weltbevölkerungskonferenz erstellt, ein 47 Seiten starkes, zweiteiliges Papier, in dem die demographische und bevölkerungspolitische Situation in der Bundesrepublik und auf dem Sektor internationaler Zusammenarbeit beleuchtet wird.

Der Bericht spricht eine recht deutliche Sprache: Statt auf Einwanderungspolitik, doppelte Staatsbürgerschaft und die Anerkennung von Bürgerkriegsflüchtlingen setzt diese Regierung weiterhin auf Abschottung, Ausländergesetzte, deutsches Erbgut bei der Paßerteilung und Asylhetze.

Zwar erkennt der Regierungsbericht an, daß die Gründe für die weltweiten "Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen" nie gekannten Ausmaßes "sehr komplex" seien. Die Antworten darauf fallen aber recht einfach aus. "Den Menschen aus den Krisengebieten bleiben die besseren wirtschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa nicht verborgen", heißt es da zynisch. "Sie machen sich auf den Weg, um Möglichkeiten zu erkunden, am Wohlstand derjenigen Länder teilzunehmen, deren Bevölkerung es wirtschaftlich besser geht." Als Patentrezept gegen dieses "Wohlstandsgefälle" wird neben Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle in den Ländern des Südens die "Liberalisierung des Welthandels und ein stärkerer Abbau von Handelsschranken" angeboten. Wenig nützliche Methoden nur, um die weltweite Verelendung zu stoppen.

Geht es um die Integration der in der Bundesrepublik lebenden MigrantInnen und ihrer Kinder, so wird dabei keineswegs an Erleichterungen für deren Einbürgerung gedacht. Für sie stünde das Ausländergesetz zur Verfügung, in dem Aufenthaltsrecht und Familiennachzug geregelt seien, und ansonsten, so bemerkt der Bericht, müsse der weitere Zuzug "aus den Staaten außerhalb der Europäischen Union begrenzt und gesteuert" werden. Daß sich an dem weitgehend rechtlosen Status hier lebender AusländerInnen nach dem Willen der Koalitionsregierung mindestens bis zum Jahr 2030 nichts ändern soll, geht aus einer Tabelle über die Bevölkerungsentwicklung für Deutschland hervor. Deutlich steht dort geschrieben, daß die "ausländische Bevölkerung" von dato 6,5 Millionen auf 11,9 Millionen im Jahr 2030 anwachsen wird. Einmal Ausländer, immer Ausländer!

Und auch in der Asylfrage soll es offenbar dort weiter entlanggehen, wo Sozialneid, der rechte Rand und der latente und offene Rassismus die Bundesrepublik hingeführt haben. Weil es schlecht stünde um die „Akzeptanz der Asylbewerber in der Bevölkerung", heißt es dort, würde von "manchem die Gefährdung des erarbeiteten Wohlstands sowie der Verlust von Arbeitsplätzen, Wohnungen und Lebenschancen befürchtet." Und weiter: "Diese Sorge hat die Bundesregierung bei der Gestaltung ihrer Ausländer- und Integrationspolitik zu berücksichtigen."

Der Nationale Bericht für die Kairokonferenz im September wurde erstellt von einer eigens dafür im Juni 1992 beim Bonner Innenministerium gebildeten Kommission. "Zur Vorbereitung dieser Konferenz wurden alle Regierungen von der Generalsekretärin der Weltbevölkerungskonferenz gebeten, ein Nationales Komitee zu bilden", heißt es dazu auf Nachfragen. Neben der Berichterstattung ist die Aufgabe der "Nationalen Kommission" auch die Vorbereitung der Konferenz selber, die Miterarbeitung des Schlußberichtes und die Öffentlichkeitsarbeit. Nach dem Ende der Kairo-Konferenz soll die Kommission das Schlußdokument auswerten und mögliche politische Konsequenzen daraus erarbeiten. Daß ausgerechnet das Innenministerium die Federführung für die Vorbereitung einer internationalen Konferenz zu "Bevölkerung und Entwicklung" erhielt, lag offenbar weniger an dessen Kompetenz als an der Reihenfolge der Begriffe im Konferenztitel. Schließlich ist für Bevölkerungsfragen in Bonn die Kanther-Behörde zuständig.

In der "Nationalen Kommission" vertreten sind fast alle Bundesressorts (vom Auswärtigen Amt bis zu den Bundesministerien für Arbeit und Soziales und für Post- und Telekommunikation; das Verteidigungsministerium ist nicht dabei), das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, das Statistische Bundesamt, die Länder Bayern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NROs), die evangelische und die katholische Kirche sowie Bevölkerungswissenschaftler.

Als NROs sind in der Kommission:

- Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)
- Deutsche Welthungerhilfe
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
- Deutsches IDNR-Komitee für Katastrophenvorbeugung.

In den Reihen der NROs und von einigen Bevölkerungswissenschaftlern wurde protestiert gegen die innerhalb der Kommission von Ministerialbeamten vertretene These, Deutschland sei kein Einwanderungsland. "Die Beamten hatten eine politische Vorgabe", so vermutet ein NRO-Vertreter. Doch gerade deren besondere Positionen und Zielsetzungen, die z.B. auf "wirkungsvollere Familienplanung", d.h. mehr Verhütungsmittel, hinauslaufen, einmal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, wäre sicherlich ein lohnenswertes Unterfangen.

Ein Gutes hat der jetzt vorgelegte Bericht zumindest: In ihm wird sehr deutlich gemacht, welchen Querschnittcharakter die Politik der Bevölkerungskontrolle hat. Sie reicht hinein in fast alle Politikbereiche, von Gesundheit und Familie, über Arbeitsmarkt und Alterssicherung bis hin zu Migration und Entwicklung.

Ute Sprenger

Der "Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung 1994" ist zu beziehen über das Bonner Innenministerium und wird demnächst vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung veröffentlicht.

Postkartenaktion von "Frieden mit der Erde" mit "problematischer" Botschaft



Schwesternstreit um Emmas antiislamischen Kreuzzug

Wie können frauenfeindliche Züge islamistischer Gruppen thematisiert werden, ohne rassistische Ressentiments zu schüren, oder das neue Feindbild Islam zu stärken? Einem Streitgespräch hierüber blieb das 'Magazin von Frauen für Menschen' (Emma über Emma) fern. Emma hatte Mitte letzten Jahres in einem Dossier den islamischen Fundamentalismus angegriffen, woraufhin mehrere Frauengruppen das Dossier als rassistisch bezeichneten. Im folgenden gibt Sven Hansen einen Überblick über die Hintergründe der Debatte.

Fanatiker und Fundamentalisten töten im Namen ihrer Wahrheit und ihrer Überheblichkeit. In Solingen verbrennt ein dumpfgläubiger Rechter fünf Frauen und Mädchen. In Florida erschießt ein schriftgläubiger Fundi den Abtreibungsarzt David Gunn. Im Iran werden 'untreue' Frauen weiter gesteinigt. Und in Deutschland wird die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und den Gläubigen ganz offiziell in Koranschulen gelehrt." So beginnt das 22-seitige Dossier zum Thema Fundamentalismus, das Emma im Juli/August-Heft des vergangenen Jahres veröffentlichte.

Das Dossier thematisiert nur die islamische Variante des Fundamentalismus. Es ist kein Zufall, daß dieser in einem Atemzug mit dem rassistischen Mordanschlag von Solingen genannt wird, bei dem Ende Mai 1993 fünf türkische Frauen und Mädchen verbrannten. In ihrem Kommentar zu Solingen, der dem Dossier vorangestellt wurde, zeigt Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer die Richtung: "Fundamentalismus ist die orientalistische Variante des Faschismus".

Blut als Leitfaden

Das Dossier macht neben den eingangs zitierten Sätzen mit einem eineinhalbseitigen Foto auf, dominiert von der Farbe Rot: Um eine große Blutlache hocken Männer, die Schafe schlachten. Die Bildunterschrift : "Muslime in Deutschland." Im Text daneben heißt es: "Und eine deutsche Frau wäre beinahe an den islamischen Sitten verblutet." "Sind die Schafe quasi als Metapher für 'deutsche Frau' zu verstehen, die 'beinahe an den islamischen Sitten verblutet' wäre?" fragt Dr. Renate Kreile in der Zeitschrift 'Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis'. Die Abbildung, kritisiert sie, suggeriere eine besondere Blutrünstigkeit muslimischer Männer.

"Das Thema 'Blut' zieht sich wie ein Leitfaden durch das Dossier", stellt die Orientalistin Dr. Karin Hörner von der Universität Hamburg in einem Kurzgutachten fest. Durch die dauernde Wiederholung von Worten wie "Feind", "Haß", "Terror", "Blut", "Kreuzzug" und "Krieg" werde ein Kriegszustand beschworen. Mit Ausnahme eines Artikels werde in dem Dossier Panikmache gegen Muslime betrieben. "Die Artikel weisen eindeutige Merkmale des Aufbauens von Feindbildern auf", so Hörner. "Es ist nur von 'dem' Islam die Rede, der kurzerhand mit 'dem' Fundamentalismus gleichgesetzt wird, der Europa 'überrollen' will."

Diesem Muster entspricht die geschilderte Leidensgeschichte einer Frau, die Opfer einer ärztlichen Fehldiagnose wurde. Emma: "Die nachfolgende Geschichte ist mitten in Deutschland passiert. In Köln. Eine Frau ruft einen Notarzt. Der ist Moslem. Ihr fast tödliches Pech." Der einzige Hinweis im Artikel, woran der Arzt als Moslem zu erkennen ist, lautet: "Eine Stimme mit starkem Akzent". Daß es auch andere Gründe für den beinah tödlichen Fehler des Arztes geben könnte als den unterstellten und mit Frauenhaß gleichgesetzten Glauben, wird nicht einmal in Erwägung gezogen.

Die Kritikerinnen

"Wir halten diese Aussagen für offen rassistisch", schrieben zehn feministische Zeitschriften und Gruppen in einem offenen Brief. Emma übersehe in ihrer Art der Darstellung die komplizierten Verflechtungen von Sexismus und Rassismus. Letzterer unterscheide nicht zwischen Frauen und Männern, wenngleich er sie unterschiedlich betreffe. Emma instrumentalisiere die weiblichen Opfer des Rassismus, während muslimische Männer zu Mittätern rassistischer Gewalt gemacht würden. Die Feministinnen distanzierten sich in dem Brief ausdrücklich von Emma. Drei Kölner Frauengruppen riefen gar zum Boykott der Zeitschrift auf, die nach eigenen Angaben mit einer verkauften Auflage von 45.000 Exemplaren das größte feministische Blatt Europas ist.

Die ebenfalls in Köln ansässige bundesweite Initiative Mediawatch versuchte einen anderen Weg der Kritik. Sie lud die Emma-Redaktion zum Dialog. Die vom Dritte Welt Journalistennetz und der Heinrich-Böll-Stiftung getragenen Initiative will die Berichterstattung über den Süden und über Ausländer in Deutschland kritisch begleiten und auf Verbesserungen hinwirken. Anfangs zeigte sich die Emma-Redaktion gesprächsbereit. Ein Termin kam jedoch nicht zustande. Schließlich sagte Emma im Oktober letzten Jahres ab. Die Begründung: "Heute müssen wir vor dem Hintergrund der Publikationsflut gerade auch in Ihrem politischen Spektrum davon ausgehen, daß an einer kritisch-solidarischen Auseinandersetzung kein Interesse besteht."

Reaktion von Emma

Barbara Rudorf von der Emma-Redaktion erklärte auf Anfrage, die auch für Mediawatch aktiven Autorinnen Renate Kreile und Arzu Toker hätten mit ihren Artikeln voll "Polemik und Desinformation" in den 'Beiträgen zur feministischen Theorie und Praxis' eine konstruktive Auseinandersetzung unmöglich gemacht. Emma sei bereits in der letzten Ausgabe auf die Vorwürfe eingegangen. Darin räumt die Redaktion ein, daß die optische Aufmachung des Dossiers "zu unvermittelt und polemisch" sei. Ansonsten sei die Kritik absurd. Dieser "Schwesternstreit" zeige, daß Emmas Kritikerinnen den Feminismus nicht kapiert hätten. Sexis-


Eurozentrismus at its best: Das Kopftuch als Feindbild

mus sei kein Nebenwiderspruch. Opfer, männliche wie weibliche, könnten auch gleichzeitig Täter sein. Doch in der Männerwelt seien Frauen, egal wie privilegiert, "nochmals die Opfer der Opfer. In Relation zum Mann stehen wir immer eine Stufe tiefer", so Emma.

Ist die Realität so? Oder können feministische Argumente den Rassismus ähnlich untermauern, wie antirassistische den Sexismus legitimieren können? Diese und andere Fragen zum Verhältnis von Sexismus und Rassismus standen am letzten Januar-Wochenende im Mittelpunkt eines Streitgesprächs von Mediawatch zum Emma-Dossier. Da Emma der Veranstaltung wie angekündigt fern blieb, war der Streit von vornherein begrenzt. Auf dem mit Orientalistinnen, Politologinnen und Journalistinnen besetzen Podium saßen mit Cherifa Magdi und Arzu Toker jedoch zwei Frauen, die Beiträge für das Dossier geschrieben hatten, aber mit der eurozentristischen Darstellung und der Aufmachung nicht einverstanden waren. Toker hatte in Emma dazu aufgerufen, Toleranz gegenüber einem anderen Glauben nicht mit der Zustimmung zu aus Religion abgeleiteter Unterdrückung in islamischen Ländern zu verwechseln. Magdis Artikel über Ägypten bildete insofern eine Ausnahme, da sie als einzige die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Ursachen des Fundamentalismus thematisierte.

Migrantinnen als Forschungsobjekte

Auf der Veranstaltung betonten Toker und Magdi, daß sie sich in ihren Herkunftsländern Türkei und Ägypten von fundamentalistischen Gruppen bedroht fühlten. Von deutschen Medien forderten sie, Migrantinnen wesentlich stärker in die Redaktionen aufzunehmen. Die fatale Aufmachung des Dossiers wäre so mit Sicherheit vermieden worden. Deutsche Frauen seien nicht bereit, ein derartiges Heft gleichberechtigt mit ihnen herauszugeben, stellte Toker fest, benützten Migrantinnen aber gern als Forschungsobjekte. Sie betonte, die Entscheidung von Emma, sich des Themas Fundamentalismus anzunehmen, sei prinzipiell richtig gewesen. "Emma hat die Chance vertan." Toker appellierte an die deutschen Frauen, sich nicht zu Richterinnen über andere Gesellschaften zu machen. "Es geht nicht darum, Emma als rassistisch darzustellen, sondern auf den strukturellen Rassismus hinzuweisen, an dem auch Frauen beteiligt sind", sagte Magdi den etwa einhundert ZuhörerInnen.

Das Ziel, den Sexismus zu bekämpfen ohne dem Rassismus Vorschub zu leisten, bezeichnete Renate Kreile als "Gratwanderung zwischen der Gefahr, die eigenen Maßstäbe den anderen überzustülpen und der Gefahr eines Kulturrelativismus, der für die Unterdrückung anderer blind ist". Statt vorschnell eigene Lösungen anzubieten, müsse der Kontext miteinbezogen und die "eigene Dominanzkultur" und der „Privilegienstatus" selbstkritisch reflektiert werden. Außerdem seien Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen.

Widersprüche blieben auch auf der Veranstaltung nicht aus. Zwei Frauen mit Kopftuch demonstrierten selbstbewußt, daß sie gar nicht dem Medienbild der unterdrückten, stillen und duckmäuserischen islamischen Frau entsprechen. Vehement beklagten sie den ihnen in Deutschland aufgrund des Kopftuches entgegengebrachten Rassismus. Als eine von ihnen auch Toker wegen ihrer Bemerkung angriff, Islamisten würden zu solchen Veranstaltungen gern Frauen vorschicken, war die Verwirrung perfekt. Eine Journalistin sagte, sie sei so verunsichert, daß sie das Gefühl hätte, sie solle am besten überhaupt nicht mehr über das Thema berichten. Dies könne aber doch keine Lösung sein. Wenn diese Unsicherheit zu "mehr Bescheidenheit" führe, sei schon viel gewonnen, riet Magdi. Weiße Frauen sollten endlich aufhören, die Frauen in anderen Kulturen immer nur als Opfer zu sehen.

Sven Hansen

Internationalismus - ein Fremdwort

Unter dem Motto "Lieber solidarisieren als intervenieren, Alternativen für eine ökologische und solidarische Weltordnung" trafen sich über zweihundert Parteimitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, Sympathisanten und Interessierte am 4./5. Februar 1994 in Bielefeld "zum konstruktiven Streit über die Perspektiven einer alternativen Nord-Süd-Ost-Politik", wie es in der Einladung hieß.

Bekanntlich ist Superwahljahr und es stellt sich die Frage, welchen Stellenwert die Nord-Süd-Politik bei Bündnis 90/Die Grünen hat. Um es vorwegzunehmen, er ist leider minimal. Vorstandssprecher Ludger Volmer erinnerte unzweideutig in der Abschlußdiskussion an das Debakel von 1990: "Mit internationalistischen Themen ist kein Wahlkampf zu gewinnen". Die Parole vor vier Jahren lautete "Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter". Im klassischen Politikjargon stellte er sofort die Finanzierungsfrage der entwicklungspolitischen Forderungen, beispielsweise nach Mitteln für Umweltprojekte.

Es ist abzusehen, daß bei etwaigen Koalitionsverhandlungen internationalistische Forderungen zuerst gekippt werden. Die "Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationalismus" (BAG), Lobbyorganisationen und die Solidaritätsbewegung, die früher einigen Einfluß in der Partei hatten, müssen sich warm anziehen.

Zuletzt meldeten sich die Grünen mit dem 1990 erschienenen Außenwirtschaftsprogramm "Wege in eine ökologisch solidarische Weltwirtschaft" in der Öffentlichkeit zu Wort. Seither ist Funkstille. Den Rio-Kongreß vermochten sie nicht zu nutzen. Sicherlich, sie sitzen nicht mehr im Bundestag, aber bis auf einen Kongreß in Dresden ist das Konzept nicht weiterentwickelt worden. Es wurde auch den KongreßteilnehmerInnen nicht zugesandt.

Verschämt verteilte die BAG statt dessen während der Eröffnungsveranstaltung 16 "Bielefelder Thesen für eine ökologische und solidarische Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland", quasi als Diskussionsanregung. In These 4 hieß es, alle im weiteren Sinne entwicklungsrelevanten Arbeitsgebiete anderer Ministerien (AA, Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft,...) sollten im BIZE zusammengefaßt werden, dem "Bundesministerium für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung". Die Aufwertung des BMZ zu einem Superministerium müßte noch einmal überdacht werden, räumte Claus Körting (Sprecher der BAG) nach Kritik über diesen geplanten bürokratischen Moloch ein.

Die "Auftaktkontroverse" zwischen Ulrich Menzel und Elmar Altvater, die prickelnde Argumentationsfiguren versprach, fiel wegen Nichterscheinens des ersten Streithahns aus. Die Frage nach bewaffneter Intervention à la Somalia trat in den Hintergrund. Für Menzel stieg Hansjörg Elshorst, Geschäftsführer der gtz, in den Ring. Die Diskussion blieb allerdings beim Zuwerfen von einigen bekannten Forderungen wie Schuldenstreichung stecken. Ein Hauch von doppelter Hilflosigkeit lag in der Luft, da auch aus dem Publikum kaum Zündstoff für einen "konstruktiven Streit", wie es in der Einladung angekündigt war, eingebracht wurde.

Gehaltvoller waren da schon die drei parallel tagenden Foren zu den Themen Intervention, Weltwirtschaft und Strukturanpassung im Norden.

Forum drei brachte in erster Linie eine Bestandsaufnahme der entwicklungspolitischen Szene. Seit 1990 konnten sich mehrere Lobby-Organisationen etablieren, die im Forum zur Sprache kamen: WEED, German Watch, Urgewald; auch Organisationen, die schon seit langem in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, widmen sich zunehmend der Inlandsarbeit, zum Beispiel terre des hommes.

Zeitgleich zum Kongreß tagte der kleine BUKO. Leider wurde so das Bild von der zunehmenden politischen Lähmung des BUKOs wieder einmal bestätigt.

Heffa Schücking (Urgewald), stellte als Beispiel erfolgreicher Lobbyarbeit der jüngsten Zeit die Initiative gegen ein Weltbank-Staudamm-Projekt in Thailand vor. Der deutsche Vertreter im Exekutivrat der Weltbank konnte dazu gebracht werden, gegen das Vorhaben zu stimmen (das Projekt wurde dennoch nicht gekippt, da die Mehrheit der anderen Vertreter dafür stimmten). Von Lobbyarbeit dürften wir uns aber nicht zu viel erhoffen, warnte Barbara Unmüßig von WEED. Nichtregierungsorganisationen hätten nichts zu melden, wenn es um wirkliche Macht ginge.

Im zweiten Forum "Süden und Osten in der Weltwirtschaft zwischen Verschuldung und Abhängigkeit" gab Rainer Falk (WEED) einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklungen der letzten Jahre in der Weltwirtschaft. Für ihn war die Schuldenstrategie der Banken erfolgreich, da sie "normale kapitalistische Verhältnisse" wiederhergestellt habe. Allerdings war der Preis hoch. Große Teile der Bevölkerung sind der Verarmung ausgeliefert. Die Einkommensverteilung klafft weiter auseinander. Der letzte Anschein der Partnerschaftsrhetorik in der Entwicklungspolitik wurde in den letzten Jahren von der Realität hinweggewischt. Die Ökonomie steht im Zuge einer konservativen Revolution der letzten Dekade auf der politischen Tagesordnung. Begriffe wie "Marktdemokratie" oder "good governance" bringen diese Tendenzen auf den Punkt. Nach Falk steht aus diesem Grund die soziale Frage weltweit auf der Tagesordnung.

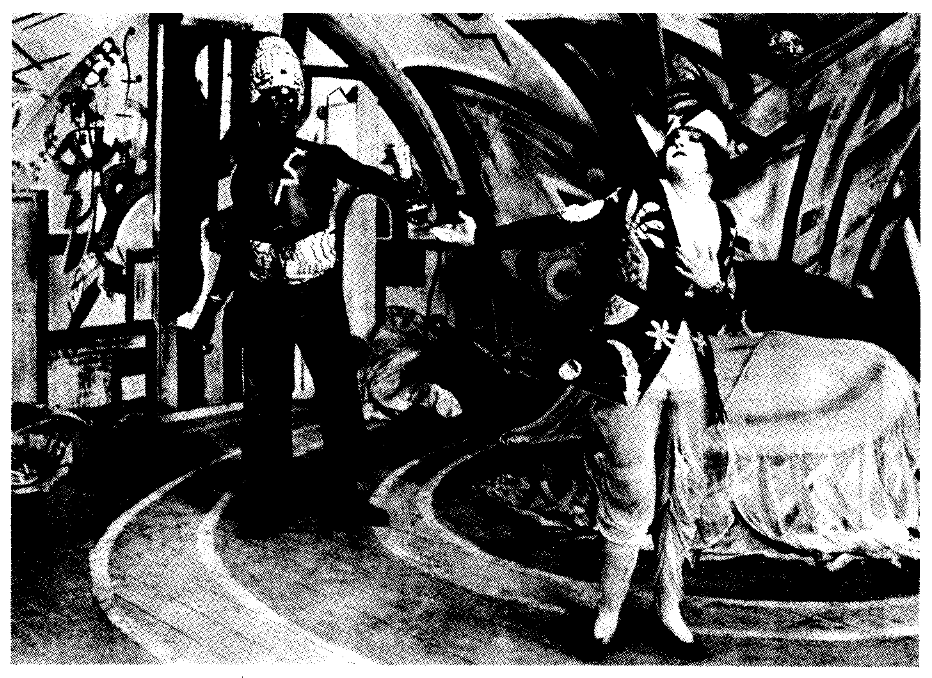
Mit Thomas Fues kam ein Autor des Außenwirtschaftsprogramms von 1990 zu Wort. Erfreulicherweise hielt er sich nicht lange an bekannten normativen Forderungen wie Sicherung der Grundbedürfnisse oder nachhaltiges Wirtschaften auf. Er thematisierte sofort die heiklen Anpassungsfragen auch für die hiesige Gesellschaft. Die Frage nach der Erhöhung der Transportkosten wird jedem Ökologen sofort einleuchten. Wie geht mensch aber mit der Forderung um, wenn die Ökonomen klarstellen, daß Umsetzung der hiesigen ökologischen Umbauprojekte für die Länder der Dritten Welt massive Verluste an komparativen Möglichkeiten bedeuten würde? Oder mensch stelle sich vor, wir produzieren endlich die schönen Solarmobile; gleichzeitig werfen südostasiatische Automobilhersteller viel billiger ihre Otto-Motoren weiter auf den europäischen Markt. Wie halten wir es hier als Linke mit der Forderung nach offenen Grenzen? Bastelt die Ökologiefraktion, wie so oft in der europäischen Geschichte, an einem Modell, das sie dem Rest der Welt überstülpen will? Vermutlich da auf dem Podium des Forums wieder mal nur männliche Ökonomen saßen, kamen Fragen, wie das Problem politischer Herrschaft innerhalb ökonomischer Regulierungsmechanismen, kaum zur Sprache.

Die Konferenz machte deutlich, daß es mehr denn je notwendig ist, wieder sektorübergreifend an einer grünen Vision für eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft zu arbeiten. Wer packts an?

Sebastian Kasack
Georg Lutz

Glänzende Körper und blitzende Zähne

Das Bild der Afrikaner im Krimi



Exotisch-erotische Traumwelten

Jeder dritte Deutsche mag Krimis. Schätzungsweise 20 bis 25 Millionen Exemplare werden jedes Jahr allein in Deutschland abgesetzt. Wie Afrika und AfrikanerInnen in deutschsprachigen Krimis dargestellt werden, wird im folgenden Beitrag untersucht.

Einige klassische KrimiautorInnen vertraten rassistische Auffassungen. Edgar Wallace etwa beschrieb Afrikaner als Kannibalen. Agatha Christie nannte einen ihrer bekanntesten Romane 'Ten Little Niggers' (1939). Georges Simenon distanzierte sich zwar vom Kolonialismus, doch in seinen 'tropischen Romanen' häufen sich die liebesgierigen "Negermädchen", die den weißen Helden den Kopf verdrehen.

Viele Krimis zeitgenössischer deutschsprachiger Autoren - als meines Wissens einzige Krimiautorin hat sich bisher Christine Grän hervorgetan - sind nicht viel besser. Die Beschreibung der Titelfigur in Reimer Eilers 'Die schwarze Prinzessin' (1990) ist ein Beispiel für die "exotisch-erotischen Traum-Welten"[1], die sich Europäer über Afrika und Afrikanerinnen zusammenphantasieren: Ihre Augen sind "dunkel und glänzend [...] wie der Spiegel eines frisch gebrühten Kaffees" und sie hat "zwei Reihen vollkommen ebenmäßiger, weißer Zähne wie nur irgendein Operettenstar".

"Ich bin väterlicherseits eine Prinzessin [...]. Die Leute meines Großvaters und meines Vaters [...] nennen mich Abagubé Uva, die Getüpfelte Uva - wobei sich die Tüpfel auf das Prestige des Leopardenfells beziehen [...]" (Prinzessin S. 25-26)

Noch massivere sexistische und rassistische Klischees finden sich in 'Der Bauch der Schönen Schwarzen' (1988) von Gerhard Mensching, der es als "promovierter Germanist, Editor der Theaterstücke von Tankred Dorst, [...], Akademischer Rat" (Bauch S. 143) eigentlich besser wissen sollte.

Die Titelfigur wird auf der Umschlagseite nackt abgebildet. Die "hochgewachsene Schwarze von unglaublicher Schönheit" hat "stehende, herrlich große und ausdrucksvoll bekrönte Brüste". Daß sie "akzentfrei Deutsch" spricht, hat damit zu tun, daß vermutlich "ein Schuß europäisches Blut mit dabei war". Ihre Dienstleistungen gehen weit über die eines gewöhnlichen Zimmermädchens hinaus:

"Von seinem Butler läßt sich Herr Sartorius nur bedienen, wenn er korrekt gekleidet ist. Zum Aus- und Ankleiden bevorzugt er eine weibliche Kraft. Ich rasiere ihn auch und assistiere ihm in der Dusche." [...] "Hatten Sie intime Beziehungen zu Herrn Sartorius?" "Sie meinen, ob ich mit ihm geschlafen habe? Ja, natürlich." (Bauch S. 42)

Hamburg

Wohltuend ist im Vergleich dazu das Bild, das der Hamburger Lars Becker in seinem Krimi 'Amigo' (1991) von der in Kamerun geborenen Koffie gibt. Die Parkhausaufsicht ist mit ihrem Job unzufrieden, aber für ihren Onkel, der "Baumwollballen mit Kalibassenmuster, Senegalbatik und indigofarbene afrikanische Stoffe im großen Stil ans Alsterhaus verkauft", möchte sie trotzdem nicht arbeiten:

Sie hatte nicht die geringste Lust, für die Abteilungsleiter den Blickfang zu spielen, keinen Bock, mit ihnen essen zu gehen, sich anmachen zu lassen. (Amigo S. 72-73)

Koffie ist nur eine Nebenfigur in diesem Krimi um die Rückkehr des Ex-Terroristen Amigo nach Hamburg, wo er mit seinen ehemaligen Genossen abrechnet.

In Beckers Krimi 'Kalte Sonne' (1990) stoßen zwei sehr gegensätzliche Südafrikaner in Hamburg aufeinander. Der eine, der südafrikanische Generalkonsul, gibt sich als Reformer:

"[...] Übergriffe, die es vereinzelt von seiten unserer Polizei gegen Oppositionelle gegeben haben mag, [werden] strafrecht-

lich verfolgt. Südafrika ist im Umbruch und verteidigt sich mit allen gesetzlichen Mitteln gegen reformfeindlichen Extremismus von links und rechts. [...]" (Sonne S. 122)

Doch in seinen Tagen als Polizeikommandant in Soweto 'fiel' "eine junge Frau aus dem neunten Stock der Sicherheitspolizei". Als er ihren Bruder, einen damals per Fahndungsplakat gesuchten politischen Aktivisten, zufällig auf einem Konzertposter entdeckt, mietet er zwei Killer. Die ermorden zwei Afrikaner - aber sein Intimfeind entkommt und geht zum Gegenangriff über.

Auch Frank Göhres 'St.-Pauli-Nacht' (1993) spielt in Hamburg, wo der deutsch-jamaikanische Taxifahrer Rasta Robby immer wieder Ärger mit Rassisten hat:

"[...] ich bin hier zu Hause, ich hab 'n deutschen Paß, zahl verdammt noch mal meine Steuern, und was is? - Hau ab du verdreckter Ausländer! Und laß die Griffel von unseren deutschen Frauen [...]" (St-Pauli S. 71)

Rasta Robby überfährt aus Unachtsamkeit einen Jugendlichen. Ein zufälliges Ereignis in einem Buch voller Zufälligkeiten, das trotz einiger gelungener Milieustudien nicht so recht überzeugt.

Faszinierend dagegen ist Michael Koglins Kurzgeschichte 'Afrikanische Nacht', die ebenfalls in Hamburg spielt. Sexualneid und Minderwertigkeitsgefühle veranlassen einen alternden Weißen, einen Afrikaner umzubringen. Im Gefängnis erinnert sich der Mörder an die Begegnung mit seinem wehrlosen Opfer:

Seine Zähne blitzten ihm weiß ins Gesicht. [...] Der Mann roch nach Küche und Schweiß. Nach Afrika. Und nach seiner lustfeuchten Unterhose. [...] er [erinnerte] sich [...] an die Leoparden, die er gesehen hatte. Leoparden, die mit ihren weißen Zähnen alles zerbeißen wollten, was er besaß, die ihn tänzelnd umstellten, ihn bedrohten, ihn einkesselten, gegen die er sich verteidigen mußte. (Nacht S. 191)

In Wirklichkeit hatte der Ermordete ihn weder bedroht, noch war er es, der in einer Disco engumschlungen mit der Frau des eifersüchtigen Deutschen tanzte. Vielmehr hat sich das von Frantz Fanon analysierte weitverbreitete rassistische Bild des Afrikaners verselbständigt:

Für die Mehrheit der Weißen stellt der Schwarze den (ungezügelten) Geschlechtstrieb dar. [...] Das Reale [entkräftet] all diese Vorstellungen [...] Doch [...] der Weiße, der dem Schwarzen einen unheilbringenden Einfluß zuschreibt, regrediert auf intellektueller Ebene.[2]

Berlin, Bonn ...

Auch Hans-Jürgen Mannhardt, Dozent an der Berliner Polizeihochschule, der 'Held' in Horst Bosetzkys (Pseudonym:-ky) 'Ein Deal zuviel' (1992), regrediert gelegentlich:

Gott, so viele Schwarze auf einmal zusammen. Archaisches Unbehagen kam in ihm auf, und mit ihm zwanghaft Assoziationen wie: Gorillas, Urwald, Negerkral, Missionare im Kochtopf, Zehn kleine Negerlein, und so weiter. Er schämte sich für sie, doch er schaffte es nicht, sie wegzudrücken. (Deal S. 51)

Vor dem Hintergrund neonazistischer Gewalt gegen Afrikaner, wie der Ermordung Jorge Gomodais in Dresden, verteidigt Mannhardt Mosambikaner vor einem Skinheadangriff. Sein Paternalismus ("meine Mosambikaner") geht so weit, daß er, um "Lynchjustiz" zu verhindern, einen mosambikanischen Mörder fliehen läßt.

Doch wie ernst ist es dem Soziologieprofessor Bosetzky, ein Begründer des gesellschaftskritischen "Neuen deutschen Kriminalromans", mit seinem antirassistischen Engagement? Man bekommt Zweifel, wenn von "Bantu-Krieger[n] im Feindesland" die Rede ist oder ein Afrikaner als "Stammeshäuptling aller Bantus, Zulus und Herreros [!] aus Mosambik und anderswo" bezeichnet wird.

Überzeugender ist Christine Gräns 'Nur eine läßliche Sünde' (1988). Der zynische Gründer und Leiter der 'Lebensbrücke', "eine wohltätige, als gemeinnützig anerkannte Organisation, die Paten für Kinder in der Dritten Welt vermittelte", kennt den deutschen Spendenmarkt:

Selbsthilfe und Solidarität mit unseren schwarzen Brüdern ... alles Kappes. [...] Der deutsche Durchschnittsbürger wollte keinen Neger, der ihm irgendwann ebenbürtig wurde, sondern ein hungriges Kind, das er mit seinem Geld am Leben hielt. (Sünde S. 20)

Der Kenianer Frank Masimba kommt ihm gelegen:

Ein nützlicher Mitarbeiter. Er brauchte Arbeit für seine Aufenthaltserlaubnis, und damit konnte man sein Gehalt wunderbar drücken. [...] Wenn es dem Kerl nicht paßte, konnte er ja zurück in sein Kafferndorf und Kühe hüten. (Sünde S. 19)

Für seine deutsche Geliebte ist Frank Masimba dagegen ein großes, sexuell attraktives Kind:

Frank, der einen herrlichen Körper hatte und samtweiche braune Haut. Frank mit seinen großen dunklen Augen und dem sinnlichen Mund. [...] Frank, der wie ein Kind sein und Zärtlichkeit geben und nehmen konnte wie nie ein Mann zuvor in ihrem Leben. (Sünde S. 30)

Frank Masimba läßt sich zwar auf diese Rolle nicht festlegen, bleibt aber doch weitgehend ein passives Opfer in einem rassistischen Deutschland.





... Afrika

In 'Weiße sterben selten in Samanya' (1986) beschreibt Christine Grän, die fünf Jahre "in Botswana ein Busch-Restaurant leitete", die Deutschen in Samyana, einem fiktiven Land im Südlichen Afrika. Sie sind meist ähnlich eingebildet wie die Frau des Botschafters:

Frau Dr. Halfft [...] war sich nur in einem Punkt mit [ihrem Ehemann] einig: dem Haß auf Afrika. [...] Seit zehn Jahren ärgerte sie sich über faule Dienstboten, arrogante, schweißriechende Politiker, die man auch noch hofieren mußte, und deren dumme Ehefrauen, die manchmal nicht einmal Englisch konnten. (Samanya S. 71)

Im Milieu der Nachfolger der weißen Kolonialherren wird eine "Expertenfrau" ermordet. Die Bonner Journalistin - genauer "Klatschtante" - Anna Marx klärt diesen Fall

genauso wie den Mord in 'Nur eine läßliche Sünde'.

Wie Grän gelingen auch dem Schweizer Peter Höner, der von 1986 bis 1990 in Afrika gelebt hat, überzeugendere Porträts von Europäern als von Afrikanern. Vor allem die Touristen nimmt er in 'Rafiki Beach Hotel' (1990) und in 'Das Elefantengrab' (1992) auf die Schippe:

Globetrotter, Hasardeure, Camel-Filter rauchende Helden, die der Meinung sind, sie könnten und dürften Alles. Einheimische sind nichts weiter als Farbtupfer in ihren Abenteuern, mit denen sie sich vor ihren Landsleuten brüsten. (Elefantengrab S. 40)

Eine dieser Abenteurerinnen ist eine alternde reiche Schweizerin, die hofft, daß "die Männer hier [...] anders [seien] als [in der Schweiz], weicher, offen für Veränderungen, dankbar für neue Möglichkeiten, eine neue Existenz" (Rafiki S. 213). Der Züricher Privatdetektiv Jürg Mettler beschattet sie im Auftrag ihrer Tochter. Doch dabei verwickelt er sich in den mörderischen Konkurrenzkampf um das einzige Hotel auf Lamu, ein ehemaliger Hippietreffpunkt, der aber wie seine Klientel mittlerweile finanziell attraktiv geworden ist.

Der Züricher, der als jugendlicher Hippie ein Liebesabenteuer mit einer Kenianerin hatte, damals aber abhaute, "weil er etwas werden wollte", kehrt im zweiten Band zu seiner Geliebten zurück. Ein weiteres Novum ist, daß den Fall um eine verschwundene Elefantenforscherin nicht der Schweizer löst, sondern der kenianische Kommissar. Er rettet Mettler und überlistet die Wilderer.

Um Elfenbein und Wilderei geht es auch in Erich Loests 'Rotes Elfenbein' (1975). Eine Schwäche dieses Krimis aus der ehemaligen DDR ist, daß dem Autor keine überzeugende Charakterisierung einer der Hauptfiguren, einem tansanischen Elfenbeinschmuggler, gelingt. Bis zum Romanende bleibt der später Ermordete ein 'kindlicher, fröhlicher Neger', dem niemand böse sein kann, selbst wenn er "nicht immer legal" vorgeht.

Genausowenig überzeugt Steffen Mohrs 'Die Leiche im Affenbrotbaum' (1992). In einem Feriendorf im Senegal treffen Ossis und Wessis aufeinander. Motive für die späteren Morde gibt es genug: die Tochter erkennt die Frau, die ihre Mutter in einem DDR-Gefängnis in den Tod trieb, der Bordellbesitzer enttarnt den Neonazi trotz dessen Tarnung als Missionar, der wiederum sich später als Stasioffizier herausstellt, der seinen Betrieb verwüstete. Mitten in dieser unglaubwürdigen Story steht der Leipziger Karl Bondel, der dem schwarzen Gendarm nur widerwillig folgt, denn "ein Weißer empört sich immer, wenn ihm ein Schwarzer etwas befiehlt, das ist phylogenetisch völlig normal" (Affenbrotbaum S. 8).

Handwerklich gelungener ist 'Die Stunde des Geschichtenerzählers' (1986) von Peter Schmidt, dem der Kritiker Jochen Schmidt das hohe Lob ausspricht, daß mit ihm der "deutsche Politthriller angelsächsisches Niveau erreicht".[3] Eine attraktive Oppositionelle aus Mayotte, nicht aus dem französischen Überseedepartement, sondern aus einer fiktiven Republik im Indischen Ozean, fragt einen pensionierten deutschen Geheimagenten über seine langjährige Tätigkeit auf der Insel aus. Dieser durchschaut sie und da er "eine Schwäche für diesen dunkelhäutigen Menschenschlag" hat, will er sie an sich binden.

Ärgerlich ist Schmidts Charakterisierung Mayottes, die dem kolonialen "Kernstereotyp vom 'faulen Neger'" entspricht:

Kaum eine Idee [...] war der Trägheit gewachsen, die sich fast zwangsläufig in diesem heißen und feuchten Klima einstellte [...] (Geschichtenerzähler S. 11) [...] diese Menschen konnten überhaupt nicht ernsthaft sein, ausdauernd und aus Überzeugung arbeiten und langfristig vorausplanen. (Geschichtenerzähler S. 123-124)

Die Vorurteile in Schmidts "Thriller von der sanften Sorte"[4] unterscheiden sich kaum von denen in deutschen Illustriertenromanen über Afrika, die Rosemarie Lester untersuchte:

[...] die Afrikaromane des gesamten Untersuchungszeitraums 1953-1977 [...] [sind] Quellen des Unwissens und der Vorurteile [...]. Sie bestätigen nicht nur bestehende Klischeevorstellungen - sie aktualisieren und intensivieren sogar ein während der Zeit kolonialer Expansion entwickeltes, äußerst negatives Schwarzafrikabild [...].[5]

Leider sind viele hier besprochene Krimis nicht viel besser. Dabei wurden Heftchenkrimis à la Jerry Cotton (Gesamtauflage: 700 Millionen), in denen ein sehr negatives "Feindbild des Fremdrassigen"[6] vorherrscht, gar nicht erst untersucht.

Peter Bräunlein

Lars Becker: Kalte Sonne. Hamburg 1990 (Kellner kriminell; neu aufgelegt als Rotbuch Krimi 81)
Lars Becker: Amigo. Berlin 1991 (Rotbuch Krimi 44)
Reimer Eilers: Die schwarze Prinzessin. Hamburg 1990 (Hamburg Krimi 2)
Frank Göhre: St.-Pauli-Nacht. Reinbek 1993 (rororo thriller 3069)
Christine Grän: Weiße sterben selten in Samyana. Reinbek 1986 (rororo thriller 2777)
Christine Grän: Nur eine läßliche Sünde. Reinbek 1988 (rororo thriller 2865)
Peter Höner: Rafiki Beach Hotel. Zürich 1990
Peter Höner: Das Elefantengrab. Zürich 1992
Michael Koglin: Afrikanische Nacht. In: Maj Sjöwall, Hrsg.: Schwarze Beute. thriller-Magazin 8. Reinbek 1993 (rororo thriller 3093) S. 180-192
-ky (alias Horst Bosetzky): Ein Deal zuviel. Reinbek 1992 (rororo-thriller 3065)
Erich Loest: Rotes Elfenbein. Frankfurt 1985 (Fischer Taschenbuch 8184; die Originalausgabe erschien 1975 unter einem Pseudonym in der DDR)
Gerhard Mensching: Der Bauch der Schönen Schwarzen. Zürich 1988 (HaffmansTaschenBuch 1015)
Steffen Mohr: Die Leiche im Affenbrotbaum. München 1992 (Heyne Blaue Reihe 2368)
Peter Schmidt: Die Stunde des Geschichtenerzählers. Reinbek 1986 (rororo thriller 2743)

Anmerkungen:

1) vgl. dazu Henning Melber: Der Weißheit letzter Schluß. Frankfurt 1992, S. 68-74
2) Frantz Fanon: Schwarze Haut, weiße Masken. Frankfurt 1980, S. 111
3) Jochen Schmidt: Gangster, Opfer, Detektive. Frankfurt 1989, S. 639
4) Schmidt, Gangster S. 643
5) Rosemarie K. Lester: Trivialneger. Stuttgart 1982, S. 264
6) Peter Nusser: Der Kriminalroman. Stuttgart 1992, S. 167

Zeitgenössischer Tanz in Venezuela

"Coreoarte" heißt die venezolanische Tanztruppe von Noris Ugueto. Sie entsteht 1983 unter der Leitung von Noris Ugueto und Carlos Orta. Orta ist ehemaliger Tänzer des Folkwang-Ballets in Essen und des Netherlands Dance Theatre. Sie ist zur Zeit zum vierten Mal auf Europatournee. Über die Entwicklung des modernen Tanzes in Venezuela und über die soziale Lage von Tänzern und Tänzerinnen sprach Klaus Jetz mit Noris Ugueto und dem Tänzer Efraín Guerra.

Ganz im Gegensatz zum Theater hat sich der professionelle Tanz in Venezuela erst spät entwickelt. Die erste wichtige Tänzerin ist Conchita Creredio, die einen modernen Tanzstil entwickelt und mit dem klassischen Ballet bricht. Hierbei stützt sie sich hauptsächlich auf die Arbeit der in New York lebenden Tänzer José Limón und Martha Graham.

Die Kompagnien "Sonia Sanoja" und "Negro Ledesma" erlangen Bedeutung in den 60er Jahren und entwickeln den venezolanischen "modern dance" fort, wobei sie sich auf die Arbeit des US- amerikanischen Choreographen Merce Cunningham stützen. Auch die Tänzerin Sandra Rodríguez beginnt in diesen Jahren mit ihrer Arbeit in Venezuela. Sie geht später in die USA und startet dort eine internationale Karriere. Nicht zuletzt ihrem Wirken ist es zu verdanken, daß es in den 70er Jahren auch in Venezuela zu einem "Tanz-Boom" kommt. Zusammen mit Vicente Nebreda gründet sie das Ensemble "Ballet Nuevo Mundo de Caracas". Zu einem neuen Boom des "modern dance" kommt es durch die Gründung der Kompagnie "Danza hoy" Anfang der 80er Jahre.

Wie würdest Du die Arbeit von "Coreoarte" umschreiben?

Noris: Unser Tanz basiert auf bekannten Techniken, aber wir identifizieren uns mit Venezuela, der Karibik und ganz Lateinamerika. Der Tango ist genauso Teil unserer Kultur wie die Salsa-Rhythmen. Dieses Erbe und diese Vielfalt spiegeln sich in unserer Arbeit wider, wobei wir versuchen, einen möglichst hohen Grad an Perfektion zu erreichen. Wir wollen zeigen, daß es in der Kunst keine Unterentwicklung gibt.

Wie groß ist das Interesse an zeitgenössischem Tanz in Venezuela?

Noris: In Venezuela läßt der Erfolg leider auf sich warten. Es ist schwierig, da es keine richtige Welt des Tanzes auf professioneller Ebene gibt. Höchstens kleine Welten. Es gibt in Venezuela zwar eine Bewegung des künstlerischen Tanzes, sie findet aber keine Verbreitung im Land. Hier ist das anders. Für uns ist es einfacher, einen Auftritt in Europa zu bekommen, als in Venezuela, wo das Interesse fehlt.

Wie sieht die Zusammenarbeit auf lateinamerikanischer Ebene aus? Nehmt Ihr an Festivals in Lateinamerika teil?

Noris: Leider haben wir keine Verbindung zu Lateinamerika. Wir sind abgesehen von Cúcuta/Kolumbien in keiner anderen Stadt Lateinamerikas oder der Karibik aufgetreten. Auch hier gilt: es ist einfacher nach Europa oder in die USA zu gehen, als in ein anderes lateinamerikanisches Land. Ich möchte aber sagen, daß wir uns glücklich schätzen, seit einem Jahr eine Lehrerin aus Kuba in unseren Reihen zu haben. Isabel Blanco kann auf dreißig Jahre Erfahrung in kubanischem Tanz zurückblicken. Der gehört ebenso zu unserer Nationalkultur wie der Tango, Mambo und andere Tänze. Überhaupt haben Kuba und Puerto Rico, auf dem Umweg über New York, den größten Einfluß auf unsere Arbeit: ich nenne nur den Bolero, Cha Cha Cha, Son und Danzón.

Efraín: Und Pérez Prado, der als Kubaner in Mexiko den Mambo entwickelte. Und nicht zuletzt der dominikanische Merengue.

Bekommt Ihr Unterstützung vom venezolanischen Staat?

Noris: Es wird zwar ziemlich viel Geld vom Staat für kulturelle Zwecke verteilt, aber es ist überhaupt nicht einfach, etwas aus dem Topf zu bekommen. Es kommt immer drauf an, ob man jemanden im Ministerium oder in einer anderen wichtigen Behörde kennt. Die Protektion ist wichtig, der sogenannte "padrinaje". Die Leistung, die man bringt, spielt überhaupt keine Rolle. Ich glaube, Coreoarte müßte viel mehr bekommen, aber leider fehlen uns die Kontakte. Für diese Europa-Reise zum Beispiel hat man uns kaum unterstützt. Schließlich kosten uns die Flugtickets eine Menge Geld. Man hat uns zwar etwas bezahlt, aber nicht den ganzen Flug. Ich mußte einen Vertrag unterschreiben, daß wir die Unterstützung durch acht Auftritte "abarbeiten". Diejenigen, die bessere Kontakte haben, bekommen alles umsonst, Sie leben in den besten Hotels und bekommen sogar Spesen. Wir hingegen leben hier bei Freunden, auf die wir angewiesen sind.

Wie ist die finanzielle Situation von Coreoarte in Venezuela?

Noris: Wir haben riesige Probleme. Besonders das Haus, das wir angemietet haben, kostet uns Monat für Monat eine Menge Geld. Wir leben und arbeiten hier. Einen Probenraum können wir uns nicht leisten. Ständig machen wir uns Sorgen um unsere Einkünfte. In Venezuela zahlt man ungern für Auftritte. Im Gegenteil: manchmal müssen wir noch bezahlen, um auftreten zu können. So ist es uns auf der Insel Margarita ergangen. Andere Gruppen, die über Geld verfügen, treten zudem gratis auf und verderben so die Preise. Auch das Publikum zahlt höchst ungern Eintritt, was bei der lange andauernden Wirtschaftskrise verständlich ist, und der CONAC (Consejo Nacional de Cultura) verteilt sein Geld, wie ich schon gesagt habe, immer an dieselben Leute. Diese Europareise haben wir durch unsere eigenen Anstrengungen ermöglicht. Und manchmal erfahren wir erst einen Tag vorher, daß wir am nächsten Tag abreisen, weil es immer wieder Probleme mit den Flugtickets gibt. Die Wirtschaftskrise in unserem Land betrifft und beeinflußt uns alle. Immer wieder fragen wir uns, ob und wie wir überleben können. Die Krise ist aus unserem Leben nicht mehr weg zu denken.

Geschichten aus der Geschichte

Indonesische Romane in deutscher Übersetzung

In ihrem zweiten Beitrag über indonesische Literatur in deutscher Übersetzung stellen die 'blätter' vier Romane vor, deren Handlungen in unterschiedliche Abschnitte der indonesischen Geschichte des 20. Jahrhunderts fallen. Es sind Romane, die nicht nur die Befindlichkeit ihrer Autoren in deren jeweiligem zeitgenössischen Umfeld durchblicken lassen, sondern die auch einen tiefen Einblick in die gesellschaftlichen und politischen Umstände Indonesiens ihrer Zeit geben.

Der Roman 'In Fesseln' [Belenggu] des Sumatraners Armijn Pane gehört mittlerweile zu den Klassikern der indonesischen Nationalliteratur. Sein 1938 zum erstenmal veröffentlichtes Werk trug dazu bei, die 'Bahasa Indonesia', also das moderne Indonesisch, auch als Literatursprache in Indonesien zu etablieren. 1908 in Nordsumatra geboren (gest. 1970), gehörte Pane mit dem Dichter Amir Hamzah und dem Schriftsteller Sutan Takdir Alisjahbana zum Kreis jener Literaten, die in den Jahren 1933 bis 1942 die Zeitschrift Pujangga Baru (Neuer Dichter) herausgab, die wichtige Anstöße für die Entwicklung einer indonesischen Nationalliteratur gab.

Das Sujet des Romans, die Dreiecksbeziehung zwischen dem reputierten Arzt Sukartono, seiner Frau Sumartini und der Prostituierten Rohaya, löste bei seinem Erscheinen Empörung und Widerspruch aus: Weder paßte es in das prüde Weltbild der niederländischen Kolonialgesellschaft noch ließ es sich mit den indonesischen Vorstellungen von Anstand und Moral verbinden. Die Ehe des renommierten Arztes Sukartono mit der der Oberschicht entstammenden Sumartini befindet sich in einer Krise; gegenseitiges Unverständnis und Kommunikationslosigkeit bestimmen die Beziehung. Sukartono geht ganz in seiner Arbeit auf,

Armijn Pane
In Fesseln
Roman
HORLEMANN

aber Sumartini will nicht nur die Ehefrau eines Arztes sein. Als Kompensation ihrer enttäuschten Gefühle stürzt sie sich in soziale Aktivitäten. In dieser Situation trifft Sukartono auf eine alleinstehende Frau, die zunächst seine Patientin und später seine Geliebte wird. Als vierter Protagonist kommt ein Jugendfreund der Ehefrau ins Spiel, der das Beziehungsgeflecht zusätzlich verkompliziert.

Den Zeitgenossen von Pane kam die Anlage des Roman künstlich vor, die Charaktere erschienen ihnen unwahrscheinlich und nicht den gewöhnlichen Verhaltensmustern der indonesischen Gesellschaft entsprechend. Tatsächlich ist der Roman keineswegs typisch indonesisch, er zeigt nicht die klare Frontstellung zwischen guten und bösen Menschen, nicht das beispielhafte Verhalten einer Person, wie es das indonesische Publikum bisher gewöhnt war. Statt dessen werden skeptische Intellektuelle einer urbanen Elite vorgeführt, die sich nach Liebe und individueller Selbstverwirklichung sehnen. Dieser Umstand ist es, der einem westlichen Lesepublikum den Zugang zu diesem Roman leicht macht.

'In Fesseln' ist kein Roman, der von einer lebhaften Handlung getragen wird. Vielmehr sind es die ruhigen Beobachtungen, die genauen Beschreibungen von Personen, die subtilen Darstellungen von Gedanken und Überlegungen der Hauptpersonen, die diesem Buch seinen Reiz verleihen. Mit Hilfe einer einfachen 'story' entwirft Pane ein vielschichtiges Bild menschlicher Beziehungen. Eine menage à trois ist der europäischen Literatur nichts Neues. Gerade weil der Roman ein bekanntes Sujet mit einem fremden Ambiente verbindet, ist er besonders gut geeignet für einen Einstieg in die moderne indonesische Literatur.

Der international wohl bekannteste indonesische Schriftsteller ist Pramoedya Ananta Toer (geb. 1925), von dem seit einigen Jahren endlich einige Bücher, darunter zwei Bände seiner Tetralogie, in deutscher Übersetzung vorliegen. Zuvor verdankte sich seine Bekanntheit vor allem dem Umstand, daß seine Bücher jeweils kurz nach ihrem Erscheinen von der indonesischen Regierung verboten wurden.

Mit dem Band 'Mensch für Mensch' (indon.: Bukan pasar malam [Das Leben ist] kein Jahrmarkt), erstmals 1951 in Indonesien veröffentlicht, liegt jetzt ein autobiographisches Werk vor, das einen Roman zu nennen ich einige Schwierigkeiten habe. Es entstand in einer produktiven Phase, in der Pram, so die geläufige Kurzform des Autorennamens, trotz der widrigen Umstände von Unabhängigkeitskrieg und Haft, eine ganze Anzahl von Kurzgeschichten und Erzählungen verfaßt hatte. In diesen ersten Jahren nach der Unabhängigkeit Indonesiens sah Pram seine Aufgabe vor allem darin, als Schriftsteller und Dichter seinen Beitrag zur Entwicklung des Landes zu leisten. Ein Besuch in Peking im Herbst 1956 leitete eine Wende in seinem Engagement ein. Beeindruckt von den Leistungen der Chinesischen Revolution, engagierte er sich in den folgenden Jahren mehr und mehr im sozialen und politischen Bereich und kam mit seinen Auffassungen den Positionen der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) nahe. Diese Nähe brachte ihn nach der Macht-

übernahme der Militärs für viele Jahre ins Gefängnis und auf die berüchtigte Verbannungsinsel Buru. In dieser Zeit entstand seine Tetralogie Bumi Manusia [i.d. Übers. "Garten der Menschheit"].

Die Geschichte von 'Mensch zu Mensch' selbst spielt kurz nach dem Ende des Unabhängigkeitskrieges. Kaum hat Pram im Mai 1950 eine Stelle bei dem renommierten Verlag Balai Pustaka angetreten, muß er mit seiner Frau eine Reise in seine Heimatstadt Blora, auf halbem Weg zwischen Semarang und Surabaya, antreten, wo sein Vater



schwer erkrankt ist. Die Zugfahrt führt das junge Ehepaar quer durch Java, das gerade beginnt, sich von den Wirren des Unabhängigkeitskrieges zu erholen. Aus dem beabsichtigten kurzen Besuch wird ein langer Aufenthalt. Der Vater stirbt und Pram muß als ältester Sohn die Verantwortung für die Familie übernehmen. Die Fahrt in die Heimatstadt wird zu einer Reise in die Vergangenheit. Der Ich-Erzähler erinnert sich an die eigenen Erfahrungen als Kriegsberichterstatter, wird aber zugleich mit den Erlebnissen seines Vaters konfrontiert, der sich als begeisterter Nationalist in der Unabhängigkeitsbewegung engagiert hatte. Aus Enttäuschung über Heuchelei und Selbstsucht, Bürokratismus und Korruption, die sich nach der Erlangung der Unabhängigkeit breitmachen, zieht sich der Vater aus der Politik zurück und gibt sich dem Glücksspiel hin.

Im Zentrum dieses Berichts steht die Konfrontation des jungen Pram mit seinem sterbenden Vater und dessen Leben, das ein Teil der indonesischen Geschichte ist. Genau registriert Pram die Armut, von der auch seine eigene Familie betroffen ist, die entstehende Cliquenwirtschaft und ihre Intrigen. Mit einfachen Mittel vergegenwärtigt Pram die beklemmende Stimmung und offenbar ausweglose Situation der Menschen. Hier fügen sich allgemeine Aussagen über das Generationenverhältnis und über den (menschlichen) Umgang in der Politik in eine Beschreibung javanischer Lebensweise, die auch vierzig Jahre nach ihrem ersten Erscheinen nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt haben. Dieser literarische Bericht steht in seiner Art für viele andere Werke, in denen indonesische Autoren ihre eigene Geschichte und damit die ihrer Gesellschaft beschreiben und zu erklären versuchen.

Der Schriftsteller und Journalist Mochtar Lubis (geb. 1922) wurde bereits mit seinem Roman 'Dämmerung in Jakarta' vorgestellt. (Vgl. blätter Nr. 174, Juli 1991) Wegen seiner kritischen Haltung gegenüber dem Regierungsstil des ersten indonesischen Präsidenten Sukarno (1901 - 1970) wurde Mochtar Lubis in den fünfziger und frühen sechziger Jahren mehrmals verhaftet. Einen lebhaften Eindruck dieser Zeit vermittelt sein Gefängnistagebuch 'Catatan Subersif' [Notizen aus dem Untergrund, Jakarta 1987]. Sein unbeirrtes Eintreten für die Meinungs- und Pressefreiheit brachte ihn jedoch auch in Konflikt mit den Militärs, die ihn 1975 für mehrere Monate ohne Verfahren inhaftierten.

Der Roman 'Tiger! Tiger!' spielt in der Welt des sumatranischen Urwaldes und präsentiert sich damit in einem gleichsam zeitlosen Rahmen. Er erzählt vordergründig eine einfache Geschichte. Eine Gruppe von Harzsammlern kehrt nach getaner Arbeit in ihr Heimatdorf zurück. In der Gruppe herrscht eine fein austarierte Hierarchie: der erfahrene Jäger und Schamane [dukun] ist der unbestrittene Führer der Gruppe; außerdem sind da ein frommer Muslim, der bereits nach Mekka gepilgert ist, ein junger Familienvater und ein frischverliebter Mann, der schnell zu seiner Geliebten zurückkehren will usw. Die Männer treten im Vertrauen auf gegenseitige Unterstützung den Rückmarsch an, als sie von einem alten Tiger verfolgt werden. Ein Harzsammler nach dem anderen fällt dem Tiger zum Opfer, nur der Schamane und zwei junge Männer können sich vor ihm retten. In der äußersten Bedrängnis offenbaren sich die dunklen Eigenschaften der Protagonisten. Der Roman, der mit einer differenzierten Naturbeschreibung und mit einer einfachen, aber spannend erzählten Handlung beginnt, erweist sich immer deutlicher als psychologische Studie. Der Schamane und Anführer des Trupps wird als ein Feigling entlarvt, an die Stelle von Solidarität und gegenseitiger Hilfe der Gruppenmitglieder treten Selbstsucht und Überlebenswille.

Dieses Buch von Mochtar Lubis läßt sich als ein Roman über allgemein-menschliche Verhaltensweisen und als ein Appell zur Überwindung von Egoismus und Heuchelei verstehen. Eindringlich beschreibt Lubis die Schwierigkeiten, das Richtige nicht nur zu erkennen, sondern das Erkannte auch in die Tat umzusetzen. Nur wer sich - gerade auch den unbequemen - Wahrheiten stellt, kann letztendlich überleben. Aber Mochtar Lubis wäre nicht der politisch engagierte Schriftsteller, als der er bekannt geworden ist, wenn er nur eine menschliche Geschichte hätte erzählen wollen. Dieses Drama im Urwald läßt sich ohne interpretatorische Gewaltanwendung auch als eine Allegorie auf den Niedergang der Herrschaft Sukarnos (1950 - 1966) lesen. (Die Entstehungszeit dieses Romans ist nicht eindeutig zu klären. Wahrscheinlich entstand er in den sechziger Jahren, erstmals in Indonesien veröffentlicht wurde er erst 1975). Mit seiner charismatischen Gabe verstand es der erste Staatspräsident über viele Jahre hinweg, die auseinanderstrebenden Interessengruppen zusammenzuhalten. In den letzten Regierungsjahren schwand jedoch zunehmend das Vertrauen der Bevölkerung und der ihn stützenden politischen Gruppierungen. Immer mehr verlor Sukarno den Bezug zur Realität und die Fähigkeit, angemessen auf sie zu reagieren. So gelesen und verstanden öffnet der Roman in der Form einer moralischen - nicht moralisierenden - Parabel ein Fenster zur indonesischen Realität und Geschichte.



Y. B. Mangunwijaya gehört zur gleichen Generation wie Pram und Lubis. 1929 in Mitteljava geboren, erlebte auch er als junger Mann den Zusammenbruch der niederländischen Kolonialherrschaft und die Errichtung des unabhängigen Staates Indonesien. In Yogyakarta, dem kulturellen Zentrum Javas und Sitz der Gajah-Mada-Universität, absolvierte er zunächst eine theologische Ausbildung und wurde zum Priester geweiht. Danach ging er nach Deutschland und studierte an der Technischen Hochschule in Aachen Architektur. Nach seiner Rückkehr nach Indonesien ist er nicht nur als Schriftsteller und Dichter hervorgetreten und geehrt worden. (Für 'Die Webervögel' wurde er mit dem Südostasiatischen Schriftstellerpreis ausgezeichnet.) Aus seiner christlich verstandenden Verantwortung für die indonesische Gesellschaft hat er sich immer auch politisch engagiert. In Yogyakarta war er als Seelsorger und Sozialarbeiter in einem Armenviertel tätig. Durch seine praktische Solidarität mit der Landbe-

völkerung, die von dem Staudammprojekt in Kedung Ombo (Mitteljava) betroffen war, wurde er über Indonesien hinaus bekannt. Nicht zuletzt sein Status als Seelsorger und sein internationales Ansehen bewahrten ihn in dieser Zeit vor weitergehenden Repressalien der indonesischen Regierung.

Der Roman 'Die Webervögel' wurde 1979 abgeschlossen und erschien 1983 als zweites großes Prosawerk von Y. B. Mangunwijaya. Es ist ein historischer Roman, zugleich ist es aber auch eine Liebesgeschichte, ein Roman über Indos[1] und ein wayang-Roman.[2] Bezeichnenderweise ist der indonesischen Ausgabe des Romans ein Vorwort vorangestellt, das eine kurze Episode aus dem Mahabharata erzählt, die die Parteinahme für die sich feindlich gegenüberstehenden Pandawas und Kaurawas als eine Entscheidung für das Gute oder das Böse problematisiert. So wie in einem wayang-Spiel der dalang die verschiedenen Handlungsstränge und Personen immer wieder in den großen Strom des Geschehens einbindet, so verwebt auch Mangunwijaya die verschiedenen Ebenen des Romans kunstvoll miteinander. Zugleich erfahren die LeserInnen viel über das Leben auf Java, in den Familien der Adeligen und in den Dörfern der Bauern.

In den ersten Kapiteln werden die Begegnungen der beiden Protagonisten als Kinder beschrieben. Teto, Sohn eines javanischen Offiziers und einer Indo-Mutter, wird auf Atik, Sproß einer javanischen Adelsfamilie, aufmerksam, die die Vögel aufscheucht, auf die der Junge so gern Jagd macht. Durch die Wirren des Unabhängigkeitskrieges nach 1945 verlieren sich die beiden Verliebten aus den Augen. Teto tritt in die niederländische Kolonialarmee ein, um sich an den Japanern zu rächen, die seinen Vater ermordet und seine Mutter zur Prostitution gezwungen hatten. Atik hingegen arbeitet für die Regierung der jungen Republik. Nach einem langjährigen Auslandsaufenthalt kehrt Teto als Computerfachmann in den Diensten einer ausländischen Ölfirma nach Indonesien zurück. Atik ist inzwischen verheiratet und Mutter dreier Kinder. Das Ehepaar lädt Teto ein. Atik und Teto bemühen sich ihre wieder erwachende Liebe in einer platonischen Beziehung zu zähmen. Als Atik und ihr Mann auf der Pilgerfahrt nach Mekka bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kommen, adoptiert Teto die drei Kinder.





Dieser grobe Abriß kann nicht die Vielfalt der Ebenen, Verschränkungen und Anspielungen dieses Romans wiedergeben. Als historischer Roman der Jahre 1934 bis 1950 und 1968 - 1978 beeindruckt das Buch mit seiner lebendigen, manchmal humorvollen, manchmal ironischen Darstellung der Menschen in den politischen und militärischen Verwerfungen ihrer Zeit. Als eine Geschichte von der Beziehung und der Liebe zwischen zwei Menschen baut Mangunwijaya einen langen Spannungsbogen auf, der schon im Titel seinen Anfang nimmt. Im Verlauf des Romans begegnen den Leserinnen in den Kapitelüberschriften die Namen vieler Tiere, doch auf die titelgebende Spezies der 'Webervögel' (ploceus manyar) treffen sie erst im letzten Kapitel. Atik hat in ihrer Dissertation diese Vögel untersucht. Bei der Promotionsfeier, bei der auch Teto zugegen ist, spricht sie über das Verhalten der männlichen Webervögel, die als Teil ihres Balzverhaltens ein Nest 'weben'. Die Weibchen wählen sich ihren Partner nach dem schönsten Nestbau. Zurückgewiesene Männchen zerstören ihren Bau und beginnen eine neue Arbeit, mit der sie hoffen, doch noch Anerkennung zu gewinnen.

Für die indonesische Leserschaft bedeutet dieses Buch eine Innovation, stellt der Roman doch die Geschichte des Unabhängigkeitskampfes nicht wie allgemein üblich aus der Sicht der republikanischen Kämpfer dar, sondern aus dem Blickwinkel des mit der niederländischen Kolonialmacht kollaborierenden KNIL-Soldaten.[3] Auch durchbricht der Roman das gängige dualistische Identifikationsschema, wie es für wayang-Geschichten typisch ist. Dieser Bruch verbindet das Buch Mangunwijaya mit 'In Fesseln' von Armijn Pane, der ebenfalls keine vorschnelle Identifikation mit einer der Hauptfiguren zuläßt.

Von den hier vorgestellten Romanen ist der Band von Mangunwijaya wahrscheinlich der vielschichtigste und fesselndste. Für ihn gilt, was über alle Bücher in gleicher Weise zu sagen ist. Sie bieten zuallererst anregenden, teilweise spannenden, immer aber anspruchsvollen Lesestoff. Darüberhinaus vermitteln die vier Autoren, jeder auf seine Weise, ein facettenreiches Bild der eigenen Gesellschaft und Geschichte. Außerdem sind es handwerklich schöne Bücher, die man gerne in die Hand nimmt, zum selber lesen und verschenken. Man darf also auf die weiteren Bände gespannt sein. Wie wäre es mit Iwan Simatupang oder Putu Wijaya?

Noch eine Bemerkung zur editorischen Betreuung der hier vorgestellten Bände: Art und Umfang der Informationen, die dem Leser in Form von Glossaren und Vor- oder Nachworten zur Verfügung gestellt werden, sind sehr unterschiedlich. Während die Gedichtbände von einem ausführlichen Essay begleitet werden, der die Stellung des jeweiligen Autors in der indonesischen Literaturgeschichte und Gesellschaft verdeutlicht, fehlen solche hilfreichen Bemerkungen in den Prosabänden fast völlig. Die LeserInnen sind auf die knappen Ausführungen des Klappentextes angewiesen. Auch der Umfang der Glossare ist sehr unterschiedlich und entspricht nicht immer der Anzahl der erklärungsbedürftigen Begriffe. Jedem Band einige Seiten literatur- und gesellschaftsgeschichtlicher Einordnung beizugeben, würde den Wert dieser Veröffentlichungen noch steigern und sie gerade auch einem Publikum zugänglich machen, das nicht vordringlich an Indonesien, sondern an Literatur interessiert ist.

Klaus H. Schreiner

Armijn PANE, In Fesseln, Aus dem Indonesischen von Renate und Hansheinrich Lödel, Bad Honnef: Horlemann 1993, 158 S., 32.-DM.

Pramoedya Ananta TOER, Mensch für Mensch, Aus dem Indonesischen von Diethelm Hofstra, Bad Honnef: Horlemann 1993, 125 S., 32.- DM.

Mochtar LUBIS, Tiger! Tiger!, Aus dem Indonesischen von Thomas Zimmer, Bad Honnef: Horlemann 1993, 230 S., 36.-DM.

Y. B. MANGUNWIJAYA, Die Webervögel, Aus dem Indonesischen von Hansheinrich und Renate Lödel, Bad Honnef: Horlemann 1993, 318 S., 38.-DM.

Anmerkungen:

1) Indo ist die geläufige Bezeichnung für Kinder mit gemischter indonesisch-europäischer, d.h. in der Regel holländischer Abstammung.

2) wayang ist die indonesische Bezeichung für das javanische Schattenspiel, das, in allen sozialen Schichten populär, ein wesentliches Überlieferungsmittel für die gesellschaftlichen Werte der Javanen darstellt. In nächtelangen Aufführungen spielt der dalang (Schattenspieler) Szenen aus den großen Epen Mahabharata und Ramayana und interpretiert sie in ihren zeitgenössischen Bezügen.

3) KNIL - Königlich Niederländisch-Indisches Heer, von den Niederländern aus Indonesiern zusammengestelltes Kolonialheer.

Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller !

Irmgard Möller wurde im Juli 1972 verhaftet. Im März 1976 wurde sie wegen Mitgliedschaft in der RAF zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt. Kurz vor ihrem Entlassungstermin erging ein neuer Haftbefehl gegen sie, der sich auf Aussagen von Gerhard Müller stützte. Müller war nach jahrelanger Isolationshaft zusammengebrochen und hatte sich als "Kronzeuge" zur Verfügung gestellt. Irmgard Möller wurde in einem neuen Prozeß zu lebenslänglich und 15 Jahren Haft verurteilt. Ihr wurde vorgeworfen, an den Anschlägen der RAF auf US- Militäreinrichtungen während des Vietnam-Krieges beteiligt gewesen zu sein. Anfang 1977 wurde sie in das Gefängnis Stuttgart-Stammheim verlegt.

Am 5.September 1977 entführte die RAF den Arbeitgeberpräsidenten H.-M. Schleyer, um die Freilassung von 13 Gefangenen zu erreichen. Gegen die RAF-Gefangenen wurde sofort Kontaktsperre verhängt; sie waren von der Außenwelt abgeschnitten und konnten auch untereinander nicht mehr kommunizieren. Mitte Oktober entführte ein palästinensisches Kommando eine Lufthansa-Maschine nach Mogadischu, um die Forderung der RAF zu unterstützen. In der Nacht zum 18. Oktober wurde die Maschine gestürmt. In der selben Nacht starben Andreas Baader, Jan Karl Raspe und Gudrun Ensslin in ihren Zellen. Irmgard Möller hatte mehrere tiefe Messerstiche in ihrer Brust und überlebte schwerverletzt. In den Medien wurde sofort die offizielle Version verbreitet, die Gefangenen hätten kollektiven Selbstmord begangen. Obwohl Irmgard Möller dies bestreitet und auch zahlreiche Indizien gegen die Selbstmordthese sprechen, werden bis heute alle, die von staatlicher Tötung oder Mord sprechen, strafrechtlich verfolgt.

Seit Juli 1980 ist Irmgard Möller in Lübeck inhaftiert. Mitte 1987, nach 15 Jahren Haft, überprüfte ein Gericht, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, ob sie entlassen werden könnte. Die Entscheidung war negativ. Ende 1992 beantragte sie erneut ihre Haftentlassung. Sie ist jetzt 46 Jahre alt, seit über 21 Jahren in Haft, länger als jede andere Frau in einem deutschen Gefängnis.

Es wird Zeit, daß Irmgard Möller raus kommt!

Kommunalwahlen in der Türkei eine Farce

Die Partei der Demokratie (DEP) sieht bei den kommenden türkischen Kommunalwahlen am 27. März 1994 die Prinzipien "frei, gerecht, gleich, geheime Stimmabgabe und öffentliche Auszählung" nicht gewährleistet. Für die Staatsorgane ist diese Wahl keine "normale", sondern eine "außergewöhnliche" oder vielmehr eine "Operation". Und hierzu zählen etliche Gesetzesänderungen im Wahlrecht sowie administrative Maßnahmen bis hin zu Verhaftungen, Folter und Mord, die befürchten lassen, daß die unabhängige und freie Willensäußerung der kurdischen Bevölkerung noch stärker behindert werden könnte, als jetzt schon - im Vorfeld der Wahlen - ersichtlich ist.

Der türkische Staat muß wohl zu Recht befürchten, daß die Kommunalwahl zu einer Demonstration des Selbstbehauptungswillen der kurdischen Bevölkerung wird. Die DEP-Partei darf ohne Anmaßung von sich behaupten, eine legitime Interessenvertretung von 15 bis 20 Mio. KurdInnen zu sein. Die letzten Wahlerfolge der DEP und anderer kurdischer Politiker lagen in den kurdischen Gebieten zwischen 50-70 Prozent.

Pünktlich zu Beginn des Wahlkampfes am 1. Januar 1994 wurde die Wahlwerbung im Fernsehen und Radio verboten, die Verwendung von Flugblättern, Plakaten u.ä. für Wahlkampfzwecke wurden sehr stark eingeschränkt. Vor allem die kleineren Parteien sind hiervon besonders betroffen. Es ist nun möglich, daß in den kurdischen Provinzen, die unter Ausnahmerecht stehen, bewaffnete und uniformierte Kräfte neben den Wahlurnen Aufstellung nehmen, um so durch ihre Präsenz Einfluß auf das potentiell "staatsfeindliche" Wahlverhalten von KurdInnen zu nehmen. Der Wahltag soll zu einer "Demonstration der Stärke" umfunktioniert werden.

Desweitern kann mit dem neuen Gesetz die Öffnungszeit eines Wahllokales willkürlich geändert werden. Wahlurnen können an bestimmten Orten konzentriert und wahrscheinlich in Dorfschützerdörfern oder -stadtteilen aufgestellt werden. So hat eine Kommission des nationalen Sicherheitsrates beschlossen, die WählerInnen aus den kleinen Dörfern und Siedlungen einen Tag vor der Wahl mit Bussen in die Zentren zu karren - genug Zeit, um Einschüchterungsmaßnahmen vorzunehmen. Das hat zur Folge, daß die DEP nicht mehr in "ihren" Wahlkreisen wählbar ist. Hinzu kommt, daß gegen 16 Bürgermeister, die aus anderen Parteien in die DEP übergetreten sind, vom Staatssicherheitsgericht ein Ermittlungsverfahren mit der Anschuldigung "Spaltung des Staates, des Landes und der Nation" eingeleitet wurde.

Der türkische Staat versucht alles, um die DEP ihrer KandidatInnen zu berauben. So erklärte der Nationale Sicherheitsrat, daß Personen, die irgendwelche Beziehungen mit der PKK unterhalten, nicht für die Wahlen kandidieren dürfen. Gegen die DEP als Partei läuft derzeit ein Verbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht. Um an den Wahlen unter gleichberechtigten Bedingungen teilnehmen zu können, hat die DEP die Einstellung des Verfahrens beantragt. Ergebnis: abgelehnt. Ferner ist eine Empfehlung über die Aufhebung der Immunität verschiedener DEP-Abgeordneter, vom 'Parlamentsausschuß für die Verfassung und das Recht', zur Verabschiedung an das türkische Parlament weitergegeben worden. Allein in der größten kurdischen Stadt, Diyarbakir, sitzen über hundert DEP-Mitglieder im Gefängnis. Drei der möglichen Bürgermeisterkandidaten wurden vor ihrer möglichen Nominierung verhaftet.

In den letzten Wochen fanden mehrere Bombenanschläge auf verschiedene DEP-Gebäude in Ankara und Mardin statt. Am 6. Februar 1994 wurde das Vorstandsmitglied der DEP, Murat Bozlak, durch ein Attentat der staatlich gelenkten Konter-Guerilla in seiner Wohnung schwer verletzt. Die Repression gegen führende Funktionäre und Mitglieder der DEP nimmt zu. Täglich werden sie festgenommen und gefoltert. Aus diesem Grund hält die DEP die Namen der Personen, die für die Bürgermeisterposten und Kreisparlamente in den kurdischen Provinzen kandidieren, vorerst geheim. Eigentlich wäre es unter diesen Umständen nicht verwunderlich, würde DEP den Beschluß fassen, nicht an der Wahl teilzunehmen.

Die DEP ruft Persönlichkeiten und Organisationen dazu auf, nicht zu schweigen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzuschreiten.

Im Zusammenhang mit dem Newroz-Fest 1994 am 21. März, das voraussichtlich nur unter massivem Druck und erheblichen Gewalttätigkeiten seitens der türkischen Regierung stattfinden kann und den Kommunalwahlen ein paar Tage später, organisiert das Koordinationsbüro Newroz '94 Delegationsreisen. Sie sollen der Beobachtung der Feierlichkeiten und der Wahlen dienen. Die organisatorische Abstimmung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den kurdischen Organisationen und Institutionen vor Ort.

Weitere Informationen:
Koordinationsbüro Newroz '94
60314 Frankfurt/M.
Obermainanlage 7
Tel: 069-436612
Fax: 436002

Einmal Somalia reicht!

"Ja, Humanität" - so wirbt die Bundeswehr in Werbeanzeigen um Verständnis für ihren weltweiten Einsatz. "Einmal Somalia reicht! Zivile Konfliktlösungen statt Bundeswehr in aller Welt!" So lautet der Titel der taschenkalendergroßen Bürger- und Bürgerinnen-Information des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Aber: "Gebietet nicht Humanität, militärisch zu intervenieren?", so die Frage des Herausgebers. "Nein, 'humanitäre Militärinterventionen' führen nicht weiter. Vorausschauende Politik muß rechtzeitig und konfliktvorbeugend mit zivilen Mitteln eingreifen. Es gibt intelligentere Lösungen, als Krieg mit Krieg zu bekämpfen. Außerdem ist zu fragen: Werden die dominierenden reichen Industrieländer wirklich

humanitäre Ziele vertreten? Unsere Geschichte gibt wenig Anlaß, eine solche Frage zu bejahen."

In diesem Heftlein werden die gängigen Argumente von InterventionsbefürworterInnen widerlegt. "Aber sollen wir Deutsche nicht wenigstens bei friedenserhaltenden Blauhelmaktionen mitmachen?" Zwar werden vom Komitee Blauhelmeinsätze nicht von Grund auf mißbilligt - ihr gelegentlicher, von vielen Faktoren abhängiger Beitrag zur Friedenssicherung bei UN-Friedensmissionen wird nicht übersehen-, doch die aktuellen, in Richtung Militarisierung von humanitärer Hilfe laufenden Blauhelmeinsätze werden abgelehnt. Was sich dann aber das Komitee fragen lassen muß: Wann schlägt eine angebliche Friedenssicherung in Kriegsführung um? Gibt's diese Grenze überhaupt?

Der Somalia-Einsatz der Bundeswehr reiht sich ein in eine Kette von "Salamitaktik-Aktionen", mit deren Hilfe die verfassungsrechtlichen Begrenzungen für Militäreinsätze überwunden werden sollen. Verfassungsdurchmarsch der Bundeswehr vom Golfkrieg bis Somalia. Ein weiterer Beitrag zum herrschenden Normalisierungsdiskurs. Normal ist, so die Bundesregierung, wenn eine Regierung unbeschränkt über den Einsatz ihrer Streitkräfte verfügen kann. Etwaige aus der NS-Vergangenheit Deutschlands herrührende Bedenken werden beiseite geräumt. Die Aufgabe im bisher größten "out-of-area"-Abenteuer - der Einsatz von 1700 Soldaten in Somalia - war trotz aller Humanitätsattribute eine rein militärische: die Organisierung des Nachschubs für (nicht existente) Kampftruppen. "Das Scheitern der Somalia-Aktion der Vereinten Nationen konnte (...) den Verteidigungsminister und die Regierung relativ kühl lassen, war doch das eigentliche Projekt, den Verfassungsdurchmarsch zu proben, erfolgreich gewesen. Das somalische Elend wurde schamlos mißbraucht."

Die Eskalation von Blauhelmeinsätzen ist dann auch besonders groß, wenn sich militärisch starke Staaten mit bedeutendem Eigeninteressen am Einsatz beteiligen. In jüngster Zeit wird deren Beteiligung immer größer. Blauhelme werden gegenwärtig immer mehr zur Interventionstruppe der G7-Staaten. Die Schlußfolgerung des Komitees: "Wer also die traditionelle Rolle der Blauhelme (Bewaffnung nur zur persönlichen Selbstverteidigung, Einverständnis der Betroffenen, strikte Neutralität) erhalten will, muß die Großmächte, zu denen auch Deutschland gehört, heraushalten." Und zur Rolle der UNO und deren Militarisierung: "Wir können also nicht davon ausgehen, daß eine UN-Weltpolizei der Humanität mehr verpflichtet sein würde als den Interesen der mächtigen Staaten. Sie steht nicht außerhalb der Kämpfe um Einfluß und Macht. Die Stärke der UNO liegt - wenn überhaupt - in der zivilen Wahrnehmung von Weltverantwortung." Gefordert werden neue Strategien ziviler Konfliktbearbeitung.

Als Beispiel dient dem Komitee die Unterstützungsarbeit von Oppositions- und Antikriegsgruppen in Ex-Jugoslawien. "Alle wirksamen Kampagnen haben mit dem Gespräch vor Ort und der lokalen Aktion begonnen.(...) fangen wir an, die Fäden der Zukunft wieder aufzunehmen."

Recht hat das Komitee, die Zeit drängt, um die Köpfe und Herzen der Menschen hier friedenspolitisch zu erreichen. Leider werden konkrete praktische Ansätze hierfür nicht geboten. Ob reine optimistische Aufbruchsstimmung ausreicht? Eine Aufarbeitung bisheriger Arbeit und Konzepte wäre ein Ausganspunkt zur Entwicklung von gangbaren, realistischen Wegen einer letztlich systemumfassenden Veränderung.

Insgesamt eine dankenswerte Zusammenstellung des bisherigen Streits um deutsche Blauhelmeinsätze.

Bürger- und Bürgerinnen-Information: "Einmal Somalia reicht! Zivile Konfliktlösungen statt Bundeswehr in aller Welt!"; Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal bzw. Zweigbüro Köln, Bismarckstraße 40, 50672 Köln.

Zum gleichen Thema: 'blätter des iz3w' Nr. 192, Schwerpunktthema: "Friedensengel im Einsatz"

Hungerstreik für eine menschenwürdige Behandlung

35 Tage befand sich Meryem Lacin bei Redaktionsschluß im Hungerstreik. Sie möchte damit eine menschenwürdige Behandlung erreichen sowohl für sich und ihre Familie als auch für alle kurdischen Flüchtlinge, die vor dem Terror des türkischen Staates fliehen konnten.

1988 flüchtete Familie Lacin aufgrund politischer Verfolgung des Ehemannes, Mehmet Lacin, aus dem türkisch-kurdischen Sirnak nach Deutschland. Mehmet wurde in der türkischen Haft (Vorwurf: "Unterstützung der PKK") gefoltert; die Ehefrau Meryem mißhandelt. Mit den fünf Kindern (vier bis sieben Jahre alt) ist die Familie zur Zeit in der "staatlichen Unterkunft" in Bayreuth in zwei kleinen, ärmlich möbilierten Räumen untergebracht.

1990/91 bekamen Meryem und Mehmet die Ablehnung ihres Asylantrages mitgeteilt. Den Kindern wurde ein Aufenthaltsrecht zuerkannt. Aufgrund der Folter und der unsicheren Lebenssituation in der Bundesrepublik leidet Mehmet unter Depressionen. Dies wird ihm in mehreren Attesten bestätigt. Das Gesundheitsamt ignoriert allerdings diese Diagnosen und zitierte Mehmet Lacin zu amtsärztlichen Untersuchungen. Dahinter steckt die Absicht, ihn für gesund und reisefähig zu erklären, um die Abschiebung durchführen zu können. Nach dem "Asylverfahrensgesetz" wäre die Ehefrau dann ebenfalls von Abschiebung betroffen.

In der Begründung des Asylablehungsbescheids heißt es, daß die Familie wegen ihres bloßen Bekenntnisses zu einer "Volkszugehörigkeit" noch nicht von staatlicher Verfolgung bedroht sei. Kurdischer Widerstand gegen den Terror des türkischen Staates wird als "terroristischer Separatismus" bezeichnet, die militärischen Todeskommandos der türkischen Regierung als "Hüter von Recht und Ordnung" dargestellt. "Bei dem geschilderten brutalen und scheinbar wahllosen und willkürlichen Vorgehen des Miltärs (gegen die Familie Lacin, d. Verf.) kann es sich durchaus um Exzesse in Einzelfällen handeln...". Doch der amtlichen Verdrehungen und Lügen kein Ende: Es wurde als "schlicht unmöglich" bezeichnet, daß Mehmet durch Folterungen zu Spitzeldiensten für den türkischen Geheimdienst gezwungen werden sollte. Der Zynismus gipfelte darin, daß aus der Tatsache, daß den Lacins die Flucht aus der Türkei gelungen ist, ein Ablehnungsgrund gemacht wird. Denn, wer in der Türkei wirklich verfolgt sei, der käme gar nicht bis in die BRD. Diese Form der Asylentscheidung ist kein Einzelfall, es ist der deutsche Normalfall. Die "Entscheider" orientieren sich an den Richtlinien der "Länder-Innenminister-Konferenz", die den KurdInnen den Asylanspruch verweigert. Die Abschiebe-Maschinerie läuft auf Hochtouren.

Zwischenzeitlich konnte ein Rechtsanwalt eingeschaltet werden, der eine Neuaufnahme des Anerkennungsverfahrens betreiben wird. Ein Verantwortlicher der Stadt Bayreuth gab die mündliche Zusage, daß vorerst nicht abgeschoben wird. Die schriflliche Bestätigung steht noch aus.

Für Meryem kein Grund, ihren Hungerstreik abzubrechen. Ihre Forderungen bleiben bestehen. Als Minimalforderung steht nach wie vor die Verlegung ihres Mannes in ein psycho-soziales Zentrum nach Frankfurt (oder Berlin).

Kontakt:
Initiative zur Unterstützung der Familie Lacin
Postfach 2704
96450 Coburg

Betr.: Kurzrezension 'Zum Beispiel: AIDS', blätter Nr. 195

Die Kurzrezension des genannten Bandes ist oberflächlich und läßt meines Erachtens wesentliche Fragen aus. Da ich an dieser Stelle nicht auf alle Kritikpunkte an dem Band eingehen kann, seien einige zentrale genannt:

1. Auf den Rassismus von Weißen gegen Schwarze wird mit keinem Wort eingegangen. Dies wäre aber notwendig, da insbesondere bei der Beschreibung von 'Aids in Afrika' hierzulande immer wieder auf rassistische Stereotype zurückgegriffen wird. Die trifft vor allem auch auf die Verbindung von Rassismus und Sexualität zu. Postuliert wird dabei unterschiedslos für alle Länder südlich der Sahara ein 'promiskuitives Verhalten', das weder belegt noch mit dem Sexualverhalten in Nordamerika/Europa verglichen wird. Diese Identifizierung von Schwarzen mit einer sogenannten triebhaften Sexualität hat den weißen Mann seit der Kolonialzeit nicht losgelassen:

"Seit den Anfängen des europäischen Rassismus hatten Beschreibungen von Schwarzen immer auch deren angebliche Unfähigkeit, die sexuellen Triebe zu beherrschen, hervorgehoben, (...). Das Stereotyp der sogenannten minderwertigen Rasse, die von Wollust beherrscht werde, war ein Hauptstück des Rassismus, als Teil der Verkehrung hergebrachter Werte, wie sie für den 'Außenseiter' charakteristisch war, der die Gesellschaft bedrohte und zugleich durch seine Existenz ihre Verhaltensregeln bestätigte." (G.L. Mosse, Nationalismus und Sexualität, 1985) Auch in einigen der im Band abgedruckten Beiträge finden sich ähnliche, stereotype Zuschreibungen.

2. Die in den verschiedenen Beiträgen wiedergegebenen Zahlen der Weltgesundheitsorganisation werden kritiklos übernommen. Für Ende dieses Jahrzehnts werden 30-40 Millionen HIV-Positive, an anderer Stelle bis zu 100 Millionen HIV-Positive vorausgesagt. Als handele es sich um 'Lottogewinnsummen' und nicht um Menschen, denen eine tödliche Virus-Infektion vorausgesagt wird, wird hier mit Zahlen jongliert, deren Grundlage nicht überprüft wird. Worauf basieren diese Schätzungen, mit welchen Unsicherheiten sind sie behaftet, warum sind nicht die aktuell berichteten Zahlen von Aids-Fällen Grundlage der Diskussion? Mit keinem Wort wird erwähnt, daß die Mitte der 80er Jahre aus afrikanischen Ländern berichteten HIV-Infektionsraten wesentlich zu hoch waren, weil der verwendete Test (ELISA) sehr viele falsch-positive Ergebnisse brachte, denn er reagierte auch mit dem Malaria-Erreger.

Die Folgen solcher Zahlenspiele werden in zwei Beiträgen von H. Feldmeier in dem Band deutlich. Beide wurden 1993 veröffentlicht: "..., daß allein in Ruanda 20.000 bis 25.000 Frauen im gebärfähigen Alter infiziert sind..." (S.38). "Auf das gesamte Land (Ruanda) hochgerechnet bedeutet dies, daß es derzeit zwischen 90.000 und 130.000 HIV-infizierte Frauen im gebärfähigen Alter gibt" (S.41).

3. Mit keinem Wort erwähnt werden bevölkerungspolitische Maßnahmen. Hauptverteiler von Kondomen ist die direkt dem US-Außenministerium unterstellte AID (Agency for International Development), die seit 30 Jahren bevölkerungspolitische Programme durchführt. Der interviewte Peter Lamptey war Mitarbeiter von Family Health International, einer Organisation, die beispielsweise brutale Versuche mit Hormonimplantaten (Norplant) in Bangladesh durchführte.

Aufgrund dieser Umstände wäre zu untersuchen, ob diese Organisationen die (wünschenswerte) Vergabe von Kondomen mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen verbinden.

4. Völlig ausgeblendet sind ferner die Auswirkungen, die die Beschreibung 'Aids in Afrika' hierzulande bewirkt. In allen Medien und auch offiziellen Publikationen wird der Eindruck erweckt, 'Aids in Afrika' sei quasi eine andere Krankheit. Einhergehend mit Aids als 'die Krankheit der anderen' (Homosexuelle, KonsumentInnen intravenös zu verabreichender Drogen und schließlich 'AfrikanerInnen') wird Aids als etwas von einem/r selbst (weiß, heterosexuell) 'Fremdes' gedeutet. Dies führt u.a. dazu, daß die heterosexuelle Übertragung in einigen europäischen Ländern nach anfänglicher Sensibilisierung mittlerweile wieder ansteigt.

Wie sehr der hier verbreitete Rassismus Hautfarbe mit Krankheit gleichsetzt, zeigt die Würzburger Uniklinik: sie verbot einer äthiopischen Krankenschwester, die lange Zeit nicht in Afrika war und alle sechs Monate einen HIV-Test machen ließ (negativ), die Blutspende. "Wenn sich die Völker mischen, werden auch die Risiken vermischt", so der Leiter der Abteilung für Transfusionsmedizin (taz, 24.12.1993).

Abschließend halte ich den genannten Band bestenfalls für geeignet, einen groben Überblick zu geben, aber für gefährlich, wenn die abgedruckten Berichte aus FAZ, taz, ZEIT und anderen Zeitungen kritiklos übernommen werden.

Jan O.

P.S. Wer an einer anderen Sichtweise interessiert ist: Chirimuuta, R.C. & Chirimuuta, R.J.: 'Aids, Africa and Racism', 2nd ed., 1989

Erwiderung

1. Im Leserbrief wird wiederholt die Wortkombination „Aids in Afrika" (in Anführungszeichen!) verwendet, obwohl das Buch Aids in Afrika, Asien und Lateinamerika zum Thema hat. Das scheinbare Zitat ist kein Zitat aus dem Buch. Hilfreich wären statt dessen Zitate der (angeblich) im Buch abgedruckten „ähnlichen, stereotypen Zuschreibungen".
2. Der Vorwurf, Zahlen unreflektiert zu verwenden, trifft zu Recht sowohl den Redakteur des Buches als auch den Rezensenten.
3. Aufhänger für die Kritik am Buch ist das Interview mit Peter Lamptey. Inhaltlich scheint es am abgedruckten Interview aber nichts auszusetzen zu geben!?
4. Ausgeblendet werden nicht nur *die Auswirkungen der Beschreibung „Aids in Afrika" hierzulande* sowie bevölkerungspolitische Maßnahmen, sondern auch noch viele andere mit dem Thema des Buches mehr oder weniger zusammenhängende Aspekte. Es könnte durchaus auch eine Form der Auseinandersetzung mit Rassismen sein, diese nicht zu wiederholen und anzuprangern, sondern sachlich und ohne die Erwähnung der bekannten Stereotypen über das Thema zu berichten.

Wer einem 110seitigen Bändchen im DIN-A6-Format (aus dem Vorwort: „... einführende Lesebücher, die keinerlei Vorkenntnisse voraussetzen") vorwirft, nur einen „groben Überblick" zu geben, hat wenigstens den (gewollten) Charakter des Buches verstanden.

br

Pax-Christi hat die jüngste Doppelnummer von 'Probleme des Friedens (4/1993 - 1/1994)' genutzt, das aktuelle Thema 'Rüstungsexport im 'neuen' Deutschland' gründlich aufzuarbeiten.
Das Buch gliedert sich in zwei Abschnitte. Im ersten Teil wird nach einführenden Beiträgen das Thema der Rüstungsexporte in die Türkei, nach Indonesien und Taiwan behandelt. Anschließend wird in unterschiedlichen Beiträgen die Rolle des deutschen Rüstungsexports und der Rüstungsindustrie beleuchtet. Herausgegriffen aus der Reihe der Rüstungsunternehmen wird Daimler-Benz und die Bremer Vulkan Verbund AG. Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit der Frage "Konversion oder Subvention?". Bevor dann einige Kampagnen und Initiativen vorgestellt werden, versucht ein Redakteur eine kritische Einschätzung friedensaktivistischer Bemühungen. Die drei Texte des zweiten Abschnitts nehmen Stellung zu Fragen der Rüstungsexporte, der Verortung der Arbeit von Pax-Christi und der Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen aus der Sicht der kirchlichen Friedens- und Asylbewegung.
Pax-Christi-Bewegung (Hrsg): Rüstungsexport im 'neuen' Deutschland (Probleme des Friedens, 4/1993-1/1994), Komzi Verlags GmbH, Idstein 1994. Bestelladresse für Abo und Einzelhefte: Komzi Verlags GmbH, Kreuzgasse 33, 65510 Idstein.

Nicht erst seit der Gründung des Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg (RIB) ist der 37-jährige Freiburger Grüne den bundesdeutschen Waffenschmieden , insbesondere Heckler & Koch (H&K) in Oberndorf oder Daimler Benz in Stuttgart, ein Dorn im Auge. Auch die "Politik der Kinkels und Kohls, welche Waffenexport aktiv fördern", kommt in diesem Buch nicht gerade gut weg: das H&K-Schnellfeuergewehr "G3" beispielsweise, die "Braut des Soldaten", ist weltweit im Einsatz, derzeit auch in Ex-Jugoslawien.

Grässlin bringt in seinem Buch Dinge ans Licht, die der Bundesbürger normalerweise nicht erfährt, weil er z.B. keine Waffen- oder Söldnermagazine liest.

In 28 spannend geschriebenen Kapiteln führt Grässlin über den roten Faden persönlicher Erlebnisse (vom untauglich gewordenen Bundeswehrsoldaten bis zum Friedensaktivisten) einzelne Waffen- und Skandalgeschichten an - und zeigt dabei auf, welch vielfältige Möglichkeiten es gibt, gegen den Rüstungsfilz anzukämpfen. Im Anhang listet er Kontaktadressen von Friedensorganisationen auf, das lange Register (von ABC-Waffen bis Zypern) enthält zahlreiche Namen von Personen und Unternehmen, die bei mancher Eigenrecherche hilfreich sein können. Ein preiswertes Taschenbuch, dem viele Leser und Leserinnen zu wünschen sind - und vielleicht ein Anstoß für jede/n, die eigenen Ersparnisse von der Deutschen Bank abzuziehen und sie künftig so anzulegen, daß mit ihnen keine Rüstung finanziert wird!

Öko Invest 56/94 Wien

Grässlin, Jürgen: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland. Von einem, der auszog, die Rüstungsindustrie das Fürchten zu lehren. Droemersche Verlagsaanstalt Th. Knaur Nachf., München 1994, 416 Seiten, DM 14,90 /SFr 15,90 /ÖS 116,-

Der Band Religion und Entwicklung in der Dritten Welt versammelt Beiträge einer Tagung, die sich mit dem Anteil von vier sog. Hochreligionen, nämlich Buddhismus unter Einschluß von Taoismus und Konfuzianismus, Christentum, Hinduismus und Islam an den gesellschaftlichen und sozio-ökonomischen Prozessen in den Gesellschaften der sog. Entwicklungsländern beschäftigte. Der Band ist sehr systematisch und klar gegliedert. Am Anfang steht eine Diskussion der Begriffe "Entwicklung" und "Unterentwicklung" und ihrer Parameter. Diese notwendige Begriffserklärung bildet den Hintergrund, auf dem die religionswissenschaftlich versierten Autoren und Autorinnen die Fragestellung auf die einzelnen Religionen zuspitzen. Jeder religionsspezifische Beitrag gliedert sich in einen allgemeinen grundsätzlichen Teil und einen Abschnitt, der versucht die gesellschafts- und entwicklungsrelevanten Faktoren herauszuarbeiten. Am Schluß wird eine Synthese versucht, die mindestens ebensoviele Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zwischen den Religionen nachweist und damit nur die Verschiedenartigkeit der gesellschaftlichen und ethischen Konzepte der Religionen widerspiegelt. Gerade unter dem Aspekt des interkulturellen Dialogs und der notwendigen und bisher vernachlässigten Berücksichtigung der autochthonen Kulturen in den sog. Entwicklungsländern bietet dieses Buch wichtige Einsichten und Anregungen.
Religion und Entwicklung in der Dritten Welt. Der Einfluß der Weltregionen auf Gesellschaftsbildung und politisch-ökonomische Entwicklung, hg. v. Bernd J. Lüken, Saarbrücken: Dadder 1989, 2. Aufl. 1990 (Schriften zur internationalen Kultur- und Geisteswelt Bd. 5)

Schimäre Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft - um kaum einen Begriff wurde in den letzten Jahren mehr gerungen, kaum ein Begriff schaffte es aber auch, "als gemeinsames Boot von Liberalen, Libertären und durchgeweichten Marxisten" (Georg Fülberth) zu fungieren. Die Wurzeln der jüngsten Debatte gehen zum einen auf amerikanische Intellektuelle zurück, die unter der Sammelbezeichnung "communitarians" firmieren und die versuchen, die normativen und ethischen Prinzipien eines demokratischen Gemeinwesens philosophisch neu zu begründen; zum anderen auf die Dissidentenkritik an den poststalinistischen Regimen in Osteuropa, die über den Begriff der Zivilgesellschaft die tendenziell totalitäre Herrschaft einer Staatspartei kritisierte und einen "Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus begründen wollte.

Die Diskurskonjunktur der "Zivilgesellschaft" erlahmte jedoch, als mit dem 'Sieg' des Kapitalismus rassistische und nationalistische Bewegungen die dunklen Seiten unserer 'zivilisierten' Moderne ins Gedächtnis zurückriefen. An einem litt die Debatte jedoch von Anfang an: Selten wurde über den europäischen bzw. nordamerikanischen Tellerrand geschaut, das Konzept blieb weitgehend dem Kontext moderner Industriegesellschaften verhaftet. Dieses Manko kritisieren Reinhart Kößler und Henning Melber gleich eingangs in ihrem Buch "Chancen internationaler Zivilgesellschaft", in dem sie den Begriff für einen neuen Internationalismus fruchtbar machen wollen.

Die Zivilgesellschaft muß international verwirklicht werden oder sie bleibt eine Schimäre, so läßt sich ihre Aufsatzsammlung zusammenfassen. Gegen das Gerede vom "Ende der Dritten Welt" halten sie einen Internationalismus hoch, der die globale Hegemoniestruktur und das Gefälle an politischer und ökonomischer Macht nicht aus den Augen verliert. In der Tradition der Arbeiterbewegung vor 1917 soll nach gemeinsamen Interessen auf Weltebene gesucht werden. Jedoch nicht über eine gemeinsame Feindbestimmung - das antiimperialistische Weltbild hat ihrer Meinung nach ausgedient -, sondern über die "Verallgemeinerung der als schützenswert erkannten Verhältnisse" (56) soll der neue Internationalismus Kontur gewinnen. Dazu ist es notwendig, von unmittelbaren Gemeinschaftsvorstellungen Abschied zu nehmen und gleichzeitig gemeinsame Ziele über die bestehenden Differenzen und nationalstaatlichen Orientierungen hinweg zu formulieren.

Zentrale Bezugsgröße dafür sind nach Kößler/Melber die Freiheits- und Menschenrechte, die zwar in Europa entstanden, jedoch keineswegs nur ideologische Waffe im Kampf um die globale Vorherrschaft des Westens waren. In ihnen drücke sich vielmehr die Ambivalenz der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt aus: Ihre Konkretisierung und Durchsetzung hängt von den jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab - es wäre unsinnig, sie vorab als Instrument der Herrschenden ad acta zu legen. Auch in der Kategorie Zivilgesellschaft drückt sich die Ambivalenz der bürgerlichen Gesellschaft aus - sie darf aber nach Kößler/Melber in keinster Weise mit dieser identifiziert werden. Die Zivilgesellschaft zentriert sich um das Vorfeld des Politischen, im Alltag und in der Kultur. Sie bildet das Gegengewicht zu staatlichen Institutionen und staatlichem Handeln und als "normative Zielvorstellung die Bedingung der Möglichkeit gesellschaftlicher Partizipation"(83).

Hier werden die entscheidenden Kämpfe um gesellschaftliche Hegemonie ausgetragen. Heute bilden z.B. NGOs - trotz ihrer teilweisen Transformation zu Quangos (quasi-nongovernmental organizations) - Ansätze für ein Netzwerk zwischen Nord und Süd jenseits der traditionellen staatlichen Entwicklungshilfe (und teilweise in Frontstellung zu dieser) aus und begründen so eine neue Form zwischengesellschaftlicher Beziehungen.

Wie sieht die Möglichkeit der Durchsetzung auf internationaler Ebene aus, in Ländern, in denen kaum Ansätze einer Zivilgesellschaft existieren bzw. deren materielle Grundlagen durch Wirtschaftskrisen und Kriege immer prekärer werden? Auf der Grundlage der Demokratiebewegungen in Afrika, die Kößler und Melber in ihren Konstitutionsbedingungen und politischen Stoßrichtung ausgezeichnet analysieren, kommen sie zu dem Ergebnis, daß es in Afrika durch die Schwäche des Zentralstaats "einen verhältnismäßig großen Freiraum politisch nicht besetzter Handlungsfelder" (159) gibt. Damit existiert die Möglichkeit, auf unterschiedlichsten Ebenen Partizipation herzustellen. Die Praxis der vielfältigen Basisorganisationen trage zur "Herausbildung einer demokratischen Haltung und zur Einübung der Spielregeln eines partizipatorischen Entscheidungsprozesses bei." (160) Gleichzeitig betonen sie jedoch, daß ohne eine Überwindung der tiefgreifenden ökonomischen Krise - die sie sowohl für 'hausgemacht' als auch für 'importiert' halten -,s Demokratisierung und Partizipation nicht zu erreichen sind.

Wie aber an einer 'normativen Zielvorstellung' festhalten, wenn deren materielle Grundlagen verschwinden? Der Appell von Kößler und Melber, vom fordistischen Entwicklungsmodell Abschied zu nehmen und sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen, klingt zu plakativ angesichts der Tatsache, daß viele Regionen sich von diesem Modell durch die Abkoppelung vom Weltmarkt gezwungenermaßen verabschieden mußten. Erstaunlich auch, daß bei den vielen normativen Aussagen, die sich im moralischen Sollbereich bewegen, keine über eine globale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu finden ist; anscheinend wird Politik doch wieder nur im nationalen Rahmen gemacht.

Mit einer Einsicht Berthold Brechts, daß die Unverletzlichkeit der Wohnung den Besitz einer solchen voraussetze, läßt sich das Dilemma der Zivilgesellschaftsdebatte auf den Punkt bringen. Auch wenn Kößler und Melber betonen, daß die materielle Seite zentral ist, bewegt sich ihre Analyse doch eher im Bereich des Wünschens und Wollens. Solange jedenfalls keine Strategie für die Überwindung globaler Ungleichheitsverhältnisse gefunden wird, bleibt wohl auch die internationale Zivilgesellschaft nicht viel mehr als eine Schimäre.

Christine Parsdorfer

Reinhart Kößler/Henning Melber: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Edition Suhrkamp, Frankfurt 1993, 280 S., 19,80 DM

Gerhard Rieger (Hrsg.), **Die Karibik zwischen Souveränität und Abhängigkeit.** Analysen und Berichte zu Jamaika, Kuba, St. Lucia, Guadeloupe-Martinique und der Dominikanischen Republik, Verlag iz3w, Freiburg 1994, 190 Seiten, DM 19,- Bezug: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg.

Karl Bruckmeier, **Strategien globaler Umweltpolitik.** "Umwelt und Entwicklung" in den Nord-Süd-Beziehungen, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1994, 294 Seiten, DM 39,80.

Interdisziplinäres Forschungsinstitut für Entwicklungszusammenarbeit der Universität Linz (Hrsg.), **Nord- Süd Beziehungen. Entwicklungspolitische Aspekte in Wirtschaft, Ökologie und Kultur**, Brandes und Apsel Verlag, Frankfurt 1994, 148 Seiten, DM 26,80.

Straßenkinderkomitee (Hrsg.), **Die Kinder der Anderen.** Materialien und Beiträge zu Straßenkindern in Brasilien, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile Lateinamerika e.V., Berlin 1994, 86 Seiten, DM 7,- + DM 3,- Versandkosten (Vorkasse), Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Linda Helfrich, **Krisen und Bildung. Bildungswesen in Kolumbien**, WUS Info, Wiesbaden 1994, 23 Seiten, Bezug: WUS, Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden.

Kölner Appel e.V. (Hrsg.), **Aktionshandbuch gegen Rassismus.** Für eine BürgerInnen- und Menschenrechtsbewegung in Deutschland, Edition Der Andere Buchladen, Köln 1993, 87 Seiten, DM 8,- Bezug: Kölner Appel e.V., Wahlenstr. 1, 50823 Köln.

Thomas Fues, **Deutsche Entwicklungspolitik unter Sparzwang: Die parlamentarische Beratung zum BMZ-Haushalt 1994**, WEED Arbeitspapier 1/94, Bonn 1994, 50 Seiten, DM 15,- Bezug: WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn

---

Karsten Giese, **Landflucht und interprovinzielle Migration in der VR China.** "Mangliu" 1989 - eine Fallstudie, Institut für Asienkunde, Hamburg 1993, 354 Seiten, DM 34,- Bezug: Institut für Asienkunde, Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg.

Roland Seib, **Papua-Neuguinea zwischen isolierter Stammesgesellschaft und weltwirtschaftlicher Integration**, Institut für Asienkunde, Hamburg 1994, 358 Seiten, DM 34,- Bezug: Institut für Asienkunde, Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg.

Wolf Donner, **Lebensraum Nepal.** Eine Entwicklungsgeographie, Institut für Asienkunde, Hamburg 1994, 728 Seiten, DM 68,- Bezug: Institut für Asienkunde, Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg.

---

ila 172 (Februar 94) Mexico-Chiapas: Zapata vive?
28 Seiten Schwerpunktberichte mit Analysen und Interviews zum Aufstand in Mexicos Süden / Reihe „Lebenswege": Fluchthilfe in Marseille. Interview mit dem 101jährigen Gilberto Bosques, der 1940-42 als mexicanischer Generalkonsul in Marseille Tausende von AntifaschistInnen aus ganz Europa vor dem Zugriff der Gestapo rettete. / Kulturszene: Schindlers Witwe. Die in Buenos Aires lebende Emilie Schindler über Steven Spielbergs Darstellung ihres Ex-Mannes. Außerdem: Berichte und Hintergründe zu Argentinien, Chile und Uruguay sowie zum lateinamerikanischen Treffen der Angehörigen von Verschwundenen.
insgeamt 64 Seiten, Preis: Einzelheft DM 7,-; Abo (10 Ausgaben/Jahr) DM 60,- bzw. ermäßigt DM 50,-. **Bezug: ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn.**

LN 236, Februar 1994
Mexiko: Elena Poniatowska: Chiapas oder die Verzweiflung / Miguel Bonasso: Explosive Komponenten / Comandante Marcos an die Presse - Dokumentation / Menschenrechte und Repression - Interview mit Dr. José Baragon / Spenden für Chiapas: Aufruf von Medico international / Basta ! Anfang vom Ende der PRI? / Zwischen den Fronten - Was wird aus den guatemaltekischen Flüchtlingen? Chile: Nach der Wahl / Der Fall Sorfa - Die geheimen Tricks der Justiz / Menschenrechte - Von der Folter in die Isolation / Argentinien: Entflammte Proteste - In der Provinz wird der Aufstand geprobt / Niederländische Antillen: Die Antillen-Connection Sympathisches Steuerklima in der Karibik / Ecuador: Indigenas, Ölkonzerne und der Regenwald - Kampf gegen die Ölmultis / Bolivien: Nach dem Zinn das Gold - Vom Metall des Teufels zum „Eldorado"? / Honduras: Mit der Machete gegen die Korruption - Wahlen und ihre Hintergründe / Nicaragua: Reformen ja - neue Verfassung nein / Musik: Kubas Quersänger - Pedro Luis Ferrer kommt auf Tournee nach Deutschland / Kultur: Interview mit dem argentinischen Schriftsteller Rodolfo Enrique Fogwil
Einzelheft DM 6,-,
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin

Forum Nr. 179/Febr. 94
Blick in die Zukunft - mit der Solibewegung ins 21. Jahrhundert
Benjamin Leunmi: Afrika ist noch nicht entdeckt / Gustavo Esteva: Stellt Hilfe ein, stoppt Entwicklung! / Gespräch mit den BUKO-Kampagnen - ein Dokument der Ratlosigkeit / Eva Boesenberg: P(atriarchale) D(ominanz) (K)ultur und nichts gelernt / Claudia Bernhard: Spannungen oder Langeweile, Absterben oder Auftrieb / Gespräch mit VEN, DEAB und BUKO: Wenn der BUKO den Anschluß verpaßt / Gespräch zur ostdeutschen Solibewegung: Die Mühen der Ebenen / Was Sie schon immer über Ländernetzwerke wissen wollten / Christoph Spehr: Cybersoli - Ein Science-Fiction aus der Solibewegung. 6 DM plus Porto.
Bezug: FORUM, Buchstr. 14/15, 28195 Bremen, Tel. 0421/325156, Fax 0421/3378177.

Argentinien-Nachrichten Nr. 18/Jan. 1994
Der Weg zur argentinischen Verfassungsreform oder Irgendwas ist faul im Staate Argentinien / Die Wahlen vom 3.10.93 / Vom Arbeitnehmer zum Arbeitslosen / Amnesty International: Jahresbericht 1993 Argentinien / Der Fall Miguel Bru / Die Regierung Menems und die Pressediktatur / Rentenreform / Ernesto Sabato, Renten und Wirtschaftspolitik / Haroldo Conti
Preis DM 5,-, Abo DM 18,-
Bezug: Argentinien Gruppe Stuttgart, c/o BDKJ, Schwabstr. 70a, 70197 Stuttgart

Zimbabwe Netzwerk Rundbrief Nr. 27, Dezember 1993
Schwerpunktthema: Landreform / Briefwechsel mit Minister Spranger zur Enteignung von Großfarmen / Zimbabwische Diskussion um die Landreform / Südafrikanischer Blick auf die Landreform / Frauen über Familienplanung / Ökologie-Projekte / Der Film „Neria" / Podiumsdiskussion zum Elfenbeinboykott
Preis DM 5,00 (in Briefmarken)
Bezug: Zimbabwe Netzwerk, Gänsheidestr. 43, 70184 Stuttgart

WFD-Querbrief 4/93
Mike Fungati / Zimbabwe: Ich glaube nicht, daß ein Mensch einen anderen entwickeln kann / Rindfleisch für Afrika = Hunger durch Fleischtransporte / WFD-Rundreise mit den Südafrikanern Graeme Simpson und Richard Ishmail. DM 4,50
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, 10969 Berlin

Terre des Femmes Rundbrief IV/1993
Gewalt gegen Frauen: Vergewaltigung als Asylgrund; Besonderes Kennzeichen: Verfolgte als Frau und Kurdin; Erstes Feedback zur TdF-Fragebogenaktion 1993: „Studentinnen: Sexuelle Belästigung durch Lehrende" / Ex-Jugoslawien: Den Krieg überleben - Stand und Ausblick / Dokumentation: Menschenrechtsverletzungen an Frauen im Krieg: Frauen als militärisches Kalkül - II. Weltkrieg, Naziherrschaft und Schweigen / Proteste/Aktionen: 8. März 1994 - Frauenstreiktag; Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehefrauen - Unterschriftenaktion /Frauenbewegungen international: Ostafrikanische Frauen kämpfen für Menschenrechte / Die Frauen Tibets/Tibetische Frauen - ein Hintergrundbericht in zwei Teilen / Kinderprostitution: Signal der Bundesregierung; Mutige Frauen gesucht; „Je jünger desto besser" Kinderprostitution in Brasilien-Bericht von einer Informationsrundreise.
Der TDF-Rundbrief kann für 30 DM/Jahr abonniert werden, Einzelheft 6 DM + 1,50 Porto. **Terres des Femmes, PF 2531, 72015 Tübingen, Tel. 07071/24289, Fax 550352**

Südafrika - Kap der Hoffnung. Entwicklungspolitisches Seminar zu Südafrika vom 18. bis 20. März 1994 in Tutzing. Anmeldung: Evangelische Akademie · Tutzing, Schloßstr. 2+4, 82327 Tutzing, Fax: 08158/251-133.

Gewalt - einfach so? Wurzeln und Hintergründe eines nicht neuen Phänomens. Tagung vom 18. bis 20. März 1994 in Bad Neustadt/Saale. Anmeldung: Evangelische Akademie Tutzing, Schloßstr. 2+4, 82327 Tutzing, Fax: 08158/251-133.

Auf dem Weg nach Palästina. Perspektiven in Nahost. Wochenendseminar vom 18. bis 20 März 1994 in Esslingen. Gesellschaft für politische Ökologie, Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart, Tel.: 0711/282033, Fax: 0711/2624899.

Eine andere Welt oder keine - Eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge. Seminar vom 21. bis 25.3 1994 in Vlotho. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Horstweg 11, 33602 Vlotho, Tel. 05733-6800, Fax: 05733-18154.

Eine-Welt-Jugendkongreß in Potsdam vom 31.3 bis 4.4. 1994. Informationen bei: Eine Welt Jugendnetzwerk, c/o Thomas Pettinger, Biesalskistr. 31, 14169 Berlin, Tel.: 030 / 8131248. Jugendliche aus der Region Berlin/Brandenburg, die sich für den Kongreß interessieren, können eine Postkarte schicken an: E!NE-WELT-Jugendnetzwerk, c/o Carsten Horstmann, Martinistr. 50, 49078 Osnabrück.

Wege aus der Klimakatastrophe in Nord und Süd. Perspektiven global verantwortlichen Handelns in Amazonien und Europa. Seminar vom 29.4. bis 1.5. in der Evangelischen Akademie Loccum. Anmeldung: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.:05766/810, Fax: 05766/81188.

Migration, Flucht, Rassismus und ethnische Beziehungen. Vorbereitungstreffen vom 22.-24. April für ein deutsches und europäisches Datennetz zu den oben genannten Fragestellungen. Anmeldung: Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung, Postfach 30 11 25, 10722 Berlin, Tel.: 030/44410881, Fax: 030/4441085.

Bildungsreise nach Palästina vom 15. bis 24.Mai 1994. Kosten: 1750.-DM. Anmeldung und Auskünfte: DEAB-Geschäftsstelle, Blumenstr.15, 70185 Stuttgart, Tel.: 0711/243235.

Grenzenlos unterschiedlich. Lebensvielfalt und Frauensolidarität. 8. Frauenakademie vom 16. bis 20. Mai 1994 in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Anfragen: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, z.Hd. Frau Engert, Tel.: 07164/79-243 bzw. Frau Hilsch, Tel.: 07164/79-242.

Aktuelle Methoden der Entwicklungszusammenarbeit - Ein Einführungstraining. Interkulturelle Kommunikation, Partizipative Methoden, ZOPP, Evaluierungsmethoden. Tagung vom 19. bis 23. Mai in Bonn/Bad Godesberg. Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Niels-Jens Albrecht, Universitäts- Krankenhaus Eppendorf, Martinistr. 52, 20246 Hamburg, Tel.:040/4717-4868, Fax: -4941.

Aktionskonferenz zum EU-Treffen in Essen

Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Treffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die Ehre zuteil, diesen Festakt mit einem kostspieligen Begleitprogramm und aufgeblähtem Medienspektakel auszutragen. Der Essener Gipfel beschäftigt sich im wesentlichen mit einem angeblichen "Beschäftigungsförderungsprogramm", dem Beitritt von Österreich, Schweden, Norwegen und Finnland sowie den Beitrittsoptionen von Tschechien, der Slowakei, Polens und Ungarns.

Neben den europäischen Wahlen ist dieser Gipfel die zweite große Gelegenheit, die Kritik am EU-Prozeß einer breiteren Öffentlichkeit kundzutun und auf die Straße zu bringen. Die Gelegenheit, die unsoziale, neokoloniale und chauvinistische Politik der EU zu thematisieren, war noch nie so günstig wie 1994. Nutzen wir diese Chance!

Mit dem Essener-EU-Gipfel soll ein weiterer Schritt der EU- Formierung abgeschlossen werden. Mit dem "Projekt Binnenmarkt 1992" forciert die EU schon jetzt ihren Ausbau zur imperialistischen Großmacht in Konkurrenz zu den USA und zu Japan. Die Grenzen innerhalb der EU fallen für das Kapital, für die Menschen jedoch nur insoweit, als es für den Arbeitskräfte-Nachschub unabdingbar ist. Gegen die Opfer der neokolonialen Politik der "Ersten" Welt, gegen die Flüchtlinge und AsylbewerberInnen aus der "Dritten" Welt verbarrikadiert sich die EU zur Festung.

In der Region Essen hat sich schon ein Bündniskreis zur Vorbereitung eines Gegenkongresses, einer Anti-EU-Demonstration sowie zu Aktionen zum Begleitmedienspektakel der Stadt Essen zusammengefunden. Dieses regionale Bündnis allein ist jedoch zu schwach, um solche großzügigen Aktivitäten vorzubereiten, geschweige denn durchzuführen. Deshalb ist es notwendig, daß alle, die eine kritische Position zur EU-Politik haben, bis jetzt aber noch nicht wußten, wo sie diesen Protest loslassen sollten, zur Aktionskonferenz kommen, um die Gegenaktivitäten zum EU- Gipfel zu unterstützen.

Auf der Aktionskonferenz soll etwa der Rahmen eines Gegenkongresses oder die Ausrichtung der Großdemonstration andiskutiert werden. Zu beidem müssen bundesweite Trägerkreise gebildet werden.

Die Aktionskonferenz findet statt am **Samstag, den 16. April 1994** in Essen in der Zeche Carl, von 11-18 Uhr.

Kontaktadressen und Bezug des Positionspapiers "Essener Standpunkte":
Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel
c/o Stadtteilbüro der Zeche Carl
Wilhelm-Nieswandt-Allee 100
45326 Essen
Tel: 0201-83 44 416

Anti-EG-Gruppe Köln
c/o Bürgerzentrum Alte Feuerwehr
Melchlorstr. 3
50670 Köln



8/ 404/ 1/196/56412

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg